



Chanukka Sameach!

SEITE 12

Die Acht-Staatenlösung.
Interview mit Mordechai Kedar

SEITE 23–24



Der Künstler Moran Haynal

SEITE 28–29



Wort des Herausgebers Dr. R. Korenzecher

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Mit dem Ausklang des Jahres 2014 geht mit dieser 6. Ausgabe das erste halbe Jahr seit der Neuerscheinung unserer neuen Monatszeitung zu Ende. Ein halbes Jahr – nicht gerade eine lange Zeit, aber dennoch für die Redaktion und mich Anlass, für einige Augenblicke der Selbstreflexion und des Dankes innezuhalten. Es sind vor allem Sie, die uns mit Ihrem Zuspruch, Ihren konstruktiven Zuschriften und Ihrem von Ausgabe zu Ausgabe wachsenden Interesse an unseren Beiträgen das unverzichtbare Gefühl geben, mit der Herausgabe und der Ausrichtung unserer Publikation für den Erhalt unserer westlich-demokratischen Werte und für eine Welt ohne Antisemitismus und Israel-Delegitimierungen einzutreten, einen guten Schritt getan zu haben.

Die Treue unserer bisherigen und die stetig steigende Zahl neuer Leser machen uns Mut und sind für uns Belohnung und Herausforderung zugleich. Unseren Dank an unsere Leser verbinden wir mit dem Versprechen auch weiterhin dem in uns gesetzten Anspruch zu entsprechen.

Die beiden großen Familien- und Lichterfeste des Christentums und des Judentums, das Weihnachtsfest und das Chanukkah-Fest, machen mittlerweile weltweit den bevorstehenden Monat Dezember wie jedes Jahr zu einem Monat des familiären Miteinanders und der Besinnung auf das jüdisch-christliche kulturelle und religiöse Erbe der westlichen Hemisphäre und leiten gleichzeitig den Wechsel des weltlichen Kalenderjahres ein.

Mit dem Jahr 2014 geht für viele von uns ein Jahr der Ernüchterung zu Ende. Wer bislang geglaubt hat, der Fall der Mauer und die Überwindung der beiden großen politischen Blöcke vorinzwischen bereits einem viertel Jahrhundert würde unsere Welt sicherer machen und trotz zahlreicher lokaler, hauptsächlich Islamgenerierter Konflikte dem globalen Frieden näher bringen, wurde spätestens mit dem – vielen Faktoren anzulastenden – Ausbruch des Ukraine-Konfliktes und dem Rückfall in eine dem Kalten Krieg bedenklich nahe kommende politische Situation jäh aus dieser Wunschvorstellung gerissen. Besonders dramatisch gestaltete sich die Enttäuschung des Jahres 2014 auch für die [Fortsetzung auf Seite 2](#)

Österreich 3,70 € Schweiz 4,60 CHF

ISSN 2199-3572



Ein fröhliches Chanukka! – und nächstes Jahr kommen die Makkabäer...

Editorial der Redaktion

Chanukka ist ein fröhliches Fest. Dieses Jahr fällt Chanukka auf die Tage 17. bis 24. Dezember (25. Kislew bis 2. Tetwet). Mit Geschichten, leckeren Sufganiot und Latkes sowie Geschenken für die Kinder ist Chanukka eine schöne Zeit des Jahres. Seit einigen Jahren gibt es in vielen Städten in der Bundesrepublik Chanukkia auf großen öffentlichen Plätzen – auch wenn es mitunter einen kitschigen Touch hat. Es gibt wieder jüdisches Leben in Deutschland und an Chanukka wird es beim öffentlichen Lichterzünden so sichtbar wie selten sonst.

Chanukka ist ein Fest der Erinnerung an die historische Bedeutung des »antikolonialen« Aufstandes der Juden gegen die Besetzung des Tempels durch die Seleukiden. Die Juden oder Makkabäer eroberten ihr größtes Heiligtum zurück (siehe Text S. 12). Heute gibt es enorme Spannungen in Israel wegen dem Tempelberg und der dort auf den Trümmern des Zweiten Tempels errichteten Al-Aqsa-Moschee. Dabei hatte für den Islam Jerusalem und der Tempelberg wenig Bedeutung, schlappe acht Jahre, so die Erzählung, benutzten die Muslime Jerusalem als Heiligen Ort (vgl. S. 23–24). Während der jordanischen Herrschaft über Ostjerusalem von 1948 bis 1967 hatten die, die heute »Palästinenser« genannten werden, keinerlei Intention Ostjerusalem zu ihrer Hauptstadt zu machen, oder einen eigenen Staat auszurufen.

Gefahren für Israel

Die letzten Wochen zeigten eine neue Dimension der Gewalt in Jerusalem, Araber fuhren absichtlich in Gruppen von Wartenden an Straßenbahnhaltestellen, zwei Terroristen ermordeten fünf Israeli in einer Synagoge in Jerusalem (vgl. die Seiten 17 bis 19) – die Antwort mancher westlicher Länder? Die Anerkennung eines Staates Palästina. Vor diesem Hintergrund fand Ende November eine weitere Runde der Gespräche mit dem Iran über dessen Atomprogramm statt. Wie zu erwarten gab es keine Einigung. Die Gespräche wurden bis Sommer 2015 vertagt. Somit hat das islamistische Regime, das aus seinem Israelhass keinen Hehl macht, noch mehr Zeit sich auf die Bombe vorzubereiten (vgl. S. 37). Eine iranische Atombombe würde die gesamte Region in Aufruhr bringen. Sie wäre lebensbedrohlich für Israel, weshalb Israel das nicht zulassen wird, so oder so. Anhand der iranischen Gefahr zeigt sich außerdem: Der Nahe Osten ist deshalb seit langer Zeit eine gewaltsame Region, weil es die sehr alten Konflikte zwischen



Thinkstock

Sunni- und Shia-Islam gibt, zwischen Persern und Arabern. Dazu kommen weitere Konfliktlinien wie jene zwischen »Stämmen«. Das primitive aber eben real existierende Stammesdenken, die Existenz homogener Mini-Staaten wie Kuwait, Katar oder Dubai sowie die Vereinigten Arabischen Emirate bewegen den Islamforscher und Arabisten Mordechai Kedar dazu, eine ganz neue Herangehensweise an den arabisch-israelischen Konflikt zu präsentieren. Nach der These, die Zweistaatenlösung sei tot (Robert S. Wistrich in JR 4, Okt. 14) und dem Einwurf von Mudar Zahran, mit Jordanien existiere bereits »Palästina« (JR 5, Nov. 14), schlägt nun in dieser Ausgabe Mordechai Kedar eine »Acht-Staatenlösung« vor und möchte acht Stadtstaaten der Palästinenser zu »Emiraten« machen, analog zu Dubai (siehe S. 23–24).

Es geht darum, dass die Welt, und nicht zuletzt die virtuelle Welt mit ihrem Suchgiganten »Google«, erkennt: der Frieden im Nahen Osten scheitert an sehr alten Konfliktlinien, an Traditionen, Stämmen und Religionen. Israel kam erst sehr spät hinzu und ist in der Tat eine Insel der Demokratie und der Heterogenität in einem Meer voll reaktionären Vorstellungen von Familien, Stamm und Religion. Das Stammesdenken kann keine Zukunft haben, wenn es universelle Werte, zuvörderst Frauenrechte, verweigert oder sie einschränkt.

Doch realpolitisch gesehen, könnten palästinensische Emirate womöglich eine Idee sein, denn warum sollten nicht universelle Werte auch in solchen kleinen Einheiten verwirklicht werden können? Was ist mit Monaco oder Liechtenstein?

Der Kern des arabisch-israelischen Konflikts hingegen bzw. gar des islamisch-jüdischen Konflikts, wenn wir Länder wie den Iran einbeziehen, ist die Nichtanerkennung jüdischer Präsenz im Nahen Osten. Das muss sich ändern und es gibt Zeichen des Optimismus, dass es sich ändert, betrachtet man die vergleichsweise wenigen Proteste der arabischen Welt gegen Israels Maßnahmen gegen die Hamas. Die arabischen Regime, die alten (Saudi-Arabien, Jordanien u.a.) und neuen (Ägypten) wissen ob der wirklich großen Gefahr im Nahen Osten: Hamas, der Islamismus und der Islamische Staat (IS) sowie vor allem Iran.

Eine sehr große Gefahr besteht in der alltäglichen Ignoranz der Menschen gegenüber dem Juden- und Israelhass im Besonderen und politischen Konfliktlagen im Allgemeinen. Viele sind damit beschäftigt, im Baumarkt das günstigste Modell eines »Laubbläasers« zu finden und es fällt ihnen nicht auf, dass es in den wenigsten der 64 Einkaufszentren in Berlin (oder München, Köln, Frankfurt, Hamburg etc.) kaum mehr Buchläden gibt – und wenn, [Fortsetzung auf Seite 2](#)

← Fortsetzung von Seite 1 sind auch sie vom Schnäppchenfieber und Geschenkkaccessoires dominiert. Selbst denken hat was von Oldie, nicht up-to-date. »Whats-App« ist kein ostfriesischer Slang für »wie geht es dir?«, sondern eine neue Mode der virtuellen sozialen Kommunikation. Doch es geht um mehr als diese alltäglichen apolitischen Prozesse. Die politischen Eliten haben nicht selten ein problematisches Verhältnis zum Nahen Osten und zu Israel.

»Cicero« gegen Israel?

Im November 2014 publizierte die Zeitschrift *Cicero* einen Text auf ihrer Homepage, der zuerst in der Online-Zeitschrift *ipg-journal*, die vom Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird, erschienen ist. Autor ist der Amerikaner Justin Logan, ein junger Think-Tank Boy und Direktor der Abteilung für Außenpolitik des Cato-Instituts in USA. Er scheint einem amerikanischen Isolationismus anzuhängen und meint, Amerika und der Westen sollen sich nicht mehr um den Nahen Osten kümmern, der weder politisch, ökonomisch noch militärisch von Relevanz sei und auch keine Gefahr darstelle. Er macht das an drei Punkten klar: Öl, Israel und

Terrorismus. Logan schreibt: »Die etwa 200 Atomsprengköpfe, über die Israel auf verschiedenen Plattformen, darunter U-Booten der Dolphin-Klasse, verfügt, sichern ihm eine zuverlässige Zweitschlagkapazität gegen jeden Nahoststaat, der es wagen würde, es ernsthaft zu bedrohen.«

Geradezu perfide ist seine »Analyse« der »Zweitschlagkapazität«: Der Großraum Tel Aviv, in dem ca. 40% der Bevölkerung Israels leben, 3,5 Millionen Juden (und wenige Araber, Muslime, Christen und andere), wäre mit einer oder zwei Atomraketen aus Iran zerstört, aber Israel könnte mit U-Booten weiterhin zurückschlagen. Zurückschlagen? Nach einem atomaren Holocaust?

Die Befassung mit dem Nahen Osten hat im Gegensatz zu Logan und Cicero Priorität, weil dort der bislang entscheidende Kampf des 21. Jahrhunderts ausgetragen wird: Islamismus oder Leben, Jihad oder westliche Werte, die Barbarei oder Israel. Natürlich ist mit »Jihad« hier nicht der »innere Kampf um das Wahre und Gute gemeint«, vielmehr der äußere Kampf. Doch mit solchen weltpolitischen und ideologiekritischen Fragen befasst sich ein kühler isolationistischer US-Militärstrategie natürlich nicht. Und den Cicero und die Friedrich-Ebert-Stiftung

scheint's zu freuen. Ein Aufgeben des Nahen Ostens wäre nicht nur menschenverachtend, man denke nur an den syrischen Bürgerkrieg mit mittlerweile 300.000 Toten (so Kedar auf einer Veranstaltung in Berlin im November 2014). Es wäre auch eine Kapitulation vor den politischen Herausforderungen unserer Zeit: Wie kann der arabischen und muslimischen Welt vermittelt werden, dass Israel das selbstverständliche und historisch begründete Land der Juden ist? Wie kann man der arabischen und muslimischen Welt universelle Menschenrechte vermitteln und moderne Formen der Strukturierung von Gesellschaften?

Makkabäer 2015 in Berlin

Die *Jüdische Rundschau* wird auch 2015 versuchen, all diese komplexen Fragen in verständlicher Form anzusprechen.



Eine Chanukka-Menorah aus Eis in Stockholm, Schweden, 21. Dezember 2003 – wie geht es weiter mit Schweden, Israel und den Juden? Das ist einer der Schwerpunkte dieser Ausgabe

Dabei sollen natürlich Kunst und Kultur und positive Artikel nicht zu kurz kommen. Wir wünschen alles Leserinnen und Lesern nach Chanukka oder Weihnachten schon jetzt einen »Guten Rutsch« ins Jahr 2015. Ein Hoch auf die Makkabäer und eine Vorfriede auf die »European Maccabi Games« im Jahr 2015 in Berlin, die zum ersten Mal überhaupt in Deutschland stattfinden werden.

← Fortsetzung von Seite 1 Juden in Deutschland und Europa, die sich nach der Überwindung der Nazi-Barbarei – trotz nicht gerade weniger, bedenklicher Vorkommnisse der vergangenen Jahre – bislang wieder, alles in allem, in den Grundordnungen der demokratischen Staaten vor antisemitischen Diffamierungen und körperlichen Angriffen sicher wähnten.

Die Israel durch den Mord- und Raketenterror der Hamas aufgezwungenen Verteidigungsaktionen in Gaza haben in deutschen und europäischen Städten einen jüdenfeindlichen Straßenmob mit meist islamischem (Migrations-)Hintergrund die lang ersehnte Gelegenheit zum Auftritt und zu Übergriffen gegeben.

Die dabei üblichen ungerechtfertigten Verdrehungen der Schuldzuweisung zu Lasten Israels und die Heroisierung der Hamas-Verbrecher vollzog sich dazu nur allzu oft unter den Augen sympathisierender Bevölkerungsteile. Erleben mussten wir auch krasses, an Solidarisierung mit dem Straßenmob grenzendes Fehlverhalten der polizeilichen Ordnungskräfte, wodurch es zu nahezu pogromartigen Eruptionen blanken Jüdenhasses, wie der Skandierung von »Juden-ins-Gas«-Parolen und tätlichen Angriffen auf Juden und jüdische Einrichtungen in einem Ausmaß kommen konnte, das in dieser Form seit Ende der Nazi-Ära nicht mehr gesehen worden ist. Viele Juden in Deutschland und Europa wurden abrupt aus der Vorstellung einer angedachten Zukunftschance für jüdisches Leben in unseren rapide islamistischer werdenden, offensichtlich nur noch bedingt freiheitlichen, offenen und säkularisierten westlichen Gesellschaften gerissen.

Sorge und Angst bereitet vor allem die hauptsächlich gegen Israel und die Juden gerichtete, allzu bereitwillige Akzeptanz, das Verständnis und das Gewährenlassen der islamischen Hasskultur durch große Teile unserer, ihr antijüdisches Sentiment über das Israel-Kritik-Alibi auslebenden hiesigen Politik und die Mehrzahl der hiesigen öffentlich-rechtlichen und privaten Mainstreammedien. Dies hat unsere

bislang noch freiheitlich demokratischen westlichen Gesellschaften bereits massiv verändert und setzt die hart erkämpften Errungenschaften der westlichen Wertewelt zusehends aufs Spiel.

Mit dem durch weite Teile unserer Appeasement-Politik praktizierten nahezu ungebremsten Import islamischen Jüdenhasses haben sowohl die reaktiven Kräfte des unbelehrbaren hiesigen rechten Randes als auch der in unseren abendländischen Gesellschaften tradierte, bis weit in die Gesellschaftsmitte reichende, kaum noch als Israel-Kritik getarnte antijüdische Vorbehalt ungenierten und offen vorgetragenen Zulauf erhalten.

Weitere Ernüchterung hat das Jahr 2014 aber auch über das Ausmaß der Heuchelei der Obama-Administration und unserer westeuropäischen Politik gebracht.

IS, Boko-Haram, Hizbollah, Hamas und weitere islamische Mordorganisationen verbreiten Hass, morden weiterhin ungeniert und ungebremst vor den Augen der tatenlosen Staatengemeinde und der zur reinen einseitigen Israel-Verurteilungs-Organisation degenerierten, sonstig nahezu vollkommen nutzlosen UNO und verüben – ohne die geringsten Sanktionen befürchten zu müssen – das Fassungsvermögen zivilisierter Menschen überschreitende Gräueltaten und Bestialitäten an Unschuldigen und Wehrlosen.

Dabei finden die Schicksale der zahlreichen Islamismus-verschuldeten Terror-, Mord-, Verschleppungs- und Vergewaltigungsoffer in unserer, sich gerade zur Zeit in Trauer über die Beseitigung der Blutherrschaft der Muslim-Bruderschaft in Ägypten übenden Politikkommentatoren kaum entsprechende Beachtung.

Ein Unrechtsregime wie der Iran wird hinter dem Alibi scheinheiliger Öffentlichkeit vorgegaukelter Atomstopp-Verhandlungen und großzügiger, durch entsprechende ungerechtfertigte Verhandlungspausen erteilter Gewährung von weiterer Uran-Anreicherungszeit sowie besonders von deutschen Firmen unterlaufenem Handels- und Lieferembargo überhaupt erst in die Lage versetzt, weiter

an der Atombombe mit dem erklärten Ziel der Vernichtung Israels bauen.

In zahlreichen anderen muslimischen »Failed States« werden nahezu ohne jeden Protest unserer Mainstream-Politik, Christen, Juden, andere Nicht-Muslime aber auch Homosexuelle unterdrückt oder vorzugsweise ermordet.

Gleichzeitig werden die westliche Politik und ihre Medien-Claqueure nicht müde, in antijüdisch gefärbter Einmütigkeit Israels Überlebenskampf zu delegitimieren und die einzige Demokratie im gesamten Mittleren Osten, in der die Menschenrechte für alle Menschen gleich welchen Geschlechts, welcher Religion oder welcher sexuellen Ausrichtung vollumfänglich gewährleistet sind, wegen des legitimen Neubaus von Wohn-Häusern in seiner eigenen Hauptstadt zu verurteilen.

Selbst die Ermordung von wehrlosen, jüdischen Beterinnen in einer Synagoge in der jüdischen Hauptstadt Jerusalem und der brutale, soeben gemeldete körperliche Angriff auf einen israelischen Touristen in der deutschen Hauptstadt Berlin, finden nicht ausschließlich Worte der Verurteilung, sondern werden mit Schuldzuweisungen an die Politik Israels durch die vorsätzlich einseitig erblindeten Teile unserer Medien verständnisvoll relativiert. Die Haupt-Fürsorge unserer Medien und Polit-Talkrunden scheint ja ohnehin eher den hier frei agierenden Rattenfängern des IS und den von ihnen ach so unschuldig zum Morden für den Islam abgerichteten Tätern und ihrer hoffentlich nach getaner Arbeit störungsfreier Rückkehr nach Deutschland/Europa zu gelten.

Zu der Stimmungsmache gegen Israel und die Juden gehört auch die täglich durch unsere Medien – bei gleichzeitiger Unempfindlichkeit gegen die hunderttausende Opfer des Islam – vorgetragene Entrechtung der Israelis im eigenen Land und in dessen Hauptstadt Jerusalem. Bezeichnend hierfür ist die Medienweite Unterstützung der widerrechtlichen muslimischen Usurpation der seinerzeit auf dem fast zerstörten jüdischen Tempel und der Klagemauer als Unterwerfungs-

akt errichteten arabischen Eroberungsmoschee auf dem Tempel-Mount oder die Negierung der historischen jüdischen Identität bekannter biblischer Orte.

Während das Chanukkah-Fest vor allem auch für den Widerstand des jüdischen Volkes gegen die Übermacht seiner Feinde steht, straft gerade die Weihnachtszeit und die neu-testamentarische, nahezu allen Christen in der Welt bekannte und alljährlich gelesene Weihnachtsgeschichte alle Versuche Lügen, Orte wie Nazareth, Betlehem und die jüdische Hauptstadt Jerusalem in einen anderen als einen jüdischen Ursprung einzuordnen.

Zu der Vermessenheit Jesus von Nazareth aus dem Hause David zu einem illegitimen jüdischen Siedler in einem von den Juden vermeintlich besetzten arabischen Westjordanland zu stilisieren, konnte sich bislang selbst unser öffentlich-rechtliches Fernsehen und seine selbsternannten Islam-affinen Nahostexperten inkonsequenter Weise nicht entschließen.

In der festlich eingefärbten Hoffnung, dass die Ernüchterung des Jahres 2014 zu einer Umbesinnung auf die einzigartigen kulturellen, wissenschaftlichen und hart erkämpften freiheitlichen Werte unseres abendländischen jüdisch-christlichen Erbes und zu einer Wiedergeburt der durch wesentliche Teile unserer Politik und Presse nahezu aufgegebenen Verteidigungsbereitschaft dieser Werte gegen eine grausame Unkultur des religiösen Fanatismus, mittelalterliche Finsternis und aus Dummheit geborener Intoleranz führen möge, verbleibe ich mit den allerbesten Wünschen für

*ein friedvolles Weihnachtsfest,
ein lebensfrohes Chanukka Sameach
und ein gesundes neues weltliches Jahr 2015
in Frieden und Freiheit*

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini

Von Thomas Weidauer

Am 31. Oktober endete das Mandat der Europäischen Kommission unter Präsident José Manuel Barroso, eine neue »Regierung« Europas unter der Führung des ehemaligen Luxemburger Regierungschefs Jean-Claude Juncker trat ihr Amt an. Könnte eine Europäische Union als Zusammenschluss von 28 Staaten außenpolitisch mit einer Stimme sprechen und gehört werden, gönnen ihr ihre Mitglieder kein offizielles Außenministerium, sondern bloß einen »Auswärtigen Dienst«, an dessen Spitze »Hohe Außenbeauftragte« mit zweifelhaften Befugnissen stehen.

In den vergangenen fünf Jahren hieß die Hohe Außenbeauftragte Catherine Ashton, zu deren größten Projekten wohl die Verhandlungen mit dem Regime der Islamischen Republik über eine Einstellung des iranischen Nuklearrüstungsprogramms gehörten. Mit der Führung der Delegation der P5+1-Staaten – damit sind die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland gemeint – betraut, erreichte die britische Politikerin kaum mehr als die Verabredung eines je nächsten Zusammentreffens, während Teheran sein Programm fortentwickeln konnte.

Immerhin schaffte Catherine Ashton es so, noch nach dem Ende ihrer Amtszeit wahrgenommen zu werden. Bei Erscheinen dieses Artikels werden eine »Deadline« für eine Einigung mit Teheran abgelaufen und – wahrscheinlich – eine Verlängerung der Verhandlungen um weitere sechs Monate verabredet worden sein, was ihr weitere Publicity garantieren dürfte und der Islamischen Republik Zeit, weiter auf ihr Ziel hinzuwirken, das Staatsoberhaupt Khamenei so umschreibt: »Gegen das barbarische, wölfische und Kinder mordende Regime Israel (...) hilft nur dessen Vernichtung.« (vgl. Seite 38 dieser Ausgabe).

Letzteres wünscht sich Catherine Ashton vielleicht nicht, darin aber, dass Israel ein Störenfried sei, stimmte die ehemalige Hohe Außenbeauftragte mit dem Mullah-Regime gewiss überein. Ihre zahlreichen Statements, in denen auch nur geplante Wohnungen in der israelischen Hauptstadt und den umstrittenen Gebieten zu »Friedenshindernissen« erklärt werden, und ihr häufiges Schweigen zu antisemitischer Hetze durch palästinensische Politiker und zu terroristischen Anschlägen auf Juden legen ein beredtes Zeugnis davon ab, welches Erbe Catherine Ashton in Brüssel hinterließ.

Wiederholt berichtete vor allem die israelische Tageszeitung Haaretz, womit sich die Beamten ihres Auswärtigen Diensts in Brüssel noch in den letzten Monaten des Mandats der Hohen Außenbeauftragten Catherine Ashton beschäftigten: Von »schwarzen Listen« ist darin die Rede, mit denen israelische Bürger erfasst werden könnten, denen die Einreise nach Europa verwehrt werden soll, von möglichen Boykottmaßnahmen gegen Bildungseinrichtungen und Unternehmen, die in den umstrittenen Gebieten aktiv sind, vom Abbruch diplomatischer Kontakte.

Selbst wenn es sich dabei bloß um Gedankenspiele handeln sollte, ist die Tatsache, dass sie in Brüssel angestellt wurden und womöglich noch werden, ein gewich-

tiges Indiz dafür, wie es tatsächlich um die europäisch-israelischen Beziehungen jenseits offizieller Freundschaftsbekundungen und Termine bestellt ist: Eigentlich kann, eigentlich sollte es mit Federica Mogherini, der Nachfolgerin als Hohe Außenbeauftragte der Europäischen Union und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission nur besser werden.

Politische Karriere

Federica Mogherini ist 1973 in Rom als Tochter des 1994 verstorbenen Regisseurs Flavio Mogherini geboren. Ihr Studium der Politikwissenschaften an der römischen Universität La Sapienza schloss sie mit einer Arbeit über den politischen Islam ab, die sie während eines Aufenthalts in Aix en Provence verfasste. Während ihrer Schul- und Studienzeit engagierte sie sich in Kampagnen gegen Rassismus, Apartheid und für Gleichberechtigung; 2002 posierte sie neben Yassir Arafat für ein Photo, das sie mittlerweile aus ihrem Blog BlogMog.it entfernt hat.

Seit 1996 ist Federica Mogherini Mitglied der Jugendorganisation der linken Partei Democratici di Sinistra (DS), die später in der Partito Democratico (PD) aufging. 1999 wählte man die Politikerin zur stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Zusammenschlusses Junger Sozialisten (ECOSY), 2001 wurde sie Mitglied des Parteirats der DS. 2008 für die PD ins Parlament eingezogen, wurde sie im Februar 2009 Mitglied des Parteivorstands. 2013 erneut ins römische Parlament gewählt, wurde sie im Februar 2014 zur bisher jüngsten italienischen Außenministerin ernannt.

Nachdem Federica Mogherini im Juni 2014 als Nachfolgerin für Catherine Ashton nominiert wurde, widmete der SPIEGEL der »politisch eher unerfahrene[n]« italienischen Ministerin ein wohlwollendes Porträt. »Die Ministerin macht bis heute wenig Aufhebens um ihre Person. (...) Auf Dienstreisen fliegt Mogherini Economyclass. Und isst auf dem Rückflug von Wien nach Rom, wie alle anderen auch, ein Käsebrot aus der Zellophanhülle, während sie mit dem Textmarker über die Akten zur Ukraine-Krise geht.«

Ihre erste Auslandsreise als Hohe Außenbeauftragte der Europäischen Union sollte Federica Mogherini allerdings nicht in den Osten Europas, sondern nach Israel und »Palästina« führen. Hatte sie als italienische Außenministerin Israel bereits während der jüngsten militärischen Auseinandersetzung mit der Hamas besucht

und während einer Visite in Ashdot Empathie mit der durch Raketen und Terror-Tunnel der palästinensischen Terroristen bedrohten Bevölkerung erkennen lassen, hoffte man in Israel nach dem Ende der »Ära Ashton« auf einen Neuanfang.

Neustart?

Schon bei ihrer Anhörung als Kandidatin für das Amt der Hohen Außenbeauftragten hatte die italienische Politikerin im Europäischen Parlament erklärt, Europa müsse seinen Einfluss im Nahen Osten weiter ausbauen. Es habe bisher zwar viel bezahlt, aber zu wenig mitgeredet. »In the Middle East in particular the EU has been an effective payer, it needs to become an effective player.« Was das für sie bedeutet, zeigte Mogherini, als sie am 8. November von Gaza aus verkündete, »wir brauchen einen palästinensischen Staat, das ist unser aller Hauptziel.«

Mahmoud Abbas, der Präsident der PA, auf den die Europäische Union bei der Erreichung dieses Ziels als Partner setzt, hatte da gerade in einem Kondolenzschreiben einen Attentäter zum »Märtyrer« erhoben, der wenige Tage zuvor in Jerusalem versucht hatte, den jüdischen Aktivistin Yehuda Glick zu ermorden. Zwei Tage vor Federica Mogherinis Ankunft am 7. November war zudem ein Terrorist mit einem Fahrzeug in eine Menschenmenge an einer Straßenbahnhaltestelle in Jerusalem gerast, was auch Mahmoud Abbas' Fatah von einer »Auto-Intifada« schwärmen ließ.

Am 11. November wurde der Palästinenserpräsident dennoch von einem Vertreter des Auswärtigen Diensts in den höchsten Tönen gelobt. Aus Anlass der Überweisung der Oktober-Gehälter für die rund 69.000 zivilen Angestellten der PA von Brüssel nach Ramallah – etwa 17,5 Millionen Euro – erklärte EU-Präsident John Gatt-Rutter, Mahmoud Abbas habe in einer »schwierigen Situation« beispielhaft gehandelt. Mahmoud Abbas' Aufforderung an die Palästinenser, den Tempelberg mit »allen Mitteln« zu »verteidigen«, beschwieg Federica Mogherinis Vertreter.

Mit ihrem Bekenntnis zu einem Staat »Palästina« bekräftigte die neue Hohe Außenbeauftragte grundsätzlich zwar nur die bisherige Haltung der Europäischen Union, für die eine »Zwei-Staaten-Lösung« alternativlos ist. Mit seiner offiziellen Anerkennung »Palästinas« hat Schweden am 30. Oktober indes die Frage aufgeworfen, ob Europa als Staatenbund

bereit ist, »Palästina« einseitig, also auch ohne eine Zustimmung Israels, anzuerkennen. Bisher sollte »Palästina« laut Roadmap ausschließlich als Ergebnis erfolgreicher Friedensgespräche entstehen.

Nun jedoch hat Schweden der Regierung in Ramallah signalisiert, dass es solche Gespräche als letztlich überflüssig ansieht – und weitere Parlamente in den europäischen Nationalstaaten haben sich bereits ähnlich geäußert oder wollen sich entsprechend erklären. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen lehnte in einer Pressekonferenz in Belgien am 21. November solche Schritte entschieden ab: »Wir sind (...) der Meinung, dass eine einseitige Anerkennung des palästinensischen Staates uns auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung nicht voranbringt.«

Damit existieren innerhalb der Europäischen Union freilich mindestens zwei Meinungen zu dieser Frage, die sich gegenseitig auszuschließen scheinen. Während Schweden Israel einfach übergang, will Deutschland, bleibt die Regierung in Berlin bei ihrer Haltung, daran festhalten, dass »Palästina« nur im Konsens



Mogherini zu Besuch bei Abbas in Ramallah, 8. November 2014

mit Israel entstehen darf. Wessen Ansicht vertritt Federica Mogherini, als sie den Palästinensern von Gaza aus einen eigenen Staat innerhalb ihrer fünfjährigen Amtszeit verspricht? Die eine europäische Position gibt es derzeit nicht.

Nachdem die in Tel Aviv erscheinende Tageszeitung Haaretz am 17. November erneut aus einem internen Brüsseler Papier zitierte, in dem verschiedene Arten, Druck auf Israel – nicht indes die Palästinenser – auszuüben, diskutiert wurden, beiläufig Federica Mogherini sich, eine Erwiderung zu verfassen, in der sie das Dokument »hypothetisch« nannte und versicherte, dessen Inhalte seien aktuell kein Thema. Die Authentizität der einseitig gegen Israel gerichteten Brüsseler Ideen bestritt sie nicht. Und die neue Hohe Außenbeauftragte verurteilte sie auch nicht.

Ihre Visite in Ramallah nutzte Federica Mogherini denn auch nur folgerichtig, um für eine Teilung der israelischen Hauptstadt zu werben. Dass Arabern Jerusalem während der Zeit der jordanischen Besatzung von Teilen der Stadt wenig heilig war – sie ließen die Infrastruktur Ost-Jerusalems verkommen, vertrieben oder ermordeten dort lebende Juden und schleiften Synagogen und Friedhöfe – ließ sie dabei so unerwähnt wie die Tatsache, dass einzig Israel einen ungehinderten Zugang zu heiligen Stätten in und um Jerusalem garantiert – Muslimen und nicht unbedingt Juden.

So scheint Federica Mogherini den Kurs ihrer Vorgängerin fortzusetzen. Die antiisraelische Politik Catherine Ashtons wird nun nur durch ein neues, jüngeres Gesicht verkörpert.



Die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini wenige Tage nach Amtsantritt in Gaza-Stadt bei einem Besuch in der von den UN geführten Bahrain boys school. Sie betonte, dass »wir« einen »palästinensischen Staat« dringend benötigen würden, das sei das »Hauptziel«, 8. November 2014.

Trauer und Protest

Ein Schweigemarsch erinnerte in Frankfurt/Main an die jüngsten antisemitischen Terroranschläge in der israelischen Hauptstadt

Von Martin Sehmisch

Rund 80 Menschen haben Ende November in Frankfurt am Main mit einem Schweigemarsch an die israelischen Terroropfer erinnert. Aktueller Anlass war das Attentat auf die Beter der Kehilat Bnei Torah Synagoge in Jerusalem, bei dem vier Beter und ein Polizist getötet und zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt worden waren. Die Teilnehmer zogen mit israelischen Flaggen, Kerzen und Schildern mit der Aufschrift »Israel wants peace« von der Konstablerwache durch die belebte Einkaufsstraße Zeil zum Opernplatz. Dort sangen sie die israelische Nationalhymne und hörten das Kaddisch für die Ermordeten.

Für die Veranstaltung hatte die Frankfurter Rechtsanwältin Elishewa Patterson vor allem über das soziale Netzwerk Facebook geworben. Unterstützung durch städtische Institutionen oder jüdische Gruppen gab es nicht. »Ich habe nach dem schrecklichen Verbrechen in der Synagoge in Jerusalem keinen Aufschrei in der deutschen Gesellschaft wahrgenommen«, erläuterte Patterson ihre Motivation, den Schweigemarsch zu organisieren. Die zahlreichen anti-

semitischen Vorfälle im Sommer des Jahres hätten zudem dazu geführt, dass ihre 12-jährige Tochter das Gefühl bekommen habe, sich als Jüdin verstecken zu müssen. »Da habe ich mir gesagt: Wir zeigen unsere Trauer öffentlich«, sagte Patterson der *Jüdischen Rundschau*.

Wie bereits bei den Flashmobs für die drei ermordeten israelischen Jugendlichen im Sommer des Jahres kam es am Rand des Schweigemarsches erneut zu vereinzelten Störungen durch Passanten. So riefen zwei Männer den Demonstranten lautstark »Mörder« und »Kindermörder« hinterher. Die Teilnehmer des Schweigemarsches ließen sich davon indes weder einschüchtern noch provozieren – einige reagierten gelassen mit dem Sprechchor »Israel wants peace«. So erhielt die Veranstaltung eine mutige und entschlossene Note. Sie hat klar gemacht: Trotz des antisemitischen Sommers des Jahres 2014 werden Frankfurter Juden und Unterstützer Israels weiterhin öffentlich Partei für den jüdischen Staat ergreifen. Die Trauer über die schrecklichen Taten in Jerusalem wurde so zum Protest gegen Gleichgültigkeit – und zur Ermutigung für die Teilnehmer selbst.



Anschlag auf Betende in Jerusalem

Knobloch:
»Ein verabscheuungswürdiges Verbrechen«

München, 18. 11. 2014. Mit Entsetzen, Trauer und Abscheu reagiert Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, auf den Anschlag auf Betende in einer Synagoge in Jerusalem. Die mit Äxten und Messern bewaffneten Angreifer ermordeten mindestens vier Menschen während des Besuches eines Gottesdienstes, weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Nach Meldungen der dpa hat sich die radikal-islamische Hamas zu der Bluttat bekannt.

Charlotte Knobloch: »Dieser terroristische Angriff auf betende Menschen ist ein zutiefst verabscheuungswürdiges Verbrechen. Wie schon so oft zeigt uns die radikal-islamische Terrororganisation Hamas ihr unmenschliches, verrohtes und kaltes Gesicht und brüstet sich nun auch noch mit dem feigen Mordanschlag, um die Opfer zu verhöhnen. Wir trauern mit den Menschen in Israel über die Opfer und sind mit unseren Gebeten bei ihren Angehörigen und den Verwundeten. Gerade in diesen Wochen, in denen Israel von einer Welle terroristischer Gewalt erschüttert wird, stehen wir, die jüdische Gemeinschaft in Deutschland, unverbrüchlich an der Seite unserer Brüder und Schwestern in Israel.«



BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Sammelbecken rechter Schläger

Die »Hooligans gegen Salafisten« sehen sich als Avantgarde einer »Volksbewegung«. Spätestens seit den brutalen Ausschreitungen in Köln sollte man sie nicht länger unterschätzen

Von Alex Feuerherdt

Die Szenerie am Kölner Hauptbahnhof ist geradezu gespenstisch: Kahrlasierte Männer mit breiten Schultern, etliche davon schwarz gekleidet und mit deutlich sichtbaren Tätowierungen, bewegen sich in größeren Gruppen brüllend über den Breslauer Platz, werfen mit Gegenständen und versuchen das Bahnhofsgebäude zu stürmen. Gepanzerte Polizisten bemühen sich im Verbund mit verzweifelten Bahn-Mitarbeitern, sie davon abzuhalten. Bahnreisende und Passanten suchen fluchtartig das Weite. Dort, wo es an einem frühen Sonntagabend Ende Oktober sonst eher beschaulich zugeht, findet eine regelrechte Straßenschlacht statt. Die Demonstration der »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) ist völlig außer Kontrolle geraten, der Staat hat sein Gewaltmonopol faktisch verloren.

»Hooligans gegen Salafisten« – was ein bisschen klingt, als habe sich das Satiremagazin Titanic einen Scherz erlaubt, ist in Wahrheit bitterer Ernst. Rund 4.000 Teilnehmer hat die Gruppe, die wenige Monate zuvor gegründet worden war, vorwiegend über die sozialen Netzwerke in die Domstadt mobilisiert. Darunter waren nicht nur gewalttätige Fußball-Hooligans unterschiedlicher Vereinsvorlieben, sondern auch und nicht zuletzt Mitglieder der NPD, der Partei »Die Rechte«, von »Kameradschaften« und anderen neonazistischen Gruppierungen sowie Personen, die der Bewegung der »Identitären« angehören oder dem Umfeld der sogenannten »Pro-Gruppen« entstammen. Ein übles Bündnis, das für einen der größten ultrarechten Aufmärsche in der Geschichte der Bundesrepublik gesorgt hat.

Chiffre für »Ausländer raus«

Dass sich die Kölner Demonstration dabei offiziell »gegen Salafisten« richtete, darf man getrost als Taschenspielertrick betrachten. Denn »Salafisten« war und ist – bei aller Gefährlichkeit dieser islamistischen Strömung – letztlich nur eine Chiffre, ein Ticket, ein Platzhalter für Migranten im Allgemeinen. »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«, riefen Demonstranten – viele von ihnen waren bereits an den szenetypischen Bekleidungsmarken und Symbolen zu erkennen – dann auch mehr als einmal. Mehrmals wurde der Hitlergruß gezeigt, auf Transparenten fanden sich Parolen wie »Unsere Fahne, unser Land, maximaler Widerstand«. Die Rechtsrockband »Kategorie C« gab ihr erstes öffentliches Konzert seit längerer Zeit, extra für die »HoGeSa« hatten sie ein neues Lied geschrieben. »Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder«, hieß es darin unter anderem.

Nur wenige Minuten, nachdem sich der Demonstrationzug vom Kölner Hauptbahnhof aus auf den Weg gemacht hatte, eskalierte die Situation. Teilnehmer attackierten ein asiatisches Restaurant, es flogen Steine und Flaschen. Passanten,

die den Rechten nicht »deutsch« genug aussahen, und Journalisten wurden beschimpft und beleidigt. Ein Fotograf wurde mit Leuchtspurnmunition beschossen. Wen die Hooligans als Gegendemonstranten ausgemacht hatten, den versuchten sie zu jagen. Die Polizei schaffte es trotz des Einsatzes mehrerer Wasserwerfer nicht, der Lage Herr zu werden, immer wieder gab es Auseinandersetzungen. Und obwohl die Demonstranten sage und schreibe 45 Polizisten verletzten, mehrere Scheiben im Hauptbahnhof zerstörten sowie ein Polizeifahrzeug auf die Seite kippten, ließen die Ordnungshüter schließlich rund 800 Demonstrationsteilnehmer, die sie zuvor festgesetzt hatten, ohne Feststellung der Identität ziehen.

Von Polizei grotesk unterschätzt

Gerade einmal 1.300 Einsatzkräfte waren vor Ort – viel zu wenig, um die Lage unter Kontrolle zu halten respektive zu bringen. Dabei ließ die Mobilisierung der »HoGeSa« darauf schließen, dass deutlich mehr als die von der Polizei erwarteten 1.500 gewaltbereiten Personen nach Köln kommen würden. In seinem Bericht für den Innenausschuss des Düsseldorf-Landtags versucht sich das nordrhein-westfälische Innenministerium zu rechtfertigen: Die Polizei habe die Demonstration hinsichtlich ihrer Größe und Gefährlichkeit richtig eingeschätzt, heißt es dort, gleichwohl sei der Aufmarsch »durch exzessive, teils eruptive und nicht vorhersehbare Gewaltanwendung gegenüber Polizeibeamten geprägt« gewesen. Ein eklatanter Widerspruch, den Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) nicht aufzulösen vermochte. Und so blieben drängende Fragen: Warum wurde auf Vorkontrollen verzichtet? Weshalb riegelte die Polizei den Platz am Hauptbahnhof nicht ab? Wieso setzte sie das Alkoholverbot nicht durch? Und aus welchem Grund wurden keine Spezialkräfte herangezogen?

Die »Hooligans gegen Salafisten« feierten ihre Zusammenrottung jedenfalls als großen Erfolg, und auch rechtsradikale Organisationen frohlockten. Nachdem die Teilnehmerzahlen bei Naziaufmärschen zuletzt immer kleiner geworden waren und Parteien wie die NPD bei Wahlen nur schwache Ergebnisse erzielt hatten, mussten ihnen die Ereignisse in einer der



Hooligans und Neonazis auf der HoGeSa-Kundgebung in Hannover am 15.11.2014

größten deutschen Städte wie ein Wunder vorkommen. Und dies auch deshalb, weil sonst konkurrierende, rivalisierende oder gar verfeindete Rechte nun Seite an Seite marschierten. Die »HoGeSa« fungieren gewissermaßen als Sammelbecken. Die tonangebende Kraft sind dabei frühere Kader rechtsradikaler Organisationen, die mit Parteipolitik nichts mehr zu tun haben wollen, aber immer noch über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen.

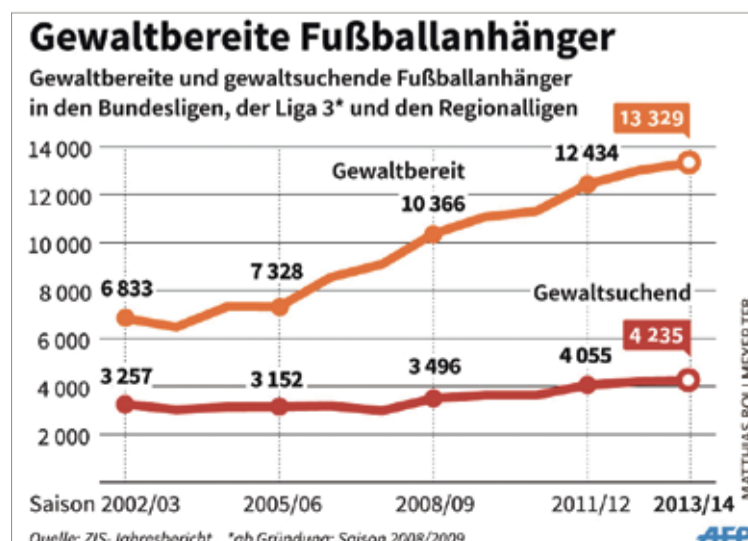
Geschlossenes Weltbild

»Viele von ihnen waren früher Hooligans oder gehören immer noch zu der Szene«, analysiert Jan Tölva in der Berliner Wochenzeitung Jungle World. Nicht wenige dieser alten Hooligans hätten sich weitere Betätigungsfelder gesucht: »Ein Gutteil arbeitet in Sicherheitsfirmen, andere gehören zum kriminellen Milieu, einige bewegen sich in der Kampfsportszene, und eine beträchtliche Zahl steht der Rockerszene nahe. Sie sind also überall dort zu finden, wo die archaische Männerwelt noch intakt ist.« Und ihre Fähigkeit, massenhaft Sympathisanten auf die Straße zu bringen, ist offenkundig stärker ausgeprägt als die der etablierten ultrarechten Parteien und Gruppierungen. Diese wollen gleichwohl – oder gerade deshalb – die Gunst der Stunde nutzen. »Vielleicht wird man sich in vielen Jahren an den 26. Oktober 2014 erinnern, weil an diesem Tag Tausende national gesinnte

Deutsche auf die Straße gingen«, schrieb beispielsweise der Cottbusser NPD-Kader Ronny Zasowk nach der Kölner Demonstration auf der Internetseite seiner Partei.

Ein weiterer Aufmarsch der »Hooligans gegen Salafisten« Mitte November in Hannover verlief weniger dramatisch als der erste in Köln. Zwar kamen erneut etwa 3.000 Teilnehmer zusammen, doch diesmal hatte sich die Polizei besser vorbereitet: Sie war mit über 5.000 Einsatzkräften sowie acht Wasserwerfern und drei Räumfahrzeugen vor Ort, kontrollierte bereits die Anfahrtswegen nach Hannover und winkte auffällige Autos heraus. An den Zugängen zur Demonstration durchsuchten Polizisten jeden Rucksack und jede Tasche, Alkohol wurde konfisziert. Der Platz war komplett abgesperrt, und wer ihn einmal betrat, durfte ihn nicht mehr verlassen. Anders als in Köln durfte zudem weder »Kategorie C« noch eine andere Rechtsrockband auftreten.

»In diesem Jahr ist keine weitere Kundgebung geplant«, schreiben die »Hooligans gegen Salafisten« auf ihrer Internetseite. Es werde erst Anfang des nächsten Jahres weitergehen, die Pläne dafür stünden schon und würden nun konkretisiert. Weiter heißt es: »Die Zeit bis zum Jahreswechsel wird die Orga der HoGeSa nutzen, um die Infrastruktur weiter auszubauen und die Vernetzung zu stärken.« Das darf man durchaus als handfeste Drohung verstehen. Von nicht unerheblicher Bedeutung wird dabei sein, wie sich das Verhältnis zwischen den Hooligans und den organisierten Neonazis sowie den rechten Parteien entwickeln wird. »Parteimitglieder werden von den Hooligans nur geduldet, wenn sie auch zu Gewalttaten bereit sind«, schreibt Jan Tölva. Für etliche Vertreter von »Die Rechte« und der NPD treffe das allerdings zu, denn das Personal beider Parteien sei vielerorts nahezu identisch mit der lokalen Kameradschaftsszene. Die »Hooligans gegen Salafisten« sehen sich als schlagkräftige Avantgarde einer »Volksbewegung«. Allerspätestens seit den Geschehnissen in Köln tut man gut daran, sie nicht zu unterschätzen.



Antisemitismus in Europa

Mein Name ist Ora, ich bin eine israelische Jüdin, und betreibe das Internetweblog <http://antisemitism-europe.blogspot.com>. Das Blog ist dazu gedacht über die unterschiedlichen Formen des heutigen Antisemitismus in Europa zu berichten

Es ist nicht möglich, eine vollständige Übersicht über antisemitische Vorfälle in Europa zu geben. Die meisten Vorfälle werden nicht gemeldet, und von jenen, die gemeldet werden, schaffen es die meisten nicht in die Nachrichten. Ich werde gleichwohl versuchen, eine knappe Darstellung für die Monate Oktober/November zu machen.

Das Verbannen jüdischer Rituale

Eine der größten Gefahren für jüdisches Leben in Europa heute ist das Verbot von jüdischen rituellen Praktiken: koscheres Schlachten und die Beschneidung. Beide Fälle sind derzeit auf der politischen Agenda mehrerer Parlamente, manchmal als Resultat antiislamischer Kräfte. In Belgien hat die Partei Vlaams Belang angekündigt das rituelle Schlachten zu verbieten. Im Vereinigten Königreich wird das Thema in einer Parlamentsgruppe diskutiert, die bereits freimütig sagte, dass sie es anstrebt, während dem Schächten eine Betäubung nach dem tödlichen Schnitt vorzuschlagen. Währenddessen hat in Dänemark das Parlament die Legalität der Beschneidung diskutiert. Eine Umfrage hat gezeigt, dass 75% der Dänen diese Praxis ablehnen und es gerne sehen würden, wenn sie verboten würde.

Parlamentarische Initiativen

Während viele europäische Politiker ihre Verpflichtung, Antisemitismus zu bekämpfen, betonen, haben sie oft kein Problem damit, Israel auszugrenzen oder Terroristen, die gegen Israel kämpfen, zu unterstützen. So zum Beispiel in Schweden, das kürzlich ankündigte, den Staat Palästina anzuerkennen. Das britische

Parlament votierte in einer nicht-bindenden Resolution für die Anerkennung Palästinas. Ebenso Spanien. Ähnliche Abstimmungen sind im französischen und dänischen Parlament geplant. Es ist interessant, wie britische Abgeordnete ihre Wahl erklärten. Der Abgeordnete der Tories, Andrew Bridgen, meinte, das Vereinigte Königreich sollte ein »guter aber kritischer Freund« Israel sein, da »das politische System der Weltsupermacht, des großen Alliierten, der Vereinigte Staaten, sehr empfänglich für gut finanzierte, einflussreiche Lobbygruppen und die Macht der jüdischen Lobby in Amerika sei«. In anderen Worten, das Votieren für Palästina ist eine Antwort auf die allgegenwärtige Macht der jüdischen Lobby. Da ist sicher kein Antisemitismus im Spiel, richtig?

Was soll daran falsch sein, Palästina anzuerkennen? Immerhin insistiert Schweden darauf, das sei sein Beitrag zum Friedensprozess. In der Tat ist nichts falsch daran, das palästinensische Volk zu unterstützen. Allerdings sind die gleichen Länder, die jetzt eilend Palästina anerkennen wollen, immer ruhig gewesen, wenn palästinensische Führer die Unterstützung für Terrorattacken gegen Juden bekundeten. Europäische Länder mögen zwar spezifische Terrorangriffe verurteilen, aber sie verurteilen nicht die palästinensischen Führer, welche jene ehren, die die Terrorangriffe ausführten. Die palästinensische Führung hat alle Terroristen, die bei den jüngsten Terrorangriffen beteiligt waren [damit ist nicht das Blutbad in der Synagoge in Jerusalem im November gemeint, d.Red.] gewürdigt. Das Schweigen aus Europa war ohrenbetäubend.

Oder schauen wir uns die französische Stadt Lille an, die ihre Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Safed auf Eis legte, um »die Lösung des Konflikts zu beschleunigen«. Gleichwohl bleibt Lille eine Partnerstadt des palästinensischen Nablus. Die Universität Sorbonne hat ein Studentenaustauschprogramm mit der Bir Zeit Universität, aber sie hat kein solches Programm mit einer israelischen Universität. Im Jahr 2000 wurde der französische Premierminister Lionel Jospin in der Bir Zeit Universität aufgrund seiner Verurteilung von Angriffen der Hizballah auf israelische Ziele im Südlibanon mit Steinen beworfen. Das ist die gleiche Universität, mit der sich die Sorbonne gerne assoziiert.

Während des letzten Gazakrieges gaben viele europäische Führer Lippenbekenntnisse ab bezüglich Israels Notwendigkeit, sich selbst zu verteidigen. Wir hörten immer und immer wieder, »Israel hat ein Recht sich zu verteidigen, aber es muss seine militärischen Manöver gegen die Palästinenser stoppen«. Nicht ein führender Politiker hat erklärt, was er oder sie an Israels Stelle tun würde, wenn sie sich in allen ihren großen Städten Raketen gegenüber sehen würden und wenn Millionen ihrer Einwohner ganze Tage in Bombenschutzbunkern verbringen müssten.

Wie wir jetzt sehen können, angesichts von ägyptischen Schutzmaßnahmen gegenüber den Terroristen aus Gaza, ist Europa viel stärker daran interessiert, den jüdischen Staat zu geißeln, als palästinensische Interessen zu schützen. Denn es gibt keinen Protest gegen die ägyptische Schließung des einzigen Grenzübergangs nach Gaza, oder gegen die Zerstörung von Häusern entlang der Grenze. Niemand vergleicht Ägypten mit den Nazis oder dem Islamischen Staat (IS). Dann gibt es natürlich die BDS-Aktionen gegen Israel, und nur gegen Israel. In Großbritannien sagten die Organisatoren des WOW Festivals, sie würden jedes Stück boykottieren, das jemals in Israel gespielt wurde. In Frankreich standen Besucher bei einem israelischen Filmfestival auf, schrien Slogans gegen Israel und warfen Stinkbomben. Die Direktorin Hilla Medalia sagte, sie habe um ihr Leben gefürchtet. Die Linie zwischen antiisraelischen und antijüdischen Aktionen vermischt häufig. In der belgischen Universität von Liege wurden Studierende eingeladen an einer Aktion teilzunehmen, die dazu gedacht war, den Gaza-Krieg nachzuspielen. Den Studierenden wurde gesagt, »vermeide den großen, bösen Juden und klage das Recht auf deine Heimat ein«. Hätten sie wie üblich »Israeli« anstelle von »Juden« gesagt, wäre es business as usual gewesen. Sie haben es einfach verwechselt.

Weitere antisemitische Vorfälle

In den Niederlanden postete ein Schüler eines Gymnasiums ein Video, in dem er sagte, er sei vom Islamischen Staat (IS) und er wolle Juden enthaupten. Das Video enthielt auch vulgäre Sprüche gegen Jüdinnen. Währenddessen wurden in Voorburg Häuser und Fahrzeuge beschädigt und mit Pro-IS Graffiti besprüht, inklusive Drohungen gegen Juden (»Juden werden sterben«, mit einem Smiley ISIS«). In Österreich fuchtelte ein Neonazi-Biker in der Nähe einer Synagoge vor Passanten mit einem Messer herum, während er antisemitische Sprüche schrie. Im Glasgow warf eine Gruppe Jugendlicher eine brennende Chemikalie auf einen Stand, an dem ein Teenager israelische Produkte verkaufte. Das Mädchen wurde nicht verletzt, aber sie hatte Panik, dass ihr Gesicht bei dem Angriff entstellte würde.

In Ungarn gab es eine ganze Reihe von Vandalismusfällen. In einem Fall wurde ein Wahlplakat mit einem Graffiti mit dem Spruch »Ich bin ein Jude!« beschmiert. Auf meinem Blog hat ein Kommentator gemeint, das sei doch nicht Antisemitismus, sondern nur ein Faktum. Ungarn wird als eines der antisemitischsten europäischen Länder betrachtet, es werden aber keineswegs sehr viele antisemitische Vorfälle gemeldet. Es scheint so, dass regelmäßig vorkommende Beleidigungen und Schikanen von den Juden als Teil ihres Lebens akzeptiert werden. Fast 100 Holocaustüberlebende haben sich kürzlich an ein amerikanisches Ge-



Der schwedische Rapper Dani M. Monserrat glaubt an antijüdische Verschwörungsmymen Foto: kingsizemagazine.se

richt gewandt, um ihre Entschädigung einzuklagen. Ihre Anwälte sagten dem Gericht, gefährliche antisemitische Einstellungen »haben eine ansteigende Akzeptanz bei den Mainstream-Politikern und Parlamentariern in Ungarn«, daher sei es für ihre Klienten unmöglich, Recht zu bekommen.

In Belgien verwendet Professor Jean Bricmont, ein Mitglied der renommierten belgischen Königlichen Akademie der Wissenschaften, Literatur und Schönen Künste, einen Teil seiner Zeit damit, abscheuliche Ideen über Juden zu vertreten. Kürzlich erläuterte er auf Facebook eine Rede des französischen Premierministers Fillon in Israel und verwies dabei auf einen Text aus Algerien, der behauptet, der Holocaust sei ein lukratives Geschäft und würde weltweit wie eine Religion betrachtet.

In Spanien wurde das jüdische Viertel in Toledo mit Graffiti verunstaltet. In Weißrussland wurde eine Synagoge mit Nazisymbolen beschmiert. Ebenso wurde in Griechenland das Holocaustdenkmal in Athen beschmutzt und in Portugal wurde ein Denkmal an die jüdischen Opfer des Massakers von 1506 in Lissabon mit dem Wort »Ebola« verunstaltet.

Antisemiten ehren

In Finnland wurde ein verurteilter Antisemit, Juha Kärkkäinen, von der Stadt Ylivieska mit einer Medaille geehrt, »in Anerkennung seiner lebenslangen Verdienste auf dem Feld der Wissenschaft, des Sports, der Kunst und anderer bedeutender kulturellen oder sozialen Aktivitäten oder großen nationalen Leistungen.« Kärkkäinen publizierte extreme antijüdische Verschwörungsmymen in seiner Zeitung.

In Schweden buchte die Stadt Linköping den Rapper Dani M. Monserrat für ein Jugendkonzert. Dani M. glaubt auch an antijüdische Verschwörungsmymen. Er schrieb schon darüber, die Rothschilds würden alle Banken der Welt beherrschen sowie den Staat Israel, wodurch sie dann alle Weltmedien kontrollierten. Er meinte, das sei kein Antisemitismus, sondern Kritik an Israel. Später veröffentlichte er einen Song, worin er »sie« beschuldigte an allem Übel auf der Welt verantwortlich zu sein. Wir wissen nicht, wer »sie« ist, aber angesichts der kontinuierlichen Posts dieses Rappers zu dieser Frage, können wir erahnen, wen er meint ...



Die rechten Parteien Europas mögen sich: M.M. Le Pen vom Front National bei einem Fest des belgischen Vlaams Belang, 29. September 2013

Vielfalt – einspurig umgesetzt?

Anmerkungen zur Tagung »Contemporary Jewish life«
im Jüdischen Museum Berlin am 11./12. Dezember

Von Clemens Heni

»Koscherer Israelboykott«

Ein Internetweblog aus England nennt sich »Es ist kosher, israelische Waren zu boykottieren«. Betrieben wird er von: »Juden aus dem Vereinigten Königreich die den palästinensischen Aufruf zu einer Kampagne für einen Boykott, ein Desinvestment und von Sanktionen gegen die israelische Apartheid unterstützten«, »J-BIG« nennen sie sich: »Jews for Boycoting Israeli Goods« – Juden für den Boykott israelischer Waren. Diese Seite lässt keine Fragen offen, für sie ist »Zionismus« »Rassismus«, eine Unterseite widmet sich dieser Beziehung. Unter »Blogroll« finden sich nur wenige Seiten, darunter jene eines britischen Autors, Antony Lerman.

2009 verglich Lerman das »Leiden von Kindern in Gaza« mit dem »Leiden von Kindern im Warschauer Ghetto« und legte fest, dass es »kein spezielles jüdisches Leiden« gibt, was als eine Art Leugnung der Präzedenzlosigkeit der Shoah gelesen werden kann. 2011/12 machte sich Lerman über die Schließung eines Forschungszentrums zu Antisemitismus an der Yale University lustig und attackierte dabei herausragende Forscherpersönlichkeiten wie die Harvard-Professorin Ruth Wisse, den langjährigen Professor für Jüdische Studien in Bloomington, Indiana, Alvin H. Rosenfeld, und die heutige Chefhistorikerin von Yad Vashem, Dina Porat, die mit dem Institut verbunden waren. Im April 2012 verteidigte Lerman das antisemitische Gedicht von Günter Grass und griff jene an, die es kritisierten. Den Kritikern des Ex-SS-Mannes warf er vor, »inflationär« von Antisemitismus zu reden, bei einem deutschen Dichter der Juden unterstellt, Iran auslöschen zu wollen und die tatsächlichen Vernichtungsdrohungen des Iran derealisiert und Juden vom Opfer zum Täter stempelt. Im Februar 2013

verbreitete Lerman via Twitter eine antisemitische Meldung des Journalisten David Sheen, der einen israelischen Politiker mit Hitler verglich. Lerman hat auf Twitter auch schon Posts des Antisemiten Max Blumenthal zustimmend verbreitet. Jener Blumenthal, der Israel mit der Nazityrannie vergleicht und kürzlich Gregor Gysi im Bundestag nötigte und vom Bundestagspräsidenten ein Hausverbot angedroht bekam. Antony Lerman lehnt die Arbeitsdefinition zu Antisemitismus der EUMC ab, da seiner Ansicht nach Israel durchaus für das Erstarren von Antisemitismus verantwortlich gemacht werden könne.

Und eben dieser Antony Lerman soll am 12. Dezember 2014 im Jüdischen Museum Berlin auf einer großen Konferenz auf einem Podium über »heutiges jüdisches Leben in Europa« sprechen.

Kontinuitäten der Eingeladenen

Letzes Jahr wurde der englische antiisraelische Aktivist Brian Klug ebenfalls im Jüdischen Museum Berlin eingeladen. Bereits 2012 redete der israelische Politikwissenschaftler Gerald Steinberg Tacheles und bezeichnete das Museum, angesichts einer Veranstaltung mit dem antiisraelischen Superstar aus Kalifornien, Judith Butler, »Berliner antijüdisches Museum«.

Verantwortlich für die abermalige einseitige antiisraelische Einladungspraxis ist die Programmdirektorin des Jüdischen Museums. Ihr Einfluss und ihre inhaltliche Ausrichtung gegen Israel hat sich durch den Wechsel an der Museumsspitze hin zu dem Judaisten und Experten für antikes Judentum, Peter Schäfer, nicht verändert.

Ebenso mit von der Partie ist wiederum die Leiterin des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA), Stefanie Schüler-Springorum. Weitere Referenten sind drei führende Professoren im Bereich Jüdische Studien: Michael Brenner

aus München, Dan Diner aus Leipzig und Micha Brumlik aus Berlin, früher Frankfurt.

Ende November 2014 spricht sich der Münchner Lehrstuhlinhaber für Jüdische Geschichte und Kultur Michael Brenner in der Times of Israel für Israel als jüdischen Staat, für das grundsätzliche Rückkehrrecht der Juden nach Israel, aber gegen ein neues, unnötiges und Araber verstörendes Gesetz zu einem »noch« jüdischeren Staat Israel aus. Diese Kritik an dem neuen Gesetz ist interessant und wird von vielen Zionisten in Israel geteilt. Andererseits ist es merkwürdig, dass Brenner 2002 den israelischen Forscher Amnon Raz-Krakotzkin publizierte, der sich gegen Israel ausspricht und sich für die »Position des jüdischen Exils« einsetzt. Raz-Krakotzkin ist ein führender antizionistischer Anti-Israeli. Er tritt z.B.

Ganz offensichtlich gegen einen »jüdischen« Staat Israel tritt der Pädagoge Micha Brumlik auf, der 2012 die Anführerin akademischer Israelfeinde, Judith Butler, für würdig befand, den Adorno-Preis der Stadt Frankfurt zu bekommen. Brumlik möchte ein starkes »Diaspora-Judentum«, weil er einen ethnisch definierten jüdischen Staat Israel ablehnt und das derzeitige »Rückkehrrecht« von Juden nach Israel als einen großen Teil des Problems im arabisch-israelischen Konflikt sieht, wie er in der linken Monatszeitung *Konkret* schrieb.

Für wen spricht Antony Lerman?

Lerman plädierte im August 2014 in der *New York Times*, der weltweit wohl einflussreichsten Tageszeitung, für das Ende des jüdischen Staates Israel. Er befürwortet die »Einstaatenlösung« und wendet sich gegen eine jüdische Mehrheit in Israel. Wörtlich schrieb er: »Sie sollten wissen, Israel ist nicht das Judentum. Die jüdische Geschichte kulminierte nicht in der Gründung des Staates Israel.« Er attackierte die großen amerikanisch-jüdischen NGOs, die sich gegen Antisemitismus und für Israel einsetzen wie das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), die Anti-Defamation League (ADL) und das American Jewish Committee (AJC), die alle nach »rechts« abgedriftet seien und eine »unhinterfragte Solidarität mit Israel zum Prüfstein für jüdische Identität« gemacht hätten. Umgehend distanzieren sich führende Vertreter jüdischer Organisationen, die im Gegensatz zu Lerman eine große Zahl von Juden vertreten, von dieser Agitation. So sprach der Direktor des American Jewish Committee für das »Programm für heutiges jüdisches Leben«, Steven Bayme, sich gegen Lermans Einstaatenlösung aus, die zu einem »Bürgerkrieg« wie in Jugoslawien führen würde.

Nun, der jüdische Antizionist Lerman vertritt nur sich selbst – doch für wieviele Juden spricht er noch? Nehmen wir die Bundesrepublik. Wieviele der über 100.000 Juden sind explizite Israelfeinde, also Gegner des jüdischen Staates an sich? 50? 140? 800? Es gibt jüdische Israelkritiker, und die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft lässt sie – wie erstaunlich – besonders häufig zu Wort kommen. Doch jüdische Israelgegner repräsentieren nirgendwo auf der Welt auch nur einen bemerkenswerten Teil der jüdischen Gemeinschaft, weder in den USA, noch in England, Frankreich, Ungarn oder Deutschland, am wenigsten in Israel. Wer einen Antony Lerman einlädt und die Tradition pflegt, fast nur Leute seines Schlages willkommen zu heißen, verrät zwangsläufig auch etwas über die eigenen Positionen.



Das Jüdische Museum Berlin, April 2010

auf den berüchtigten Israel Apartheid Weeks auf, die Israel dämonisieren. 2006 würdigte Brenner Raz-Krakotzkin in einem weiteren Buch über »jüdische Geschichtsschreibung«.

2013 gab Dan Diner die Studie »Zweispachigkeit und binationale Idee. Der Prager Zionismus 1900–1930« des jungen, linken, antizionistisch eingestellten Israeli Dmitry Shumsky heraus (2005 auf Hebräisch erschienen).

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen Selbstverteidigung bis Senioren Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigem Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Nur ein Feigenblatt

Die Israelfreunde in der Linkspartei kritisieren zwar den Antisemitismus ihrer Genossen, doch Konsequenzen bleiben aus. Dabei ist Israelhass nicht bloß ein Haar in der Suppe, sondern er macht sie ungenießbar

Von Alex Feuerherdt

In der Linkspartei gibt es mal wieder einen Antisemitismusskandal. Den wievielen eigentlich, vermag schon kaum mehr jemand zu sagen. Mal geifert ein Duisburger Lokalpolitiker der Linken über »das läppische Existenzrecht Israels«, mal bleiben Abgeordnete der Partei demonstrativ sitzen, während alle anderen Parlamentarier dem israelischen Staatspräsidenten stehend für seine Rede im Bundestag applaudieren, mal organisiert der Jugendverband eine Kundgebung gegen den jüdischen Staat, deren Teilnehmer anschließend hasserfüllt auf pro-israelische Demonstranten losgehen. Inge Höger und Annette Groth, zwei besonders notorische Israelfeindinnen, setzen sich sogar mit veritablen Islamisten ins Boot, wenn es darum geht, der terroristischen Hamas im Gazastreifen zu Hilfe zu eilen.

Nun luden sie den amerikanischen Publizisten Max Blumenthal und den in Israel lebenden kanadischen Journalisten David Sheen ein, über »Israels Kriegsverbrechen in Gaza« zu sprechen – beziehungsweise auch noch am Jahrestag der Pogromnacht von 1938. Beide Referenten verfügen über die von Höger und Groth gewünschten Qualifikationen als jüdische Kronzeugen der Anklage gegen Israel: Blumenthal bezeichnet israelische Soldaten in seinem jüngsten Buch »Goliath« als »Judäo-Nazis« und belegt auch die israelische Regierung häufig mit NS-Vokabular. Zuletzt setzte er den Staat Israel zudem mehrfach mit der Terrororganisation »Islamischer Staat« gleich und bewunderte den »echten Widerstand« im von der Hamas beherrschten Gazastreifen. Auch David Sheen bemüht Vergleiche mit dem Nationalsozialismus, wenn es darum geht, Israel zu dämonisieren.

Antisemitische Ungeheuerlichkeit

Die Einladung von Blumenthal und Sheen war nichts anderes als ein weiterer Versuch, Israel zum neuen Nazistaat zu erklären und dieser antisemitischen Ungeheuerlichkeit den Koscherstempel zu verleihen. Blumenthal und Sheen haben geliefert, und zwar in ausgesprochen aggressiver Art und Weise: Weil Gregor Gysi, der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, dafür gesorgt hatte, dass die beiden ihre Hasspredigten nicht, wie von Höger und Groth geplant, im Fraktionssaal der Linkspartei und in der Berliner Volksbühne halten können, veranstalteten sie eine Hatz auf ihn. Gemeinsam mit Höger, Groth und weiteren Abgeordneten der Partei lauerten sie Gysi vor seinem Büro auf und rückten ihm regelrecht auf die Pelle, als er vor die Tür trat. Sheen folgte Gysi sogar buchstäblich bis aufs Klo, filmte seine Jagd auch noch selbst und stellte das Video kurz darauf ins Internet. Ein unfassbarer Vorgang.

Die Szenerie war dabei so peinlich wie gespenstisch: Die lächerliche Selbstviktimsierung von Sheen – der behauptete, er werde in Israel nun Morddrohungen er-

halten –, der unstillbare Geltungsdrang, die aggressive Anklage, der als Verteidigung verbrämte Angriff, der nicht einmal vor dem Privatesten Halt machte, die geschäftigen Claqueure der Linkspartei, die das alles säumten, begleiteten und kommentierten, und schließlich die beflissenen Smartphonebesitzer, die nicht bloß dokumentierten, sondern Teil der Hatz waren – das alles sorgte für eine Atmosphäre, die nahe an der Pogromstimmung war. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat inzwischen ein Hausverbotverfahren gegen Blumenthal und Sheen eingeleitet. Jeder Versuch, auf Mitglieder des Deutschen Bundestages physischen Druck auszuüben, sie körperlich zu bedrängen und damit die Wahrnehmung der Aufgaben des Hauses zu gefährden, sei indiskutabel und müsse unterbunden werden, sagte er.

Leidenschaft? Besessenheit!

Man entschuldige sich, so ließen Höger & Co. später verlautbaren, »bei Gregor Gysi und der gesamten Fraktion«, distanzieren sich von der »aggressiven Vorgehensweise und den Beleidigungen« und sei »persönlich enttäuscht von der Veröffentlichung dieses unwürdigen Vorgangs (...) per Video aus billiger Sensationslust«. Eine Entschuldigung und Distanzierung also, die sich lediglich auf die Form des Angriffs bezog. Von der Einladung der Israelhasser und von den antisemitischen Inhalten, die diese vertreten, wollte man keineswegs Abstand nehmen. Alles andere wäre jedoch auch verwunderlich gewesen, denn zur (selbst)kritischen Reflexion ihres Tuns sind Groth, Höger und Ihresgleichen weder willens noch fähig.

Konsequenzen aus diesem Vorfall bleiben einmal mehr aus, auch Gysi selbst wollte »keine Staatsaffäre« aus der Angelegenheit machen. Nach wie vor ist er der Ansicht, dass es in seiner Partei gar kein Problem mit Antisemitismus gibt, sondern lediglich »zu viel Leidenschaft bei der Kritik an Israel«. Eine »Leiden-

schaft«, die Gysi übrigens durchaus teilt, wie seine Reaktion auf die Ermordung von vier betenden Juden in einer Jerusalemer Synagoge durch zwei palästinensische Männer wenige Tage später zeigt: Gysi forderte als Konsequenz aus der grausamen Bluttat allen Ernstes, »Palästina diplomatisch anzuerkennen«. Das sei auch »ein wichtiges Signal an die israelische Regierung«. Zynischer hätten es selbst Inge Höger und Annette Groth nicht formulieren können.

Keine Konsequenzen

Mehr als 50 Parlamentarier und Funktionsträger der Linken haben inzwischen im Internet ein Positionspapier veröffentlicht, das sich gegen die Israelfeinde in der Partei richtet und mit »Ihr sprecht nicht für uns!« überschrieben ist. Darin heißt es unter anderem: »Wir bestehen darauf, gemeinsam keinen Zweifel daran zuzulassen, dass unsere Partei Personen oder Organisationen, die den Zivilisationsbruch der Shoah relativieren oder das Existenzrecht Israels in Abrede stellen, weder eine Plattform bietet noch sich als politische Partnerin anbietet.« Höger, Groth und andere am »Toilettengate« beteiligte Abgeordnete werden aufgefordert, »Konsequenzen zu ziehen«. Welche das sein sollen, wird allerdings offen gelassen.

Dadurch hat das Papier jedoch lediglich den Charakter eines Appells. Jan Korte, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken und Unterzeichner des Aufrufs, möchte dann auch gar nicht, dass Höger und Groth ihr Bundestagsmandat niederlegen. »Entscheidend ist, dass wir eine Debatte über Selbstverständnis und Geschichte führen«, sagte er der Jüdischen Allgemeinen in einem Interview. »Debatte und Auseinandersetzung, so oft es nötig ist«, lautet seine Forderung. Das aber bedeutet: Wenn israelbezogener Antisemitismus keine spürbaren Folgen hat, etwa in Form von Parteiausschlüssen, wird er weiterhin seinen festen Platz in der Linkspartei haben. Und offenbar



Dr. Gregor Gysi
Foto: TRIALON/Kläber via Wikimedia Commons

gibt es auch für die Israelfreunde keine Schmerzgrenze, deren Überschreitung dazu führt, sich ihrerseits aus einer Organisation zurückzuziehen, die Antisemiten Raum zur Entfaltung bietet. Man ist schon zufrieden, mal darüber geredet zu haben.

Unheilbar gutes Gewissen

Solange das so bleibt, hat die Linkspartei kein Antisemitismusproblem, sondern sie ist selbst eines. Der Hass auf Israel ist nicht bloß ein Haar in der Suppe, er macht sie vielmehr ungenießbar. Die Israelfreunde in der Partei müssen sich daher vorwerfen lassen, dass sie letztlich nur ein Feigenblatt sind und das tatsächliche Ausmaß des Antisemitismus in der Partei verdecken. Das unheilbar gute Gewissen der weitaus meisten Parlamentarier und Mitglieder der Linkspartei – nicht nur jenes der Falken um Höger und Groth, sondern auch das von vermeintlichen Täubchen wie Gysi – sowie deren falsche und selbstgerechte Überzeugung, als Linke schon qua guter Gesinnung frei von jüdenfeindlichen Ressentiments zu sein, führen dazu, dass sich die Partei im Besitz eines Persilscheins glaubt, wenn sich ihre Angehörigen über Israel auslassen. Den Judenhass verortet man weiterhin ausschließlich im rechten Lager, und dass sich seine Erscheinungsformen modernisiert haben, übersieht man mit voller Absicht.

Das ist allerdings kein Wunder, denn der Antizionismus – also der Angriff auf die Juden in Form des Angriffs auf Israel als »Jude unter den Staaten«, wie es der Historiker Léon Poliakov einmal treffend formulierte – ist nach wie vor eine linke Selbstverständlichkeit. Und deshalb wollen sich die allermeisten Genossen das »Menschenrecht auf Israelkritik« von niemandem bestreiten lassen. Sie sind gewissermaßen die parlamentarische Speerspitze des Antisemitismus. Auf die rabiaten Referenten Max Blumenthal und David Sheen werden sie zwar künftig wohl nicht mehr zurückgreifen. Aber das ist auch gar nicht nötig, denn der Pool an Kronzeugen ist schier unerschöpflich. Die Fortsetzung wird also folgen, so viel ist sicher.



Das Terrorschiff Mavi Marmara als eine Art »Pilgerort«: Besucher auf der Mavi Marmara, Istanbul, 29. Dezember 2010

Keine originäre Idee

Eine »Judenzählung« gab es bereits vor 100 Jahren

Von L. Joseph Heid

Am 15. November 2014 rauschte ein scharfer Wind durch den deutschen Blätterwald, der sich rasch zu einem Orkänchen auswuchs. Der Wind kam aus rechter Windrichtung. Die Schlagzeile lautete: »Die Rechte« will Juden zählen lassen«.

Im Dortmunder Stadtparlament hatte das Ratsmitglied Dennis Giemsch mit der Begründung, dies sei »relevant« für die politische Arbeit der »Rechten«, eine Anfrage gestellt, die Juden in der Stadt, »aufgegliedert nach Stadtbezirken«, zählen zu lassen.

Das hatte es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Gewiss, auch die Nationalsozialisten hatten Listen über Juden geführt, sich der Karteien der Jüdischen Kultusgemeinden und der Einwohnermeldeämter bedient, was ihnen ihre Verfolgungsmaßnahmen erleichtern sollten.

Die Partei »Die Rechte« gilt als pseudodemokratische Nachfolgeorganisation der in Nordrhein-Westfalen verbotenen Neonazi-Vereinigung Nationaler Widerstand. Wie ihre politische Arbeit aussehen kann, hat »Die Rechte« bereits bei den Demonstrationen der »Hooligans gegen Salafisten« (HogeSa) in Dortmund am 28. September 2014 und am 26. Oktober 2014 in Köln unter Beweis gestellt (s. S. 5). Ihr Parteimitglied und Kurzzeit-Ratsmitglied Siegfried Borchardt, genannt »SS-Siggi«, ist Gründer der rechten Hooligan-Gruppierung »Borussenfront« und war bei beiden Demonstrationen vor Ort. Für den auf sein Mandat verzichtenden Borchardt war Dennis Giemsch in den Dortmunder Stadtrat nachgerückt.

Juden aus antisemitischen Motiven heraus zu zählen, das war zum ersten Mal dem preußischen Kriegsministerium vorbehalten, im Oktober 1916, mitten im Krieg. Mit einem Erlass, unterzeichnet vom damaligen Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn, der am 11. Oktober 1916 sämtlichen militärischen Dienststellen zugegangen war, wollte das Kriegsministerium den Anteil der Juden an der Front nachprüfen lassen. Damit nahm man zumeist anonyme Klagen auf, wonach es »unverhältnismäßig viele wehrpflichtige Israeliten« gebe, die vom Wehrdienst befreit seien oder sich vor einem Fronteinsatz drückten.

Die Begründung des offiziellen Erlasses und sein provokanter Wortlaut waren



Ein zunächst verbotener, dann jedoch erlaubter Aufmarsch von rund 500 Neonazis in Dortmund, 4. September 2010

außerordentlich beleidigend, weil die Beschuldigung exklusiv auf die Juden abzielte. Völkische und antisemitische Formulierungen hatten offenbar die Feder dieses staatlichen Erlasses dirigiert, in dem es hieß, »unter allen möglichen Vorwänden drückten« sich Juden und eine »unverhältnismäßig große Anzahl« von ihnen sei vom Kriegsdienst befreit. Damit war die kaiserliche Burgfriedenspolitik endgültig aufgekündigt. Der »Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund« und sein Geschäftsführer Alfred Roth hatten ihr Etappenziel erreicht: Der Kampf gegen die »Hinterfrontjuden«, gegen die Herren der »unabkömmlichen Konfession«, die man nur »sehr vereinzelt im Kriege voranstürmen« sah, wie es wiederholt auf zigtausendfach verbreiteten Handzetteln des Bundes geheißen hatte, war eröffnet.

Die jüdische Öffentlichkeit war erschrocken, zumal sich keine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens davon distanziert hatte. Keine andere kriegführende Nation hielt es inmitten blutiger Gefechte für nötig, auf Grund unbewiesener Gerüchte eine Zählung der Soldaten einer loyalen Minderheit durchzuführen.

Mit einer parlamentarischen Anfrage an den preußischen Kriegsminister wurde der Abgeordnete Ferdinand Werner, der im Jahre 1933 zum Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Reichstag avancieren sollte, zum eigentlichen Initiator der »Judenzählung« im Ersten Weltkrieg. Verfasser der »Judenstatistik« war General

Ernst von Wrisberg, der gute Kontakte zur völkischen Szene unterhielt. Es wurde ein Machwerk »von unglaublicher Schluderhaftigkeit und Bösartigkeit«, so der Soziologe Franz Oppenheimer.

Stigmatisierung der deutsch-jüdischen Soldaten

Am Stichtag der »Judenzählung«, am 1. November 1916, kam es zum Teil zu massiven antisemitischen Umtrieben, indem z.B. jüdische Frontsoldaten für kurze Zeit von der Front entfernt wurden, um ihre Zahl möglichst niedrig zu halten. Der antisemitische Charakter dieser Zählung lässt sich allein an einem bewusst »verrutschten« Komma erkennen, durch das der Anteil der Juden an den Etappentruppen von 1,1 auf über 11 Prozent erhöht wurde.

Über den Erlass betr. »Nachweisung über noch nicht zur Einstellung gelangte, auf Reklamation zurückgestellte Juden« kam es am 3. November 1916 im Reichstag zu einer erregten Debatte, in der der liberale jüdische Abgeordnete Ludwig Haas, selbst Frontoffizier und Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse, in aller Deutlichkeit und Schärfe auf die diffamierenden Folgen der »Judenzählung« hinwies. Sein emotional vorgetragener Redebeitrag endete mit den Worten: »Ich habe eine Fülle von Briefen in diesen Tagen erhalten voller Klagen über den Erlass, und es sind Briefe darunter – die Tränen können einem ins Auge kommen. Es geht durch alle Briefe hindurch: Nun sind wir gezeichnet«.

Allem überschäumenden Nationalismus oder gar Chauvinismus zum Trotz wurden die etwa 100.000 deutsch-jüdischen Soldaten im Schützengraben desillusioniert und stigmatisiert. Der bekannte Pädagoge Ernst Simon charakterisierte den Stimmungswandel bei den Juden so: »Aller Meinung ging dahin, dass wir daneben standen, besonders rubriziert und gezählt, aufgeschrieben und behandelt werden mussten. Der Traum von der Gemeinsamkeit war dahin, mit einem furchtbaren Schläge tat sich vor uns zum andern Male die tiefe, verschwundene Kluft auf«.

Über seine Skizze *Judenzählung vor Verdun*, die am 22. 12. 1916 in der Jüdi-

schen Rundschau erschienen war, schrieb Arnold Zweig im Februar 1917 an Martin Buber: »Judenzählung« war eine Reflexbewegung unerhörter Trauer über Deutschlands Schande und unsere Qual; (...) Wenn es keinen Antisemitismus im Heere gäbe: die »unerträgliche Dienstpflicht« wäre fast leicht. Aber: verächtlichen und elenden Kreaturen untergeben zu sein! Ich bezeichne mich vor mir selbst als Zivilgefangenen und staatenlosen Ausländer«.

Die Ergebnisse der Zählung wurden nicht veröffentlicht, so dass antisemitische Agitatoren weiterhin das Märchen von der »jüdischen Drückebergerei« verbreiten konnten. Tatsächlich lag der Prozentsatz der jüdischen Freiwilligen über dem Gesamtdurchschnitt der deutschen Bevölkerung. Die 12.000 gefallenen jüdischen Soldaten opferten also ihr Leben für ein Land, in dem sie von vielen als Fremdkörper betrachtet, gesellschaftlich ausgegrenzt und als Menschen minderen Ranges verachtet wurden.

Die parlamentarische Anfrage im Dortmunder Stadtrat steht in historischer Kontinuität zu den Judenerhebungen im Rahmen der beiden Volkszählungen von 1933 und 1939, mit denen sich das NS-Regime eine statistische Grundlage für die systematische Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden im sogenannten Großdeutschen Reich verschaffte. Indes konnten die Nazis, wie gezeigt wurde, auf Beispiele zurückgreifen, die Jahre zuvor bereits praktiziert worden waren. Auch in den 1920er Jahren gab es parlamentarische Anfragen der DNVP und der Deutschvölkischen auf eine gesonderte Erfassung sog. Ostjuden bei der Zuwanderungsstatistik, die allerdings weitgehend scheiterten. Außer ihrem Rigorismus hatten die Nationalsozialisten demnach keine noch so menschenverachtende Idee, die nicht schon längst von judenfeindlichen Agitatoren erdacht worden war.

Weiterhin virulenten Antisemitismus abwehren!

Vertreter sämtlicher demokratischer Parteien haben den Dortmunder Vorfall einhellig und unmissverständlich verurteilt. Aber ist es damit getan? Zählen, erfassen, kennzeichnen, heimsuchen ... Welche Mittel hat eine wehrhafte Demokratie, um sich einem solchen Anschlag auf die allgemeine Menschenwürde zu erwehren? Die Stadt Dortmund hat die parlamentarische Interpellation ihres rechten Ratsvertreters an den Staatsschutz weitergeleitet, nachdem die Polizei zuvor »keinen Anlass für Ermittlungen wegen einer Straftat« sehen konnte oder wollte.

Der Antisemitismus war integraler Teil der deutschen Gesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg und blieb es auch in der Weimarer Republik – und danach sowieso. Die »Judenzählung« war weit mehr als ein »taktloser Schnitzer« einiger hochrangiger, zweifellos antisemitischer Offiziere, sondern ein Symptom dafür, dass der Antisemitismus in Deutschland weiter virulent war, besonders in Zeiten einer nationalen Krise.



Die Anfrage der Partei »Die Rechte« im Dortmunder Stadtparlament wollte provozieren
Foto: Screenshot von Facebook

Der Antisemitismus gehört zu Deutschland

Militärisch ist die EU ein Zwerg, wirtschaftlich und politisch hat Deutschland in der EU das Sagen. Wenn der Antisemitismus zu Deutschland gehört, dann gehört der Antisemitismus zur ganzen EU

Von Nathan Warszawski

Wirtschaftlich und ideologisch hat die EU den Zenit überschritten. Trotzdem streben weitere Staaten die Mitgliedschaft an, weil es am östlichen Rand der EU erbärmlich zugeht. Die Kaste der Mächtigen und Reichen in den EU-»Südländern« lässt es sich gut gehen und hängt am Tropf Europas, also Deutschlands. Not leiden muss die arbeitende und die nicht-arbeitende Bevölkerung. Wer es kann, verlässt sein von der Sonne beschienenes Land, um sich in der »Nord«-EU zu verdingen. So spart sich Deutschland teure Ausbildungskosten für Mediziner und andere Akademiker, die im mächtigsten Staat der EU händeringend gesucht werden. Auch Ärzte aus Rumänien mit geringen Deutschkenntnissen werden gerne genommen, was die medizinische Betreuung der daheimgebliebenen Rumänen auf das medizinische Niveau der Dschungel Schwarzafrikas drückt. Doch selbst von dort laufen die Ausgebildeten weg, um in Deutschland zu dienen.

Die EU als Ganzes wird von den USA, der VR China, Südkorea und selbst von Brasilien sowohl wirtschaftlich, als auch militärisch abgehängt. Die Chancen stehen schlecht, dass die EU noch in diesem Jahrhundert erneut die Weltspitze erklimmt. Politisch und ethisch driften diverse EU-Staaten über einen gesteigerten Nationalismus in die Barbarei. Ungarn ist lediglich ein auffälliges Beispiel. Das bestialische Benehmen Flüchtlingen gegenüber, welches die europäische Rechtsprechung mit Mühe glättet, lässt den wahren Antlitz Europas erkennen – so man ihn erkennen will.

In dieser Melange erwarten die Mächtigen der EU ein Machtwort Deutschlands. Es muss scharf klingen, darf den Gegner verletzen, soll die eigenen Interessen nicht berühren. Unter Deutschlands Führung soll Russland vernichtet werden, selbst

wenn die EU die Unterstützung Russlands außenpolitisch und wirtschaftlich dringend benötigt. Vorgeschoben werden die Ukraine und Moldawien, die vom Zugriff Russlands gerettet werden sollen, zwei Länder, deren Eigenständigkeit, Zivilisation und Kultur durch den Beitritt in die EU auf immer zerstört sein wird. Zumindest die Mächtigen der Ukraine und Moldawiens profitieren auf Kosten ihrer Völker.

Offiziell hegt Deutschland freundschaftliche Beziehungen zum Staat der Juden, aus Staatsraison und anderen historischen Gründen. Doch die Lippen bekennende Liebe deutscher Politiker zum Judenstaat wird vom deutschen Volk nicht geteilt. Drei Generationen sind seit dem Ende des Holocausts vergangen. Der alte Antisemitismus drängt ans Licht zurück. Zu dem rechten, dem linken, dem groß- und kleinbürgerlichen Antisemitismus hat sich der islamische Judenhass dazu gesellt und die anderen bestens komplementiert.

Wie in Demokratien üblich, darf das Volk alle paar Jahre seine Regierung wählen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien verwischen endgültig, sobald sie koalieren. Um an der Macht zu bleiben, müssen die politisch, finanziell und wirtschaftlich Herrschenden in Deutschland dem Volk in Ressentiments nachgeben, auch wenn es der Staatsraison widerspricht.

Und so nimmt die EU die Errichtung einiger Wohnungen für Juden und Araber in Jerusalem zum Anlass, Israel wirtschaftlich zu schaden, um aus den eigenen Straßen den Druck zu mindern. Aus lieber Gewohnheit schiebt Deutschland Österreich vor, dieses moralisch-ekelige Vorhaben einzuleiten.

Der Leser wird zweifeln, ob der Judenstaat-Hass bereits die Medien und die Hirne des Mainstreams erfasst hat. Ich bringe deshalb willkürlich zwei Sätze aus

einem Bericht über die Lage in Libyen:

»Libyen, Syrien und der Iran sind die letzten verbliebenen Länder, die an der Seite Palästinas stehen. Des Weiteren gehörte Libyen nicht dem westlichen Bankensystem (Rothschild) an.«

Es ist der bürgerlich und politisch akzeptierte Freitag, der diesen subtilen Antisemitismus alleine für hochschulgebildete Antisemiten verbreitet, der weismachen will, dass die Palästinenser von niemanden außer dem Iran unterstützt werden – die beiden anderen Staaten existieren nicht mehr – und dass das westliche Bankensystem oder der Kapitalismus fest in jüdischer Hand ist. Dabei ist allgemein bekannt, dass die Palästinenser in allen Ländern der Welt, selbst in Israel, bewundert werden, auch wenn sie eine kleine Weile keine Morde an schuldigen Juden begehen. Und nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Kommunismus wird von Juden dominiert. Wahrscheinlich auch der Freitag.

Nicht nur Beobachtern der antisemitischen Szene fällt es leicht, das Gras wachsen zu hören. Ein Paradigmenwechsel bahnt sich an. Sind bisher jüdische Selbsthasser und Judenstaat-Kritiker den gemäßigten Antisemiten höchst willkommen gewesen, so erkennt nun der gewöhnliche Antisemit, dass auch jüdische Antisemiten Juden sind, die angegangen werden müssen. Ich veröffentliche jetzt noch keine Namen, um keine selbsthassenden Juden zu warnen.

Den auffälligsten Paradigmenwechsel, der sich dem verstärkten deutschen und europäischen Antisemitismus anpasst, liefern die jüdischen Gemeinschaft und die wenigen verbliebenen Israelfreunde. So weiß bereits die »judenverstehende« SZ, dass der bald geheim und demokratisch gewählte neue Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland mit Israel solidarisch sein muss und dass seine Ansichten über den Judenstaat sich kaum



Dr. Nathan Warszawski

erahnbar vom deutschen Mainstream unterscheiden.

Deutsche Israelfreunde hingegen sind bereits glücklich, wenn sie eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ehren dürfen, die mutig und offen das Selbstverständliche ausspricht, dass Israel, wie jeder andere Staat auf Erden, das Recht auf Selbstverteidigung hat. Ob Juden auch über das anderen Menschen – mit Ausnahme in muslimisch dominierten Staaten – zugebilligte Menschenrecht ausüben dürfen, wo es ihnen gefällt zu wohnen und zu beten, sollte besser nicht abgefragt werden, um die letzten Freunde nicht zu verprellen.

Aus Erfahrung kann bereits jetzt »prognostiziert« werden, dass mit dem europäischen Angriff auf die Sicherheit und Wirtschaft Israels der Antisemitismus in Deutschland und Europa zunehmen wird. Ermordungen von Juden in Israel durch »verzweifelte« Palästinenser nehmen unter Vorwegnahme Brüsseler Beschlüsse zu, die, weil sie sich gegen Juden richten, einstimmig gefällt werden.

In den jüdischen Gemeinden und Synagogen Deutschlands und Europas, die zu uneinnehmbaren Trutzburgen umgebaut werden, sind Juden sicher. Verlassen sie den sicheren Hort, so legen sie alle äußerlichen Zeichen des Judentums ab, was manchmal dennoch nicht ausreicht, unerkannt zu bleiben. Viele Juden, die wenig Wert auf ihre jüdische Identität legen, werden wie in früheren Jahrhunderten die jüdische Gemeinschaft verlassen. Israelische Auswanderer in Berlin hingegen werden ihre Koffer packen und trotz überbeurteilten koscheren Pudding nach Israel zurückkehren oder in die USA weiterziehen.

Der Antisemitismus gehört zu Deutschland. Selbst wenn der letzte Jude Deutschland verlassen haben wird, wird der Antisemitismus in Deutschland verbleiben. Dafür werden schon die von Juden beherrschten Medien sorgen.

Zuerst online publiziert am 18. 11. 2014. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Dr. Nathan Warszawski (geboren 1953) studierte Humanmedizin, Mathematik und Philosophie in Würzburg. Er arbeitet als Onkologe (Strahlentherapeut), gelegentlicher Blogger und Journalist und setzt sich für Israel in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Aachen ein



Die Präsidentin des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC), Beate Winkler, auf einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Europaparlaments, Pat Cox aus Irland (Mitte), und dem Präsidenten des Europäisch-Jüdischen Kongresses, Cobi Benatoff aus Italien, zu ihrem Bericht über Antisemitismus in der Europäischen Union, 31. März 2004, Straßburg.

Der schwedische Irrweg



Der damalige PLO-Chef Yasir Arafat und der damalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme auf einer Pressekonferenz in Stockholm, 13. April 1983. Arafat war auf Einladung schwedischer Sozialdemokraten nach Stockholm gereist.

Von Adam Elnakhal

Schweden hat seit Anfang Oktober eine neue Regierung und einen neuen Ministerpräsidenten. Der 57jährige Stockholmer Stefan Löfven leitet seit dem 3. Oktober die Minderheitenregierung aus Sozialdemokraten und Grünen, welche im Schwedischen Reichstag auf die Stimmen der Linkspartei angewiesen ist. Die Gesellschaft im wohlhabenden Königreich hat sich seit ABBA's »Dancing Queen« und der Traumhochzeit von Silvia und Carl Gustaf Anfang der 1970er stark gewandelt. Inzwischen sind knapp 500.000 der fast 10.000.000 Einwohner (ca. fünf Prozent) muslimische Einwanderer. Die Migranten kommen zumeist aus der Türkei, aus Marokko und aus dem ehemaligen Jugoslawien; sie leben vor allem in den Großstädten Malmö und Stockholm. Insbesondere die Juden in Malmö (2010 sollen es noch 700 der 300.000 Malmöer gewesen sein – dagegen 45.000 Muslime) werden regelrecht verfolgt. Die schwedische Gesellschaft ist tief gespalten, was sich auch bei der Wahl am 14. September dieses Jahres gezeigt hat: Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten legten gegenüber der letzten Wahl vor vier Jahren um mehr als sieben Prozent zu und kommen nun auf fast 13 Prozent und sind damit nunmehr drittstärkste Kraft im Parlament. Fakt ist, dass sich die neue schwedische Regierung in den kommenden Jahren einigen wichtigen innenpolitischen Themen stellen muss.

Außenpolitisch hat Ministerpräsident Löfven bereits bekannt gegeben, wohin die außenpolitische Reise des skandinavischen Staates hinführt. Die neue Regierung möchte einen Staat Palästina als gleichberechtigten, souveränen Staat anerkennen. Frieden könne nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung und respektvolle Koexistenz erfolgen, so Löfven. Aha? Schweden, das 1947 für den UN-Teilungsplan gestimmt hat, will nun einen Staat anerkennen, der von islamistischen Terroristen geführt wird und der nicht einmal so souverän ist, als dass er sich mit Wasser und Strom versorgen kann? Schweden, der Staat, welcher in Minsk entschieden auf Menschenrechte besteht, will einen Präsidenten Abbas anerkennen, der in seiner Dissertation in der UdSSR

vor Jahrzehnten »Die Zusammenhänge zwischen Zionismus und Nationalsozialismus 1933–1945« darstellt und die Shoah leugnet? Schweden, der Staat, der insbesondere die Gleichberechtigung von Homo-, Bi- und Transsexuellen betont, möchte einen Staat anerkennen, in dem Nicht-Muslime, Frauen, Homosexuelle und Freidenker verfolgt werden? Schweden möchte nun eine Regierung Hamas anerkennen, die es sich zum Ziel gesetzt hat Israel zu vernichten?

Zumindest die neue schwedische Linksregierung scheint dies zu wollen. Es wäre der erste EU-Staat, der im Zeitpunkt seiner Mitgliedschaft einen Staat Palästina anerkennen und damit zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Existenzrechts Israels de facto in Abrede stellen würde.

Dies ist ein Skandal, auf den der israelische Außenminister Liebermann mit der Abberufung des israelischen Botschafters in Stockholm eher zu milde, denn zu hart reagierte. Staaten können nur bilaterale Beziehungen miteinander führen, wenn sie sich gegenseitig anerkennen. Dies ist die Grundlage für jegliche Beziehungen zwischen Staaten (wie auch zwischen Menschen generell). Diese Grundlage zerstört Stockholm nun auf eine üble Art und Weise. Über die möglichen Motive kann man nur spekulieren. Möchte die Löfven-Regierung etwa um Wählerstimmen bei den muslimischen Einwanderern werben? Hat man Angst, dass diese bei der nächsten Wahl die religiöseren Christdemokraten unterstützen oder gar eigene Parteien gründen?

Die schwedischen Sozialdemokraten bleiben jedoch mit ihrer derzeitigen (Nicht-)Israelpolitik ihrer Tradition treu. So hat die sozialdemokratische Regierung in Stockholm Israel im Jahre 1973 heftig dafür kritisiert, dass es sich gegen den ägyptischen und syrischen Angriff am höchsten jüdischen Feiertag zur Wehr gesetzt hat.

Es ist eine Tradition, die nun – zu Lasten der Freiheit und der Demokratie – fortgesetzt wird und Israel auf bittere Weise zeigt, dass es auch im abendländischen Nordeuropa keinen wirklichen Freund hat.

Das Königreich Schweden entlarvt mit der Anerkennung des Präsidenten Abbas und der in Gaza »regierenden« (= terrorisierenden) Hamas seine doppelmoralische Politik. Anstatt ein Zeichen für das

Existenzrechtsrecht der einzigen freien Demokratie im Nahen Osten zu setzen, setzt Schweden das Zeichen »Es ist uns egal, wo ihr Israelis bleibt.« Schweden egalisiert das Existenzrecht Israels und negiert es durch eine de-facto-Anerkennung der Hamas sogar. Dies kann nicht ohne Folgen für die Beziehungen zwischen Jerusalem und Stockholm bleiben.

Nun ist es an Brüssel und den EU-Mitgliedsstaaten ein deutliches Signal nach Stockholm zu senden. Wer die Feinde der israelischen Demokratie unterstützt, kann für sich keinen europäischen Humanismus beanspruchen. Wer totalitäre, terroristische Systeme unterstützt, die Israel von der Landkarte streichen möchten, kann nicht der demokratische Musterknabe in der Europäischen Union sein!

Spätestens im Jahr 2018 muss sich das Schwedische Volk entscheiden, ob es eine solche Regierung Löfven im Amt bestä-

tigen möchte. Doch vermutlich werden die Schweden bis dahin noch muslimischer, noch »pro-palästinensischer« und noch weniger jüdisch (als nicht ohnehin schon) sein... Die Aussichten sind also alles andere als rosig, dass sich das israelisch-schwedische Verhältnis absehbar erheblich verbessern wird. In diesem Sinne: Schalom Israel! Schalom den Juden in Schweden!

(Siehe zu Schweden auch Seite 25)



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparatur und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin
Telefon 030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Gedanken zu Chanukka

Historie und heutige Bedeutung

Von Wolfgang Seibert

Jedes Jahr, wenn die Tage kürzer und dunkler werden, feiern Juden in aller Welt Chanukka, das Lichterfest. Ein wunderschönes Fest, vor allem für Kinder. Kerzen leuchten, lustige Spiele werden gespielt, es gibt leckeres Essen, es wird viel gesungen und die Geschichte von Chanukka wird erzählt. Die Geschichte des Wunders, dass der siebenarmige Leuchter im Tempel zu Jerusalem, gerade von den Makkabäern aus griechischer Hand befreit, acht Tage lang brannte, obwohl er nur mit Öl für einen Tag gefüllt war. Die Geschichte eines Wunders. Nur eines Wunders? Oder steckt nicht doch viel mehr hinter dieser Geschichte?

Geschichtlicher Hintergrund

Die Diadochen in Griechenland hatten einen Zweig im heutigen Syrien, die Seleukiden. Diese hatten um das Jahr 160 v.d.Z. ganz Judäa besetzt. Die jüdische Bevölkerung in Judäa war zu dieser Zeit heillos zerstritten. Ein großer Teil der Hohepriester kollaborierte mit den Seleukiden. Sie waren völlig begeistert von den Ideen des Hellenismus und hatten sogar die Vorstellung, Jerusalem in so eine Art Polis zu verwandeln und hellenistische Neuerungen herbeizuführen. Bei ihren Bestrebungen merkten sie aber nicht, oder wollten es nicht merken, wie weit sie sich mit ihren Ideen vom jüdischen Volk entfernten.

Die Seleukiden wollten ihre hellenistischen Ideen mit aller Gewalt durchsetzen. Ihr König Antiochos IV. Epiphanes versuchte dieses Ziel mit unglaublicher Gewalt und einer brutalen Tyrannei durchzusetzen. Er glaubte, er könne bei der Erreichung seiner Ziele sich auf die jüdischen Kollaborateure stützen und verlassen. Wer nach jüdischen Gesetzen lebte, wer seine Söhne z.B. beschneiden ließ, wurde unbarmherzig mit dem Tode bestraft. Bewusste Juden wurden verfolgt, gefoltert und ermordet. Antiochos bezeichnete die Pro-Seleukiden im jüdischen Volk als die »Reformer«. Die Unterstützer der Seleukiden waren aber nicht die Mehrheit im unterdrückten jüdischen Volk. Als Antiochos Jerusalem besetzen ließ, erreichte der schon lange beschwelende Religionskampf seinen Höhepunkt. Er war zu weit gegangen. Am 25. Kislew entweihten die Griechen den Tempel, zerschlugen den siebenarmigen Leuchter, löschten das ewige Licht und machten das jüdische Heiligtum zu einem Zeustempel. Einige Legenden sagen sogar, die Griechen hätten den Tempel zum Teil als Schweinestall benutzt. Belegt ist, dass die jüdische Bevölkerung durch die Griechen gezwungen werden sollte für Juden unreines Fleisch zu essen, das aus den Opfern für den Gott Zeus stammte. Diese Ereignisse um den Tempel in Jerusalem führten zum Beginn des bewaffneten jüdischen Widerstands.

Jahre des Martyriums, der Ergebung und der Vernichtung lagen hinter dem Volk. Die Situation der Juden wurde unerträglich – da erhob sich das Volk, unter Führung der Familie der Hasmonäer,



Ein Chanukka-Leuchter

Foto: Thinkstock

auch Makkabäer genannt. Es war kein Aufstand der in den jüdischen Städten entstand, es war ein Aufstand der Dörfler und der Bauern. Er ging aus von Modiin, einem südwestlich von Jerusalem in der Ebene liegenden Dorf. Ein alter, aus einem Priestergeschlecht stammender Mann, Mattitjahu und seine fünf Söhne organisierten die Erhebung. Sie führten den anti-kolonialen Aufstand, der zweifellos auch ein Bürgerkrieg war. Nach den beiden Makkabäer-Büchern dauerte der Kampf um die politische Unabhängigkeit und um die Freiheit wieder jüdisch, nach den Gesetzen Mose leben zu können, 25 Jahre. Im Jahre 164 v.d.Z. wurde Jerusalem zurückerobert und der Tempel befreit. Jetzt war, zumindest in den bis dahin befreiten Gebieten, jüdisches Leben wieder möglich.

Die Legende vom Wunder

Nachdem der Tempel befreit und gereinigt und die Zeusstatuen zerstört waren, kam der Moment, dass das ewige Licht wieder angezündet werden sollte. Aber es fand sich nur geweihtes Öl, das für einen Tag ausgereicht hätte. Acht Tage würde es dauern, neues geweihtes Öl herzustellen. Trotzdem entzündeten die Befreier den Leuchter, der dann acht Tage lang brannte, bis neues, geweihtes Öl hergestellt war. (Talmud, Bawli, Schabbat 21b)

In dieser Überlieferung wird der Befreiungskampf und der historische Hintergrund, zugunsten eines Wunders, verdrängt. Gedacht wird an Chanukka nicht des Sieges der Wenigen über die Vielen, man gedachte nicht der ungewöhnlichen menschlichen Leistung. Die Amoräer, die »Schriftgelehrten« jener Zeit wollten dem politischen Sieg der Makkabäer keinerlei religiöse Bedeutung beimessen. Sie übernahmen die Legende vom Leuchter und stellten dieses Wunder in den Mittelpunkt.

Nicht die nationale Befreiung, die ja auch jüdisches Leben wieder ermöglichte, galt als ein Wunder, als die Einmischung Gottes in das historische Geschehen, sondern die Wiedereinführung des Tempeldienstes. So wurde dieses Fest schon bald zu einem Fest der Diaspora. Das Öl Wunder als Symbol der Reinheit, als Licht in der Finsternis und das Wun-

der als Zeichen göttlicher Liebe wurde Trost in späteren Zeiten der Not und ließen es möglich erscheinen auf Erlösung zu hoffen. So, als könnte die Geschichte der Befreiung von der Fremdherrschaft nicht möglicherweise noch stärker eine Erlösungshoffnung symbolisieren. Und beide Erzählungen nebeneinander, welche Hoffnung könnten sie geben.

Chanukkabräuche

Sobald ein Kind in der Lage ist die Brachot, die Segenssprüche, für Chanukka zu sagen, darf es die Lichter entzünden. Zum Fest gehören viele Lieder, das bekannteste ist »Ma'os zur«, Fels und Hort meiner Erlösung. Das Lied wird nach der Entzündung der Kerzen gesungen. Der Verfasser des Liedes hatte den Namen Mordechai, dies ergibt sich aus den Anfangsbuchstaben der fünf Strophen

Ein weiterer Brauch ist das Verzehren von in Öl gebackenen Gerichten, süß oder herzhaft. Die Kinder bekommen »Chanukkageld« und spielen mit einem Kreisel, Dreidel genannt. Alle sind ausgelassen und fröhlich.

Die Bräuche zu Chanukka unterscheiden sich oft von Gemeinde zu Gemeinde.

In Israel veranstaltet man zu Chanukka jedes Jahr einen Fackellauf von Modiin nach Jerusalem. Mit der Erzählung von den Makkabäern erinnert man auch an die ersten Pioniere im damaligen Palästina, an die Kämpfer in den Kriegen um Unabhängigkeit und zur Verteidigung des Landes Israel. Chanukka symbolisiert hier die Beziehung zum Land Israel. Das Wunder des Öls weicht hinter die Heldentaten der Pioniere zurück.

Was kann Chanukka heute bedeuten

Der Befreiungskampf der Makkabäer zeigt in beeindruckender Weise, was man erreichen kann, wenn man sich auf sich selbst besinnt. Welche Kraft die Tradition, die Befolgung der Gesetze die Mose von Gott empfing, geben kann. Sich auf die eigenen Werte zu besinnen, bedeutet stolz und aufrecht leben zu können.

Vor kurzer Zeit erlebten wir die Debatte um ein mögliches Verbot der BritMila,



Typische »Dreidel« auf dem Machne Yehuda Markt in Jerusalem

Foto: Adiel lo via Wikimedia Commons

der Beschneidung der männlichen Kinder. Ein Angriff auf eine Grundlage jüdischen Lebens und jüdischen Glaubens. Viele Juden verglichen diesen Angriff mit den Angriffen der Seleukiden auf das jüdische Leben. Gut, wir waren nicht mit dem Tod bedroht, wie in den Zeiten der Makkabäer, aber es war zweifellos ein



Sufganiot zu Chanukka auf dem Machne Yehuda Markt in Jerusalem

Foto: Yoninah via Wikimedia Commons

Angriff auf eine Grundlage des jüdischen Lebens. Selbst jüdische Atheisten fühlten sich durch diese Debatte angegriffen und diskriminiert. Absolut unerträglich und zutiefst antisemitisch war dann noch der Vergleich der Beschneidung von männlichen Kindern mit der Verstümmelung von Mädchen. In diesen Tagen damals haben wir uns auf unsere Werte besonnen, auf uns selbst. Wir sind dagegen aufgestanden und wir haben gesiegt. Sind wir nicht vielleicht alle ein wenig Makkabäer?

In diesem Sommer erlebten wir den Ausbruch des offenen Antisemitismus auf unseren Straßen, in den Zeitungen und im Fernsehen. Viele Menschen wagten es ihren Antisemitismus, den sie in ihren Köpfen hatten, nun öffentlich auszusprechen. Juden auf der Straße wurden körperlich angegriffen, Synagogen und Friedhöfe wurden beschmiert und es wurde versucht Anschläge auf jüdische Einrichtungen zu verüben. Der Aufschrei der deutschen Öffentlichkeit blieb aus. Juden wurden als Schuldige und Kriegsverbrecher im Gaza-Konflikt bezeichnet. Und auch hier mussten wir uns wieder auf eigene Werte, auf uns selbst, besinnen um zu zeigen, dass Juden nicht wehrlos sind und eine eigene kraftvolle Stimme haben.

Juden aller Richtungen, orthodox, konservativ, liberal oder Reform, standen zusammen und bekämpften den Antisemitismus. Angesichts der Bedrohungen wurde alles scheinbar Trennende, alle Animositäten für eine Weile vergessen. Wir standen alle miteinander gegen die Bedrohung auf der Straße, in den Gemeinden und bei vielen Veranstaltungen.

Und genau dies ist für mich die Bedeutung von Chanukka heute: Wenn wir uns auf unsere Werte besinnen, wenn wir erkennen, dass wir Juden sind, alle gemeinsam, dann haben wir die Kraft wieder für unsere Freiheit, unser Recht als Juden zu leben, aufzustehen und zu siegen.

Wie heißt es doch in einem Gebet zu Chanukka:

»Während die Chanukka-Lichter ihren Schein in unseren Häusern verbreiten, mögen sie in uns selbst die Flamme der Treue entzünden. Mögen sie uns helfen, uns tapfer für Gerechtigkeit und Wahrheit einzusetzen, und mögen sie uns hinführen zu dir, dem immerwährenden Licht.«

Der Verfasser ist Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Pinneberg

»Jüdisch Jetzt!« in Dresden

18. Jüdische Musik- und Theaterwoche

Von Claudia Trache

Unter dem Motto »Jüdisch Jetzt!« präsentierte Festivalleiterin Valentina Marcenaro in diesem Jahr während der 18. Jüdischen Musik- und Theaterwoche Dresden vom 26. Oktober bis 8. November zeitgenössische Interpretationen in den Bereichen, Theater, Tanz, Musik, Film und Literatur. Im Jüdischen spielen Zahlen eine große Rolle. So griff die gebürtige Italienerin die »18«, das in der Kabbala »Chai« also »Leben« bedeutet, ganz bewusst auf, um eine junge, lebhaft zeitgenössische jüdische Kultur zu zeigen. Ausverkauft war das Eröffnungskonzert von *Daniel Kahn and The Painted Bird*. Der Sohn jüdischer Eltern wuchs in Detroit auf, lebt und arbeitet inzwischen seit vielen Jahren in Berlin. In einer mitreißenden Form präsentierte er seinen unverkennbaren Stilmix aus Punk, Zirkusmusik, Streetsound, Klezmer und Tingeltangel und zeigte so in überzeugender Form lebhaft jüdische Folklore. Mal auf Englisch, mal auf Jiddisch sang er von enttäuschter Liebe, Leid und Elend und fehlgeleiteter Religiosität. Traditionell wurden die Gäste des Eröffnungskonzerts mit einem Glas Sekt und Orangenkuchen, eine jüdische Spezialität, begrüßt. Schirmherr Dani Levy, Regisseur des Films »Alles auf Zucker«, konnte nicht persönlich das Festival eröffnen, wandte sich aber in einer amüsanten Videobotschaft an die Festivalbesucher. »Seine humorvolle und frische Art jüdische Themen zu bearbeiten, passt sehr gut zum Motto des diesjährigen Festivals«, so Valentina Marcenaro, die seit verganginem Jahr als erste jüdische Festivalleiterin die Organisation in ihren Händen hält. Im diesjährigen Programm hat sie jüdische wie auch nichtjüdische junge Künstler aufgenommen, die sich mit der jüdischen Kultur in unterschiedlichster Art und Weise auseinandersetzen. »Ich möchte gern einen Beitrag dazu leisten, den Umgang mit jüdischen Themen in der Gesellschaft zu enttabuisieren. Jüdisches Leben und Kultur sollten in dieser Gesellschaft ganz selbstverständlich existieren können«, so Valentina Marcenaro.

»Jew.De.Ru.« – russisch-jüdische Kontingentflüchtlinge in Deutschland

Einen wichtigen Beitrag dazu leistete auch der Dokumentationsfilm »Jew.De.Ru.« von Tanja Grinberg. Die in Russland geborene Wahlkanadierin zeigt am Beispiel von drei jungen Menschen, was es bedeutet als sogenannter Kontingentflüchtling in Deutschland zu leben. Zwischen 1991 und 2004 kamen sie mit ihren Eltern aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland, mussten sich in einer für sie fremden Welt und fremden Sprache zurechtfinden. Sie erzählen von Antisemitismus in ihrer Heimat und über ihren ganz unterschiedlichen Umgang mit der jüdischen Religion. Im Vorspann des Filmes erlebten die Zuschauer, wie groß zum Teil die Unwissenheit zu jüdischen Themen und geschichtlichen Ereignissen in der Bevölkerung Deutschlands ist. Im

anschließenden Podiumsgespräch erzählten neben Moderatorin Galina Putjata, der 24-jährige Jurij Belogorzev und die 24-jährige Faina Lubarskaja stellvertretend für die Protagonisten des Filmes über ihr Leben in Deutschland mit russisch-jüdischen Wurzeln. Am Ende des Abends konnten die Zuschauer die Erkenntnis mitnehmen, das es auch unter den Juden diejenigen gibt, die ihre Religion ganz bewusst leben, aber auch solche, die wenig religiös sind. Viele der Kontingentflüchtlinge lernten erst in Deutschland jüdische Traditionen kennen, da sie in ihrer Heimat nur bedingt den jüdischen Glauben ausleben konnten. Auf die Frage, als was sie sich heute fühlen, als Deutsche, Russen oder Juden (»Jew.De.Ru.«) fallen die Antworten unterschiedlich aus. Jurij fühlt sich einfach als Mensch, der durch das Beherrschen verschiedener Sprachen mehr Möglichkeit hat Literatur oder Musik zu verstehen. Faina Lubarskaja dagegen sieht sich in erster Linie als Jüdin. Auch Galina Putjata hat sich mit der Identifikation beschäftigt und antwortet: »Ich bin eine Jüdin aus Russland in Deutschland«. Begeistert von dieser Veranstaltung, aus der sie persönlich viel mitgenommen hat, war auch Hannah, eine der beiden Praktikantinnen, die die Vorbereitung und Durchführung des Festivals unterstützte. »Im anschließenden Publikumsgespräch kam es zu einer guten Diskussion, die mich auch im Nachhinein noch zum Nachdenken über Identität, Zugehörigkeit und eigene Vorurteile brachte.« Auf recht amüsante Art und Weise unterhielt das Londoner *The Blind Summit Theatre* die Zuschauer mit ihrem Figurentheater und dem Stück »The Table«. Darin erzählt »Moses«, eine ungewöhnliche Puppe aus Stoff mit einem kantigen Kopf aus Karton, mit Hilfe von drei Schauspielern seine ganz persönliche Bibelgeschichte, philosophiert über das Leben, über Gott aber auch das Figurentheater. Zuschauer und Schauspieler erlebten einen sehr vernünftigen Abend, an dem auch die Improvisationskunst nicht zu kurz kam.

Mischpoke-Tag für die jüngsten Festivalbesucher

»Wir möchten verstärkt die jungen Menschen für die jüdische Kultur begeistern«, so die Festivalleiterin. Extra dafür wurde der »Mischpoke-Tag« in das Programm



»The Table« mit Sean Garratt (links): Puppenspiel, Laura Caldwell: Puppenspiel, Mark Down (rechts): Regie und Puppenspiel
Foto: Nils Brabandt



Daniel Kahn and The Painted Bird

Foto: Sebastian Loeder

aufgenommen. An diesem Tag wurden Veranstaltungen speziell für Kinder und ihre Familien rund um die Neue Synagoge angeboten. Erstmals stellte die Jüdische Woche ein eigenes Theaterprojekt auf die Beine. »Latke, Der Kartoffelpuffer, der nicht aufhören konnte zu schreien« brachte den Dresdner Kindern das jüdische Leben und seine Traditionen näher. »Der Mischpoke-Tag war ein voller Erfolg. Das Kinderkonzert und die Familienführung in der Synagoge waren besonders erfolgreich. »Latke« ist gut angekommen. Leider war die Premiere nicht so gut besucht. Dafür war die Schülervorstellung komplett ausverkauft«, resümiert Valentina Marcenaro. Sie selbst war von allen knapp 30 Veranstaltungen begeistert. Besonders am Herzen lag ihr jedoch das Theaterprojekt »Latke«. »Nicht weil es besser ist als die anderen, aber weil es Kinder anspricht und jüdische Themen auch bei Kindern in den Vordergrund bringt. Ich denke, dass das die beste Art ist, das Zusammenleben in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft zu fördern.« Für Praktikantin Lisa war der Mischpoke-Tag ein ganz persönliches Highlight. »Neben den vielen Veranstaltungen, durften wir als Praktikantinnen die Kinderbetreuung mit einem eigenen kleinen Projekt gestalten und haben dabei viel positive Resonanz erlebt.«

Identitätssuche

Auf seine ganz eigene Art und Weise setzte sich Oliver Polak, bekannt als Stand-up-Comedian und Autor des Buches »Ich darf das, Ich bin Jude«, mit der heutigen Gesellschaft und jüdischen Themen auseinander. Die Jüdischen Musik- und Theaterwoche in Dresden war Auftakt seiner Lesereise zu seinem aktuellen Buch »Der jüdische Patient«. Hier spricht er nicht nur den Umgang mit jüdischen Themen in unserer Gesellschaft, sondern auch den mit psychischen Krankheiten in einer für ihn typisch bissigen Art und Weise an. Wie bereits im vergangenen Jahr präsentierte die Jüdische Musik- und Theaterwoche gemeinsam mit dem Staatsschauspiel Dresden eine Dresden-Premiere. Während 2013 Jan Klata vom polnischen

Theater aus Wroclaw mit seiner Inszenierung »Ein Stück über Mutter und Vaterland« im Kleinen Haus die deutsche Erstaufführung feierte, erlebte diesmal das vom Deutschen Theater Berlin produzierte Theaterstück »Muttersprache Mameloschn« von Marianna Salzmann seine Dresden-Premiere. In dem Stück stellen drei Frauen, Großmutter, Mutter, Tochter, in sehr authentischer Weise die Konflikte dreier Generationen und deren Lebensentwürfe dar. Dabei geht es auch um die Frage, was es bedeutete als Jüdin in der DDR zu leben. Auch hier wird die Frage nach Identität und Heimat aufgeworfen, etwas, das sich wie ein roter Faden durch das diesjährige Festival zieht. Valentina Marcenaro ist es in diesem Jahr wieder gelungen, ein facettenreiches Programm zusammenzustellen, das neue Einblicke in jüdische Themen gab und dazu anregte, sich mit einzelnen Aspekten weitergehend zu beschäftigen.

2015 »Heimat: Babylon«

Nach dem Festival ist vor dem Festival. Der Titel für die 19. Ausgabe, »Heimat: Babylon«, steht bereits fest. Darin geht es um das Thema Exil aber auch um seine positiven Wirkungen innerhalb des Judentums, wie z.B. Weltoffenheit, Mehrsprachigkeit, Kosmopolitismus. Abhängig vom Thema sucht Valentina Marcenaro entsprechende Akteure. Manchmal bewerben sich auch Künstler, die direkt zum jeweiligen Thema passen. In den kommenden Monaten wird sich die Wahl-Dresdnerin wieder die zahlreichen Initiativbewerbungen anschauen. Vielleicht entdeckt sie bereits unter ihnen geeignete Angebote, die sie im neuen Programm aufnehmen kann. »Seit ich 2009 als Mitarbeiterin zum Festival gekommen bin, ist es mir sehr ans Herz gewachsen. Als Leiterin möchte ich dazu beitragen, die Jüdische Gemeinde noch stärker im Dresdner Kulturleben sichtbar zu machen«, so Valentina Marcenaro mit Blick auf die 19. Jüdische Musik- und Theaterwoche Dresden 2015.

Filmstart: Titos Brille

Ein Film von Regina Schilling mit Adriana Altaras und der Geschichte ihrer Familie

Von Susanne Wein

Bald nach der Pressevorführung bekommen wir einen knapp halbstündigen Interviewtermin mit der viel gefragten Adriana Altaras und können so zumindest einen kleinen Teil der vielen Anregungen des Films vertiefen. Gleich zu Beginn stellt die Autorin klar: Der Film und ihr Buch, das 2011 erschienen ist, »stehen für sich, die können alleine gehen«. Und nach der ersten Frage: »Eigentlich müsste Gina (Regina Schilling) das Interview geben, weil es ist ja ihr Film« – »sie hat den Film gemacht«.

Für den zentralen Erzählstrang der jüdischen Partisanentochter Adriana Altaras hat sich also die enge Freundin und Regisseurin Regina Schilling (2011 »Geschlossene Gesellschaft – der Missbrauch an der Odenwaldschule«) entschieden. Schilling ließ Altaras die Lebensstationen ihrer längst verstorbenen Eltern mit dem über 30 Jahre alten Mercedes ihres kroatischen Vaters abklappern, um die Dybbuks dieser Übereltern loszuwerden – wohlwissend, dass das gar nicht geht und sie will es auch gar nicht – aber Halt: das Letztere strahlt eben doch die Protagonistin selbst aus.

Und weil Adriana Altaras so präsent ist, laut denkt, wie ihr der Schnabel gewachsen ist und gleichzeitig ausgebildete Schauspielerin, die ihr Handwerk versteht, ist es sicher doch von A bis Z der von ihr genau so gewollte Film geworden.

Charme, Witz und Tiefe

Die Person Adriana Altaras macht den Charme, den Witz und die Tiefe des Streifens aus. Der etwas andere Roadmovie beginnt mit der Abfahrt in Berlin: Mann und Söhne winken, sie: »Tschüss, ich fahr jetzt, tschüss«, und über den Nachbarn auf dem Balkon gegenüber: »Sicher ein Nazis – hat ja fast ein Hitlerbärtchen.«

Erste Station: Gießen, wo ihre Eltern, Jakob der Arzt und Professor der Radiologie sowie Thea die Architektin seit 1966 lebten und berühmte Leute wurden, mit Bundesverdienstkreuz für ihre Verdienste um die von ihnen gegründete Jüdische Gemeinde. Es geht anschließend nach Italien, an den malerischen Gardasee, zur 94-jährigen Tante Jele, die weder Faschisten noch Partisanen mag und bei der Adriana ein paar Jahre vor der Schule lebte. Dann taucht der Film ein in die Stationen des ehemaligen Tito-Reiches; direkt als erstes in seine Sommerresidenz Villa Bled, die heute praktischerweise ein gutes Hotel ist und in Szenen, die zu den Highlights des Films gehören. Die weiteren Orte seien aber nicht verraten – nur, dass die kurze Integration ihrer Söhne in den Film im väterlichen Herkunftsort Split gut gelungen ist.

Worin die übermäßige Verehrung von Tito bestand, wird im Film im Grunde nicht verbalisiert und im Gespräch versichert Adriana Altaras: »Die Eltern haben immer gesagt: obwohl wir unter Titos Brigaden kämpften, waren die antisemitisch.« Viel zu wenig ist über die jüdischen Partisanen Jugoslawiens erforscht, niemand kennt ihre genaue Anzahl. Adriana trifft den Historiker Slavko Goldstein, der selbst ehemaliger Kämpfer, noch am besten darüber Bescheid weiß. Da gab es das KZ auf der Insel Rab unter italienischer Verwaltung, in das Mutter, Tante und Großmutter 2 Jahre bis zur Kapitulation der Italiener 1943 interniert waren – und das Titos Partisanen befreiten. Darauf bildete sich kurzzeitig eine ausschließlich jüdische Partisaneneinheit, das RAB-Bataillon, mit ca. 245 Juden, unter ihnen Thea Fuhrmann, später verheiratete Altaras. Die Beziehung Adrianas zur Mutter war von deren Unmöglichkeit, Nähe zulassen zu können, gehemmt. Der Tochter bleiben nur Koffer von Erinnerungen, Puzzlestücke, Mythen. Partisanenkind und Film, das verband sich für Adriana Altaras bereits im Alter von 3 Jahren, als sie im jugoslawischen Film »Nikoletina Bursac« (1964 von Branko Bauer) mitwirkte und darin der Partisanengruppe, die das Mädchen in einem verlassenen Dorf findet, berichtet, dass Alle von den Deutschen umgebracht wurden, weil sie Juden waren. Wie viele Spielfilme in West- oder Ostdeutschland



thematisierten zu diesem Zeitpunkt den Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Juden so offen?

Das Verhältnis zum Vater, dem ehemaligen Partisanenhelden, der ziemlich plötzlich aus politischen Gründen sein Heimatland 1963 verlassen muss, scheint herzlicher gewesen zu sein. Wenn sie aus dem Waldorf-Internat sozusagen besuchsweise nach Gießen kam, »ich war ja nie da«, filmte und fotografierte Jakob Altaras sie häufig. Mit seiner Super-8-Kamera filmte er sein ganzes Umfeld und sich mit dazu, inklusive seine ausgedehnten Liebschaften und Seitensprünge.

Puzzlestücke

Hier wie da nur Puzzlestücke: Wie war das Leben der Eltern anfangs in Deutschland – im Land der Täter? Sie blieben z.B. lieber allein, hatten nicht viel Kontakt. Auch nicht zu Juden in Frankfurt? Altaras: »Wenig, weil sie als Ex-Kommunisten oder Sozialisten die Clique da blöde fanden«. Außerdem waren »die ja eher polnisch und kaum deutsche Juden«, es sei eine ganz andere Sozialisation gewesen. Auch die Einstellungen zu Deutschland waren wohl anders, »weil meine Mutter ja 'ne Deutsche war«. Im ehemals großbürgerlichen Elternhaus Fuhrmann, »im runden Haus« in Zagreb, wurde nur Deutsch bzw. Österreichisch gesprochen.

In ihrer Kindheit und Jugend weiß Adriana zwar, dass sie Jüdin ist, manche Feste werden gefeiert, »manchmal auch Schabbat«, erzählt die Protagonistin im Gespräch, »ich wusste woher wir kommen und dass so viele gestorben sind und – komplizierte Dinge, wusste ich alle«, aber es nahm keinen großen Platz ein. Es wurde (tunlichst?) nicht nach außen getragen: der Vater hätte es z.B. lieber gesehen, die junge Tochter hätte sich die Haare geglättet: »Du siehst so jüdisch aus«, zitiert sie ihn im Film. Kein Vergleich zur späteren Zeit, als Adriana erwachsen ist und die Eltern immer jüdischer werden, »zeitweise stündlich«, sagt sie beim Besuch bei Frau Henn, der langjährigen Sekretärin des Professors

in Gießen und im Interview ergänzt sie: »sie waren nicht unbedingt typisch religiös, sondern – jüdisch!«

Die unbefangene, nichtjüdische Frau Henn sinniert auch über eine mögliche Erklärung, warum die Eltern so lange »verheimlicht haben«, Juden zu sein und warum sie sich trotz gutem Einkommen nie eine andere Wohnung oder ein eigenes Haus suchten, sondern im schrecklichen 50iger Jahre Mehrfamilienhaus blieben, in »dieser verkackten Wohnung. So eine hässliche Wohnung an der sechsspürigen Straße«, die bereits das Kind »erschütterte«. Das erstaunte Aufhorchen der Tochter am Filmset in Gießen wirkt nicht gestellt und Frau Altaras bestätigt im Interview: »die Erklärung, die Frau Henn gegeben hat, die wusste ich so nicht«. Frau Henn meinte, die Eltern wollten wohl als Juden nicht auffallen, nicht exponiert sein und haben die nichtjüdische Umwelt, das untertauchen in der Masse, als Schutz begriffen.

Noch vieles weitere steckt im toll gedrehten Film, den man einfach selbst gesehen haben sollte

– Eine richtig gute Unterhaltung!

Am Ende wird die Bar Mitzvah des jüngeren Sohnes gefeiert und nicht nur hieran zeigt sich, dass die Autorin Adriana Altaras schon am zweiten künftigen Bestseller arbeitete, als die Dreharbeiten liefen, am gerade erschienenen Buch *Doitscha! Eine jüdische Mutter packt aus*, in dem es um ihre jetzige Familie geht, den nichtjüdischen westfälischen Ehemann, die beiden Söhne, einer pubertierend, und sie selbst: eine deutsche Jüdin, Geburtsort Zagreb, in einem Land, das es so nicht mehr gibt.

Adriana Altaras diskutiert gern kontrovers – eine sehr sympathische Eigenschaft. Im Interview war natürlich nicht genug Zeit, um unsere jeweiligen Haltungen überhaupt erst herauszufinden. Was die Sicht auf eine gewisse Zeitung betrifft, zitiere ich aber einfach mal ihre Worte contre coeur: »genau anschauen« und nicht vorschnell »pauschal« urteilen und bedanke mich für das Treffen und Gespräch.

Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beefbar
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20679301

»Allerhöchstens sind wir Offenbacher, aber Deutsche sind wir nicht.«

Ein Gespräch mit dem ehemaligen Stadtschulsprecher von Offenbach, Max Moses Bonifer über muslimischen Antisemitismus und Jude-Sein

JR: Die Mordrohungen gegen dich, die es jetzt in Offenbach gab, kanntest du die Leute schon von früher?

MMB: Ich hab die vorher nicht gekannt. Die haben mich auf Arabisch beleidigt.

JR: Waren das Schüler?

MMB: Sie sahen schon relativ alt aus, die könnten 24 oder 25 alt gewesen sein, oder auch 18, 19.

JR: Wann ging das los?

MMB: Es ging jetzt angesichts des letzten Gazakonflikts los. Viele sprachen mich an »was macht ihr da unten«, »ihr verhaltet euch wie Hitler und macht das gleiche was der mit euch gemacht hat, jetzt mit uns«. Das kam teilweise auch von Freunden, wo ich dachte, die sind nicht ganz so bildungsfern. Auf dem Demos gabs dann noch weitere Sprüche wie »Jude ins Gas« oder »Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein«. Wenn ich abends zum Gebet in die Synagoge ging, wurde öfter gerufen »hey du Jude«, »Scheißjude«. Ich hab gemerkt, die Stimmung ist sehr aggressiv gegen mich gewesen und gegen andere jüdische Menschen.

JR: Ja, schrecklich. Aber nochmal: Was waren das für Leute?

MMB: Ich denke, das waren so Typen, die den ganzen Tag in der Stadt verbringen. Es fiel mir jetzt keiner auf, der das quasi als »Serientäter« gemacht hat, das waren unterschiedliche Typen, ich erkannte die oft schon an ihrer Art, wie sie sich hinstellten und so.

JR: Du wohnst ja jetzt in einer kleineren Ortschaft neben Offenbach. Wie hat sich die Stimmung denn in Offenbach verändert in den letzten 4 oder 3 Jahren?

MMB: Es hat eigentlich erst vor zwei Jahren angefangen, als ich begann, eine Kippa zu tragen. Da ging es los mit den Beleidigungen. Davor hab ich aber auch immer wieder so Sachen gehört wie »kannst du mir mal 50 Cent geben? – hey, sei doch kein Jude«, oder wenn jemand mal abgeschrieben hat hieß es manchmal »hey, mach doch mal keine Judenaktion«.

JR: Beim Abschreiben?

MMB: Ja, bei verschiedenen Dingen, bei Sachen, die nicht in Ordnung gehen, die das Gemeinwohl ärgern, und vor allem das Vorurteil »du bist doch reich, du bist doch Jude, oder«? »Das hat doch nichts miteinander zu tun, ob ich reich bin oder Jude« – »alle Juden sind doch reich, die haben das Finanzsystem in ihrer Hand«. Dass ich Jude bin, ist klar, ich heiße Moses, das war der erste Indiz. Wenn wir schwimmen waren, wir haben geduscht, ich bin beschnitten, ich spreche teilweise Hebräisch, das sind halt so Sachen, die aufgefallen sind. Meine Eltern haben mir aber gesagt, ich habe eine Verantwort-

ung und solle vorsichtig sein, mich offen als Jude zu erkennen zu geben.

JR: Verstehe, es ist also ein bewusster Vorgang, wenn du dich als Jude zeigst. Du hast jetzt ja die Kippa auf. Gibt es denn andere Juden in Offenbach, die z.B. auch mit Kippa rumlaufen?

MMB: Na ja, es kommt manchmal vor, dass wir nicht mal im Minjan beten können, weil einfach zu wenige Menschen da sind. Es trägt auch fast gar keiner hier öffentlich die Kippa. Der einzige ist der Rabbiner und seine Kinder, die tragen aber auch Zizit, dunkle Mäntel, Hemd und Hut, Locken, Schläfenlocken, das sind die einzigen, die so auffallen in der Öffentlichkeit. Ich falle ohne Bart und Locken eigentlich nicht auf, und habe eine dunkle Kippa auf. Ich habe zwar die Zizit auch bei mir, aber lass die nicht so akut an mir runter hängen. Es gibt keinen Menschen, der hier so rumläuft. Am Freitag Abend, wenn's losgeht, werfen die ihren Tallit über, ziehen die Kippa an und gehen zum beten.

JR: Du warst Stadtschülersprecher. Das ist ja ein größeres Gremium, da gibt es Stellvertreter etc. Wurde dort über die Sache diskutiert?

MMB: Ja, es gab einige Dispute deshalb, ich wurde mundtot gemacht, Antisemitismus gebe es nicht bzw. man hat es mit »Islamhass« verglichen. Mein Stellvertreter, ein Muslim, ist jetzt der neue Stadtschulsprecher.

JR: Und hat sich z.B. der neue Stadtschulsprecher zum muslimischen Antisemitismus, den es ja offensichtlich in deinem Fall gibt, geäußert?

MMB: Nee, also es hieß, es sei egal von welcher Ecke das kommt. Antisemitismus sei schlimm. Das stimmt ja auch, das unterschreibe ich auch so. Da muss sich aber akut was ändern im Antisemitismusbegriff. Der Antisemitismus geht nicht nur von Deutschen aus, sondern auch von Muslimen, in Offenbach, wo ich ihn erlebe, halt vor allem von Muslimen.

JR: Wie es denn mit den Lehrern. Gab es da unabhängig von den aktuellen Vorfällen die letzten Jahre im Unterricht Diskussionen über Islamismus, Antisemitismus, Nahost oder wurde das Thema ausgespart?

MMB: Das Thema wurde immer wieder ausgespart.

JR: Aber wie sieht es mit dem Thema Juden und Antisemitismus zum Beispiel in Geografie am Beispiel Nahost oder in Geschichte bezüglich des Holocaust aus?

MMB: Der Holocaust kommt schon vor, aber da wird dann gesagt, heute könnten Juden überall leben und die hätten keine Probleme mit Antisemitismus.

JR: Du hast mal gesagt, dass deiner Ansicht nach Muslime zu einem großen Teil derzeit »nicht integrierbar« sind. Wie genau hast du das gemeint?

MMB: Es gibt halt viele streng religiöse Leute, ist wieder so eine »back to the roots«-Bewegung. Viele fangen an, wenn, dann aber richtig den Glauben auslegen. Und das führt dazu, dass der radikale Islam nicht in unsere westliche Welt passt, genauso wenig wie irgendeine andere extreme Religiosität. Ich denke einfach, Juden haben schon immer in Europa gelebt. Muslime kommen aus Gegenden, wo sie in ihren jeweiligen Ländern noch nie Demokratie erlebt haben. Das Gedankengut, was die hier mitbringen, das passt nicht hier rein. Die Eltern vermitteln das den Kindern. Oft bleiben sie unter sich und haben kaum Kontakt zu Deutschen oder Andersgläubigen.

JR: Verstehe. Aber wir reden ja doch über Leute, die fast alle hier geboren sind, also in Offenbach, Frankfurt, Darmstadt usw. Es sind ja doch nur die Eltern, die vermutlich eingewandert sind, aus der Türkei oder arabischen oder anderen muslimischen Staaten.

MMB: Ja, ja, das sind alles Deutsche, also sie haben einen deutschen Pass. Aber es gab hier mal von der Medien-AG ein Projekt, da wurden die Jugendlichen gefragt »fühlt ihr euch als Deutsche?« und da haben einige geantwortet »Nein, wir fühlen uns nicht als Deutsche, allerhöchstens sind wir Offenbacher, aber Deutsche sind wir nicht«. Da macht man sich dann halt schon so seine Gedanken. Dass sie hier geboren sind, find ich gut. Ich freue mich über eine multikulturelle Gesellschaft, wenn sie funktionieren würde. Nur die Gefahren der multikulturellen Gesellschaften werden immer gerne zurückgestellt und nur die positiven Aspekte gesehen.

JR: Als Stadtschulsprecher hattest du ja sicher mit der Gemeinde zu tun, mit der Stadt Offenbach, gab es da irgendwelche Leute, die Kritik am muslimischen Antisemitismus verstehen würden? Oder die dir gegenüber gezeigt haben, dass das ein Problem ist?

MMB: Ja, wir haben uns mit Gremien ausgetauscht. Es wurde immer gesagt, »ja, Salafismus gibt es, aber hier in Offenbach ist das noch nicht angekommen«. Nachdem ein Politiker hier gesagt hat, es gibt in Offenbach Abwerbungen der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) von Schülern, da habe ich zuerst gedacht, dass das nicht stimmt und hab das der Frankfurter Rundschau gesagt. Mittlerweile bin ich auf dem Stand, dass es das doch gegeben hat, an zwei oder drei Schulen. Das wird immer gern von der Stadt verschwiegen. Die haben damals gesagt, das müsse man erstmal »intern behandeln« und nicht nach außen damit



Max Moses Bonifer

treten. Wie auch bei meinem Fall: lieber »intern beraten« und nichts nach draußen dringen lassen.

JR: Insofern war es schon sehr mutig von dir, an die Öffentlichkeit zu gehen. Machst du nächstes Jahr Abitur?

MMB: Genau, ich mach jetzt Abitur.

JR: Aber an deiner Schule bist du sicher?

MMB: Ja, das ist ein Dorf. Da gibt es 800-900 Schüler und ich bin der einzige Jude. Da ist gar kein Problem mit mir. Ich mein, wir waren jetzt mal in Buchenwald, da waren so zwei, drei Kandidaten, die haben gemeint, dass auch nach dem zehnten Judenwitz noch nicht Schluss sein müsse, da habe ich aber ganz konkret gesagt, »hey Leute, ich find das nicht in Ordnung, dass hier ist Teil meiner Geschichte, da sind meine Vorfahren, ich find's nicht gut, dass ihr hier auf dem Gelände Witze macht, die echt nicht in Ordnung gehen« und dann haben die nichts mehr gesagt. Als ich noch in Offenbach an der Schule war, hat es so gut wie keiner gewusst, dass ich Jude war, und die, die es wussten, hatten auch kein Problem damit. Aber die Schüler außerhalb schon, wenn ich z.B. an eine hiesige Realschule gegangen bin und meine Freundin, eine Muslimin, abholte, da wurde mir schon öfter mal »Free Palestine« hinterhergerufen oder »hey du blöder Jude« und kleine Kinder kommen auf einen zu und sagen »scheiß Juden, ihr bringt alle Palästinenser um«. Da hab ich dann schon manchmal so ein bisschen Angst gehabt. Aber nochmal: meine Freundin ist Muslimin, ich weiß einiges über ihre Religion und wir ergänzen uns super, das ist so ein Beispiel für Kooperation von Juden und Muslimen.

Das Gespräch mit Max Moses Bonifer führte Clemens Heni.

Den Staat Israel von der Diaspora aus unterstützen

Interview mit Rabbiner Dr. Leonard A. Matanky aus Chicago, Präsident des Rabbinischen Rates von Amerika (RCA), dem größten Zusammenschluss orthodoxer Rabbiner

JR: Rabbiner Dr. Leonard A. Matanky, Sie sind sehr aktiv, was ist ihre Rolle in der Jüdischen Gemeinde?

LM: Ich muss viele Hüte tragen, erstens bin ich Rabbiner einer Synagoge, jetzt bereits seit 24 Jahren und habe dadurch das Privileg auf viele verschiedene Arten am Leben der Gemeindemitglieder teilzuhaben. Außerdem habe ich das Amt des Rektors einer Highschool (Oberschule) und kann als Lehrer wirkliche Arbeit mit Teenagern machen. Schließlich bin ich Präsident des Rabbinischen Rates von Amerika; auf diese Weise habe ich die Möglichkeit mit sehr talentierten Rabbinern zusammenzuarbeiten und zu lernen.

JR: Wie sind Sie Rabbiner geworden?

LM: Ich denke, diese Frage hat zwei Teile. Zum einen die Frage, wie man generell Rabbiner wird. Ich wurde Rabbiner, weil ich studiert und gelernt habe und mir haben meine Studien solchen Spaß gemacht, dass ich einfach weiter und weiter gelernt habe, bis ich Rabbiner werden konnte. Der zweite Teil bezieht sich darauf, wann ich Rabbiner einer Synagoge wurde: Ich begann meine Karriere als Lehrer und ich habe nicht wirklich erwartet, Rabbi einer Synagoge zu werden. Da gab es die Synagoge in der ich aufgewachsen war, und der Rabbiner, der auch mein Rabbi gewesen war, ging in Pension. Sie suchten einen Nachfolger und wollten jemanden, der eine ähnliche Sicht auf das Leben hatte. Viele Leute, die sich um die Stelle bewarben, hatten einen eher haredischen Hintergrund und als mich ein Freund fragte: »Könntest du dir nicht vorstellen, dich zu bewerben?«, habe ich es getan. Mittlerweile bin ich sehr in die rabbinische Welt eingebunden.

JR: Wie kam es dazu, dass Sie die Richtung der Modernen Orthodoxie wählten?

LM: Ich bin modern orthodox aufgewachsen, in einem religiös zionistischen Elternhaus. Ich wurde in modern orthodoxen Schulen erzogen, insofern war es nicht so sehr eine Wahl, sondern es ist schlicht das, was ich bin.

JR: Was ist an modern orthodox anders, als an anderen Richtungen?

LM: Es ist beides integriert: die Aussicht auf religiösen Zionismus und man kann den Wert des säkularen Wissens nutzen. Das Engagement in der Welt und für alle Juden ist wichtig genauso wie die Möglichkeiten, die Frauen in unserer Gemeinde offenstehen. Wir setzen uns stark für die Belange von Frauen ein. Frauen erhalten Chancen, die sie vorher nicht hatten, es stehen ihnen alle Lernmöglichkeiten der jüdischen Welt offen. In der säkularen Welt gibt es Werte, die auf der Gleichheit beruhen, die einen Druck ausüben, dass die jüdische Welt die gleichen Werte vertreten sollte. Das Problem ist, dass die jüdische Welt nicht egalitär eingestellt ist, abgesehen von Männern unter sich (also Cohen, Levy, Israel). Die Möglichkeiten für Frauen in den

Gemeinden wachsen aber, 1997 gründete der Beth-Din von Amerika einen Rat, der Frauen integrierte. Aber es gibt immer noch Differenzen zwischen Männern und Frauen und sie werden auch immer weiter existieren.

JR: Sie sind Rabbiner und haben außerdem einen Dokortitel. Können Sie uns mehr über die Wichtigkeit säkularen Wissens erzählen und über das Thema Ihrer Doktorarbeit?

LM: Wir glauben, der Wert des säkularen Wissens liegt darin, uns zu bereichern und uns darin zu bestärken, wer wir sind als Juden. Meine Doktorarbeit beschäftigte sich mit dem Status der Grundschullehrer in den deutschen Staaten zwischen 1648 und bis zum Beginn der Haskala [jüdische Aufklärung, d. Red.]. Osteuropäische Juden litten an Pogromen und wanderten nach Westen, wobei viele von ihnen Lehrer wurden. Mein Interesse dabei war, welchen Status sie hatten, wie sie behandelt wurden und wie überhaupt das jüdische Bildungswesen in jenen Tagen gestaltet wurde. Ich wählte dieses Thema aus zwei Gründen. Die deutschsprachigen Länder jener Zeit faszinieren mich, es war die Zeit zwischen den Chmelnyzkyj-Massakern von 1648 und vor der Zeit des Toleranz-Ediktes von Kaiser Joseph II.,



Congregation K.I.N.S. of West Rogers Park in Chicago (die Synagoge von Rabbi Matanky) Fotos: D. A. Benkemoun

das Juden staatsbürgerliche Rechte und freie Religionsausübung zugestand (II. Toleranzpatent 1782). Es war also eine Zeit des Übergangs, in der es einige gute Literatur und kommunale Bestimmungen gab. Meines Erachtens kann man manche Parallelen zum amerikanischen jüdischen Bildungswesen ziehen, besonders im frühen 20. Jahrhundert als wir viele Immigranten hatten, die ebenfalls Lehrer wurden.

JR: Wie sehen Sie die Entwicklung des jüdischen Bildungswesens in den Vereinigten Staaten?

LM: Ich arbeite seit den 1970er Jahren im jüdischen Erziehungswesen. Da gibt es eine ganze Menge dazu zu sagen. Es gibt heute eine größere Professionalisierung der Lehrer. Man kann auch eine Professionalisierung des Lehrerberufs an sich, der sich jetzt durch Verlässlichkeit und Transparenz auszeichnet, erkennen. Die Rolle der Eltern und Schüler verändert sich. Die Schülerinnen und Schüler haben viel mehr zu sagen in ihrer Schule, sie haben eine größere Wahlmöglichkeit, wo sie zur

Schule gehen und was sie einmal werden möchten. Ich denke man hat auch besser erkannt, dass man Erziehung auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft zuschneiden muss.

JR: Was denken Sie über den Boykott gegen Israel (wie es die BDS-Bewegung zelebriert) oder die Ankündigung der Amerikanischen Studentenvereinigung: »Kein Israeli soll sich bei uns bewerben?«

LM: Es ist verabscheuungswürdig. Das ist eine der Sachen, mit der wir uns in den Vereinigten Staaten stark auseinandersetzen müssen und wir versuchen die Leute zu befähigen, dass die auf so etwas angemessen antworten können. In der Loyola Universität in Chicago sprengten organisierte Palästinenser z.B. gerade an diesem Wochenende (24.–26. Oktober 2014) eine Rekrutierungsveranstaltung der jüdischen Organisation für »Birthright« [Die Gruppe »Birthright« möchte Jüdinnen und Juden weltweit eine Reise nach Israel ermöglichen, und damit das »Geburtsrecht« verwirklichen, Israel kennenzulernen, d. Red.]. Die Universitätsleitung hat die palästinensische Organisation vom Campus verwiesen. Ich denke, wir müssen schmerzhaft erkennen, dass, was an europäischem Antisemitismus geschieht, nicht nur in Europa



Dr. Rabbiner Matanky Foto: icja.org

Präsident und auch der Vizepräsident sich sehr eindeutig pro-israelisch geäußert haben sowohl im Weißen Haus als auch bei der AIPAC-Konferenz.

Sie sind sehr enttäuscht, dass der Friedensprozess nicht vorwärts geht und sie haben das Gefühl, Israel könnte mehr tun. Aber das sind ihre Gefühle, während Israel dagegen Gewissheiten braucht, dass ihre bisherige Beziehung mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten bleibt. In der Verantwortung der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft liegt es, mitzuhelfen, dass diese Beziehung bestärkt wird.

JR: Was sollte Israel tun?

LM: Ich bin nicht in der Position, Israel vorzuschreiben, was es zu tun hat und was nicht. Ich bin eine Person, die das unterstützt, was der Staat Israel für richtig hält und tut.

JR: Welche Rolle sollte das jüdische Leben in der Diaspora spielen? Oder meinen Sie, sie sollten alle nach Israel auswandern?

LM: Hier berühren Sie die grundlegende Debatte, die Frage nach Babel und Eretz Israel. Gerade jetzt ist es eine Bestimmung und Aufgabe für Juden in den USA und der ganzen Welt zu leben, soweit ein sicheres Leben möglich ist. Aber es ist immer unser letztliches Ziel: Juden müssen die Möglichkeit haben, vereint im Land Israel zu leben.

Rav Hirsch war kein Zionist und glaubte, dass es die Rolle der Juden ist, ein Licht in alle anderen Nationen hineinzutragen. Darum meinte Rav Hirsch diese Rolle auszufüllen, ist die Aufgabe der Juden in der Diaspora und diese Aufgabe hat niemals aufgehört notwendig zu sein. Der Ramban hat darüber diskutiert, dass alle Mitzvot, die wir in der Diaspora vollbringen, ausschließlich der Vorbereitung dessen dienen, was wir Gutes vollbringen können, wenn wir in Israel sein werden.

Wir müssen weiter den Staat Israel aufbauen. Ich glaube das ist ein Weg, den wir zu gehen haben, um dem Messias die Tür zu öffnen.

Das Interview für die Jüdische Rundschau führte David Avraham Benkemoun in Chicago.

Aus dem Englischen von Susanne Wein.

Eine Flutwelle des Antisemitismus

Eine Kritik aus Yad Vashem

Von Robert Rozett

Editorial des Vierteljahresmagazins *Yad Vashem* – Jerusalem, Vol. 75, Oct. 2014

Eine Flutwelle des Antisemitismus, die eng verschlungen war mit dem Missbrauch des Wortes Holocaust, schwappte über uns herein. Dies mag die treffendste Beschreibung der Atmosphäre sein, wie sie seit Beginn der Operation »Protective Edge« herrschte.

Wer die Verteidigungsoperationen des israelischen Militärs der letzten Jahre verfolgt hat, sah, dass sich während der Militäraktionen jedes Mal auch der Antisemitismus verschärft und eine Verzerrung des Holocaust (»Holocaust distortion«) intensiviert hat.

Aber dieses Mal haben sowohl der Umfang als auch die Bösartigkeit neue Dimensionen erreicht.

Antisemitismusforscher stimmen da-

Der Gebrauch der Begriffe aus dem Arsenal des Holocaust, um Israel zu attackieren – was gemeinhin als Holocaust-Umkehrung (»Holocaust inversion«) bezeichnet wird – die deutsche Entsprechung ist »Täter-Opfer-Umkehr« (d. Red.) –, ist überall präsent.

Israel wird damit angegriffen wie die Nazis zu sein und einen Genozid zu üben von so unterschiedlichen Leuten wie dem neugewählten türkischen Präsidenten Tayyip Erdoğan und der stellvertretenden Generalsekretärin des südafrikanischen ANC Jessie Duarte.

Proteste in ganz Europa haben Schilder zur Schau gestellt auf denen es hieß »Juden ins Gas« oder »Hitler hat seinen Job nicht beendet«. Über Facebook und Twitter erreichten diese fixe Ideen ein Millionenpublikum. In der Presse wirkte es oftmals so, als ob Israel nicht nur verdächtigt sei, einen Genozid zu begehen, sondern als ob die Schuld dafür bereits

im Unheil verkündenden Satz Heinrich von Treitschkes: »Die Juden sind unser Unglück«. Für den Nationalsozialismus waren die Juden der Erzfeind, verantwortlich für alles Schlechte auf der Welt aufgrund ihrer Rasse.

Die bis heute verbreitete Lüge, die Juden seien verantwortlich für Stalins Verbrechen ist gleichfalls ein Ausdruck der Dämonisierung. In den letzten Jahren wird die Dämonisierung Israels angefeuert und zum kochen gebracht: Der jüdische Staat sei der hartnäckige Aggressor, der munter Kriegsverbrechen und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« begehe. In den vergangenen Wochen des Sommers wurden Juden auf der ganzen Welt mit Israel in eins gesetzt – häufiger als in meiner jüngeren Erinnerung. Als Individuen und als Gruppe wurden sie Opfer nicht nur verbaler, sondern auch tätlicher Angriffe von Sydney über Paris bis New York und einigen Orten dazwischen.

Vieles wurde über die Bedeutung dieser Flutwelle des Antisemitismus gesagt. Manche haben behauptet, die Situation sei vergleichbar mit der vor der sogenannten Kristallnacht 1938 oder mit der am Vorabend des Zweiten Weltkrieges 1939. Dem kann man jedoch entgegen: Obwohl die aktuelle Situation besorgniserregend ist, darf nicht vergessen werden, dass der Antisemitismus in Nazi-Deutschland staatlich gefördert war, während heutzutage die meisten Staatsoberhäupter und Politiker in Europa und den westlichen Ländern sich deutlich gegen den Antisemitismus positioniert haben, auch wenn sie es nicht geschafft haben, ihn einzuschränken.

Während des ganzen Gaza-Krieges wurden die Plattformen der sogenannten Sozialen Medien von Yad Vashem überschwemmt mit antisemitischen und



Dr. Robert Rozett Foto: Yad Vashem

hetzerischen Kommentaren. Yad Vashem veröffentlichte konsequente und genaue Statements und postete auf seinen Netzwerk-Seiten ein neues Set von »Frequently Asked Questions« (FAQ) über den Antisemitismus und den Missbrauch der Symbolik des Holocaust. Die Artikel und FAQs sind seither von Tausenden gelesen und »geteilt« worden. Yad Vashem wird sich weiter damit beschäftigen, noch bessere und innovative Wege zu finden, wie man der Herausforderung der Verzerrung des Holocaust, die verbunden ist mit einem virulenten Judenhass, begegnen kann. Einem Judenhass der in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts endemisch bleiben wird.

Dr. Robert Rozett ist der Leiter der Bibliothek der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Israel. Übersetzung aus dem Englischen von Susanne Wein. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Magazins und des Autors



Die Halle der Namen in Yad Vashem

Foto: Yad Vashem

rin überein, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht der tief sitzende Ursprung des Judenhasses ist, aber der Konflikt löst zumeist etwas aus, öffnet die Schleusen für spezifische Argumentationen und virulente Ausdrucksweisen.

Seit der Jahrtausendwende haben unterschiedliche Konstellationen von Kräften aus verschiedenen Spektren und Milieus den Hass auf Juden geschürt, und manchmal überlappten und überkreuzten sich sogar ihre Aktivitäten und ihre Rhetorik.

Für viele Leute wurde dies im Verlauf der jüngsten Operation klarer als jemals zuvor.

rechtskräftig bewiesen sei. Besonders in Europa ist dieser Vorwurf nicht selten mit entlastenden Gefühlen für die Schuld der Shoah verbunden.

Ein weiterer ganz offensichtlicher innerer Bestandteil dieser Flutwelle des Antisemitismus ist die Dämonisierung. Die Dämonisierung von Juden hat eine sehr lange Geschichte, die aus dem frühen mittelalterlichen Christentum herrührt, in dem die Juden üblicherweise mit dem Teufel assoziiert wurden. Dämonisierung war genauso bei der Entwicklung des Modernen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts zentral, zusammengefasst

Die Auswirkungen der Operation »Protective Edge« auf Yad Vashem (Textauszug)

Im Juli und August 2014 bewirkten die Spannungen im Gazastreifen und an den israelischen Grenzen einen Dominoeffekt auf viele professionelle Bildungsseminare und öffentliche Touren, die auf dem Terminkalender von Yad Vashem standen und stattfanden.

Die Besuchszahlen nahmen im Juli über 20 Prozent ab, und fielen im August um 50 Prozent ab im Vergleich zum August im Jahr davor. Auch wenn einige Bildungsgruppen entschieden, ihre Seminare nicht stattfinden zu lassen oder diese zu verschieben, beschlossen die meisten, ihre Programme trotz der Situation fortzusetzen. Diese entschlossenen Gruppen kamen z.B. aus Belgien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Estland, Großbritannien, Irland, Kanada, Österreich, Portugal, Serbien und den USA. »Das Seminar gab uns sehr viel Arbeitsmaterial mit dem wir künftig in unserem Geschichtsunterricht arbeiten können«, sagte kürzlich ein Teilnehmer aus Estland. Ein portugiesischer Lehrer nannte die Zeit, die er auf dem Berg der Erinnerung [Synonym für Yad Vashem, d. Red.] verbrachte, »absolut beeindruckend und hilfreich sowohl für meine akademische Untersuchung als auch für mich persönlich.« Allen Besuchern wurden deutliche Anweisungen gegeben, wie sie sich bei einem Alarm zu verhalten haben und sie befanden sich dann aber real zu keinem Zeitpunkt in Gefahr. »Am kostbarsten war das Zusammentreffen mit so vielen anderen Teilnehmern aus aller Welt, was uns alle miteinander verbunden hat und die Unterstützung der Anderen in schwierigen Momenten, wenn die Sirenen losheulten«, sagte eine Teilnehmerin aus Großbritannien, die an der Internationalen Bildungskonferenz im Juli teilgenommen hat. »Die Angestellten von Yad Vashem haben im Umgang mit dieser Situation einen wunderbaren Job gemacht.« Ein Teilnehmer, ein Lehrer aus Kanada, pflichtete ihr bei: »Trotz der Gefahr der Raketen habe ich meinen Plan, nach Israel zu reisen, nicht geändert. Ich würde niemals zögern wieder nach Yad Vashem zu kommen.« (...)

Jenseits der »besetzten Gebiete«

Der jetzige muslimisch-arabische Aufstand kennt keine »grüne Linie« ...

Von Ulrich Becker

Vor einiger Zeit interviewte ich eine junge »Siedlerin« aus Deutschland in Schilo. Auf meine Frage, ob sie nicht Angst hätte hier zu leben, antwortete sie, dass sie in Jerusalem viel mehr Angst hätte, denn dort leben Juden und Araber gemischt zusammen. Jeden Moment könnte ein Terrorist angreifen. In der bewachten Siedlung wäre es viel sicherer. Damals schien mir ihre Betrachtungsweise etwas fremd. Damals.

Heute, nach etlichen Schuss-, Messer-, Überfahranschlägen und fast täglichen

Linie« mittlerweile ist, und wie dünn die Hemmschwelle der »arabischen Israelis«, welche eins zu eins mit ihren Brüdern in den PA Gebieten den antisemitischen Hetz- und Hasstiraden ihrer Führung folgen und zu Gewalt und Terror übergehen.

Nicht irgendwelche Waffenstillstandslinien von 1949 und angeblich »besetzte Gebiete«, welche von vielen antiisraelisch Besessenen gerne vorangetragen werden, waren ihre Motivation für Hass und Terror, sondern der Wunsch Juden zu töten und zu terrorisieren, wo immer sie können, im ganzen Land.

Die Opfer dieser arabisch-islamischen Terrorwelle spiegeln auf fast symbolische Weise die israelische Gesellschaft wieder: Ultraorthodoxe Juden, israelische Drusen, »einfache« Soldaten, Siedler, Russen, Konvertiten, etc. – Frauen, Männer, Babies, Ältere, Religiöse und Atheisten, Juden und Nichtjuden.

Das Bild des Täters bleibt dabei immer gleich: Männlich, muslimisch.

Und sie kommen

aus Judea und Samaria, genauso wie aus Jerusalem und Galiläa. »Kernisrael«, »besetzte Gebiete« gibt es da nicht. Ihre Hassmärsche rufen die gleichen antisemitischen Parolen, ihr Terror ist der gleiche Terror, ihr Ziel ist das gleiche Ziel: Die Vernichtung des jüdischen Staates Israel.

Gutes EU Timing für »Palästina«?

Und gerade jetzt, wo aller Welt ganz klar vor Augen geführt wird, dass es nicht um »die besetzten Gebiete« geht, sondern um den jüdischen Staat an sich, gerade jetzt, wo der Liebling des Westens, der de-facto Diktator Abbas, sich offen zum Terror bekennt und den Eltern von Ter-

roristen seine Wut bekundet, dass diese »Märtyrer« in Feuergefechten getötet werden, gerade jetzt scheint die EU davon besessen zu sein, Israel »Palästina« als Staat aufzuzwingen.

Wenn Juden ein Haus in ihrer ewigen Hauptstadt Jerusalem bauen, das ein paar Meter hinter der jordanischen Waffenstillstandslinie von 1949 liegt, ist die EU hellwach und steht bei Israel mit großen Warnungen und Drohungen auf der Matte. Die PA kann aber – wie jetzt – offen zum antisemitischen Terror aufrufen, Cartoons zur »Überfahr-den-Juden-Intifada« ausstrahlen, dazu schweigt der aufgeklärte Kontinent. Da mahnt niemand Herrn Abbas der Friedensverweigerung und droht EU-Milliarden zu kürzen oder erwähnte Boykotte.

Im Gegenteil: Die EU scheint genau diese Zeit als passendste aller Zeiten anzusehen, um Friedensverhandlungen den Rücken zu kehren und sich einseitig hinter eine Seite zu stellen: Die Seite des antisemitischen, muslimischen Terrors.

Stolz schreit Schweden sein »Palästina« heraus. Großbritannien liebäugelt im Parlament als auch Frankreich, und wir dürfen weiter gespannt sein, welche Länder sich bald ebenfalls diesen Armutschein in höchster Stelle ausstellen werden.

Die neue Außenministerin Europas Mogherini legt weiter vor. Sie war gerade hochoffiziell auf Staatsbesuch im bereits judenreinen Gaza, bei Hamas und Co., und ließ dort keinen Zweifel an ihren »neutralen« Absichten: »Wir brauchen einen Staat Palästina – das ist das Endziel und das ist die Position der gesamten EU«.

Soviel zum »Endziel«, aber wie kommt man dahin? Frau EU weiter:

»Wir können nicht einfach dasitzen und warten. Wenn wir dasitzen und warten, wird es noch 40 Jahre so weiter gehen. Wir müssen jetzt zur Aktion übergehen.«

Man bedenke, wo sie diese Worte sagt, und wem sie gelten. Was darf nicht mehr 40 Jahre weiter gehen? Das Terrorregime der Hamas in Gaza? Nein. Die korrupte, von ausländischen Geldern am Leben gehaltene, antisemitische Verwaltung in Ramallah? Nein. Ihre wutschnaubende Kritik geht nicht an die Terroristen, sondern



Ulrich J. Becker

an den jüdischen Rechtsstaat. Auf diesen können man nicht mehr warten, bis dieser endlich freiwillig den Bedingungen seiner Mörder zur eigenen Vernichtung zustimmt. Hier muss die EU eingreifen und Hamas, Abbas und Co. aktiv unter die Arme greifen.

Aber das ist nicht alles. Nicht nur »Europa Erwache« und »Palästina Now« schäumt von ihren Lippen, während die Vertreter ihrer Schützlinge zu einer neuen arabisch-muslimischen Terrorwelle einige Kilometer weiter ausziehen, und die ganz Israel betrifft.

Sie nimmt selbst die Hamas aus jeglicher Schuld der Gazakriege (waren da Raketen, Entführungen und Anschläge?) und zeichnet Israel als den alleinigen Aggressor, den sich die Welt[!] »nicht mehr leisten« könne:

»Es ist nicht nur das Volk von Gaza, das es sich nicht leisten kann, einen vierten Krieg zu haben, die Welt kann es sich nicht leisten.«

Sprich, um so deutlicher die Fakten am Boden es machen, dass es dem antiisraelischen Terror nicht um ein »Palästina« in den »besetzten Gebieten« geht, um so mehr verbohrt sich die EU darin, dass »Palästina« das »Hauptziel« sei, sollte man sie mit Biegen und Brechen dem bösen Weltenübel Israel auch aufzwingen müssen ...

Ulrich J. Becker, 32, dreifacher Familienvater, Architekt. 2005 ins orthodoxe Judentum eingetreten und Alija gemacht. Lebt zur Zeit in der »Siedlung« Tkoa bei Jerusalem.



Steinmeier trifft Mahmoud Abbas, den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), in Ramallah, 15. 11. 2014

muslimischen Ausschreitungen der letzten Monate – vor allem in Gebieten, wo Juden und Araber sich offen begegnen – erlebe ich selbst, wie ich abends aus Jerusalem oder Tel Aviv von der Arbeit in unsere »Siedlung« komme und die gewisse Anspannung an der bewachten Eingangsschranke sofort fällt. Hier kann einen keiner vorsätzlich mit seinem Auto überfahren, hier kann kein Terrorist als Passant auf der Straße plötzlich einem die Kehle durchschneiden. Unbewacht kommen »Palästinenser« nicht in Siedlungen rein.

Die Anschläge der letzten Monate haben gezeigt, wie verwischt die »grüne

Linie« mittlerweile ist, und wie dünn die Hemmschwelle der »arabischen Israelis«, welche eins zu eins mit ihren Brüdern in den PA Gebieten den antisemitischen Hetz- und Hasstiraden ihrer Führung folgen und zu Gewalt und Terror übergehen.

Gutes EU Timing für »Palästina«?

Und gerade jetzt, wo aller Welt ganz klar vor Augen geführt wird, dass es nicht um »die besetzten Gebiete« geht, sondern um den jüdischen Staat an sich, gerade jetzt, wo der Liebling des Westens, der de-facto Diktator Abbas, sich offen zum Terror bekennt und den Eltern von Ter-

sowie Rabbiner Moshe Twersky wurden geradezu abgeschlachtet und zahlreiche weitere Juden teils lebensgefährlich verletzt, bevor es israelischen Verkehrspolizisten, die zufällig das Geschrei und den Lärm hörten und reaktionsschnell in die Synagoge rannten, gelang, die Angreifer unschädlich zu machen. Ein Polizist, ein Druse, wurde dabei von den palästinensischen Terroristen attackiert, er erlag später seinen Verletzungen.

Rabbiner Goldberg war ein aus Großbritannien eingewanderter Israeli, die

drei anderen Rabbiner hatten sowohl die amerikanische und israelische Staatsbürgerschaft.

Unter die Bilder, die den blutigen Horror, der an diesem Dienstag Har Nof erschütterte, nur erahnen lassen, mischen sich bald Aufnahmen aus Gaza und den umstrittenen Gebieten, die ausgelassen feiernde Palästinenser zeigen. Die in Gaza noch immer herrschende Hamas nennt das Massaker eine »heroische Tat«, der mit ihr mal verbündete, mal konkurrierende Islamische Jihad applaudiert in ei-

nem Statement und spricht von einer »natürlichen Antwort auf die Verbrechen der Besatzung«; auf Websites der Fatah wird versichert, die »Märtyrer« seien auf dem Weg »ins Paradies«.

Erst nachdem der amerikanische Außenminister den Anschlag auf die Kehilat Yaakov-Synagoge in Jerusalem scharf verurteilt und erklärt hatte, dieser sei »das unmittelbare Resultat von aufwiegelter Hetze«, ließ Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas ein Statement veröffentlichen, in dem er »jede Gewalt

Gewaltwelle in Jerusalem

Der blutige Auftakt einer dritten Intifada?

Von Thomas Weidauer

Am frühen Morgen des 18. November drangen zwei mit Messern, Äxten und einer Pistole bewaffnete palästinensische Terroristen, Mitglieder der linken PFLP, der zweitstärksten »Fraktion« innerhalb der PLO, in eine Synagoge im Westteil der israelischen Hauptstadt Jerusalem ein und richteten unter den dort Betenden ein Blutbad an. Vier Rabbiner, Aryeh Kopinsky, Avraham Shmuel Goldberg und Calman Levine, alle von Har Nof,



Streit um Al-Aksa: Palästinensisches Kompromissangebot (Al-Hayat Al-Jadida, 1. November 2014)

gegen Zivilisten« ablehnt, zugleich jedoch »Übergriffe und Provokationen von Siedlern auf dem Tempelberg« für sie verantwortlich macht. Gerüchten zufolge untersagte er Mitgliedern seiner Behörde, sich öffentlich zu John Kerrys Anschuldigungen zu äußern.

Für die deutsche Regierung teilte derweil Frank-Walter Steinmeier mit, es sei eine »schreckliche Grenzüberschreitung (...) dass Gotteshäuser«, die er offenbar nicht Synagogen nennen will, »zum Schauplatz von tödlichen Angriffen auf unschuldige Gläubige werden«, die er nicht Juden heißen möchte. Der Geist, der aus solchen Worten spricht, prägte noch am gleichen Abend das *heute journal*: »Israelkorrespondentin Nicole Diekman«, schreibt Alan Posener in der *Welt*, »war zu Gast bei den trauernden Eltern. Nein, nicht den Eltern der Opfer. Beim Vater eines der Attentäter«.

Das Massaker vom 18. November ist der bisherige »Höhepunkt« einer ganzen Reihe von Gewalttaten, die mancherorts bereits als »Jerusalem-Intifada« bezeichnet werden. Gehören Angriffe arabischer Bewohner Jerusalems mit Steinen und Brandsätzen auf die Infrastruktur – etwa die Straßenbahn, die West- mit Ostjerusalem gerade verbindet – und verbale wie tätliche Übergriffe auf Juden zwar beinahe schon zum Alltag in der israelischen Hauptstadt, so häuften sich in den vergangenen Wochen doch brutale Anschläge, denen mehrere Menschen zum Opfer fielen.

»Jerusalem-Intifada«

So steuerte am 22. Oktober ein arabischer Bewohner Ost-Jerusalems einen PKW in an einer Straßenbahnhaltestelle wartende Menschen. Bei dem Angriff, der kein Unfall war, wurden ein drei Monate junges Mädchen ermordet und weitere Menschen verletzt, darunter die Eltern des Babys. Später verstarb eine der Verletzten, eine Touristin aus Ecuador. Der Täter, er soll Verbindungen zur Hamas gehabt haben, wurde beim Versuch, vom Tatort zu flüchten, von Sicherheitskräften erschossen. An seiner Beisetzung als »Märtyrer« nahmen mindestens 300 Palästinenser teil.

Eine Woche darauf, in der Nacht zum 29. Oktober, verübte ein weiterer arabischer Terrorist einen Anschlag auf den jüdischen Aktivist Yehuda Glick. Der aus den USA nach Israel Eingewanderte,

für den deutsche Medien sogleich Vokabeln fanden wie »radikal«, »rechts-extrem«, »ultrarechts«, »ultranationalistisch« oder »ultraorthodox«, streitet für einen gleichberechtigten Zugang von Juden zum Tempelberg. In einem Interview erklärte er vor einem Jahr, er »glaube daran, dass der Tempelberg ein Ort ist, der als internationales Zentrum religiöser Toleranz fungieren« könne.

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, dem solche extremistischen Träume wahrlich noch nicht vorgeworfen werden können, versicherte den Eltern des bei einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften getöteten Attentäters schriftlich, ihr Sohn sei ein »Märtyrer«, dem ein Platz im »Paradies« gewiss sei. In seinem Kondolenzschreiben verurteilte der Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) den Versuch, den Angreifer festzunehmen, als ein von »den Terroristen der israelischen Besatzungsarmee« begangenes »barbarisches Verbrechen«.

Es verging wiederum kaum eine Woche bis zur nächsten Gewalttat. Am 5. November raste ein arabischer Terrorist mit einem Fahrzeug in eine Gruppe Wartender an einer Straßenbahnhaltestelle. Ein Grenzpolizist verlor dabei sofort sein Leben, mehr als ein Dutzend Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, von denen einer im Krankenhaus starb. Auch hier handelte es sich nicht um einen Unfall: Nachdem er seinen Transporter in die wartenden Menschen gesteuert hatte, verließ der Terrorist das Fahrzeug und prügelte mit einer Eisenstange auf seine Opfer ein.

Wie schon beim Attentat zwei Wochen zuvor bestimmte Zustimmung die Reaktionen in Gaza und Ramallah. Während die Hamas stolz die Verantwortung für den Angriff für sich beanspruchte, feierte die Fatah sich auf ihren eigenen Websites mit Karikaturen, die die Verletzten und ermordeten Opfer der Anschläge verhöhnerten. In *Al-Hayat Al-Jadida*, der amtlichen Tageszeitung der PA, war zudem am 1. November eine Zeichnung veröffentlicht worden, die ganz unverhüllt antiisraelische Gewalt glorifiziert und damit eindrucksvoll spiegelte, wie die Palästinenserführung tickt.

Traditionspflege

Schon Haj Mohammed Amin al Husseini, ehemaliger Großmufti von Jerusalem, wusste, wie er die damals noch

arabische Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet in seinem Sinn beeinflussen und gegen Briten, hauptsächlich aber gegen Juden mobilisieren konnte: Durch das Streuen von Gerüchten über angebliche jüdische Pläne, den Tempelberg zu erobern oder die Al-Aksa-Moschee abzureißen und an ihrer Stelle einen Tempel zu errichten, zettelte er zahlreiche Krawalle an, deren »Höhepunkt« wohl der Pogrom 1929 gegen die jüdischen Bewohner Hebrons war.

Die perfide Taktik des Muftis, der nach einigen Jahren in großdeutschem Exil, während derer er seine Gastgeber vor allem als unerbittlicher Propagandist einer Auslöschung des Judentums unterstützte, als gefeierter Held nach Ägypten zurückkehrte und von dort aus die palästinensische Gesellschaft nachhaltig prägen konnte, funktioniert noch immer. In diesem Jahr ist es auch und gerade die PA in Ramallah, die alle paar Wochen die palästinensische Bevölkerung und in Israel lebende Araber mit Behauptungen aufhetzt, Juden planten eine Eroberung von Al-Aksa.

Es war Präsident Mahmoud Abbas, der einen »Krieg« um den Tempelberg ausrief, als er von der israelischen Regierung als Sicherheitsmaßnahme verhängte Zugangsbeschränkungen für männliche Muslime zum Tempelberg als »Kriegserklärung« denunzierte und im Oktober dazu aufrief, »mit allen Mitteln«, was Gewalt eben ausdrücklich nicht ausschließt, dafür zu sorgen, dass jüdische Besucher den Tempelberg durch ihre Anwesenheit nicht »verunreinigen« könnten, denn sie hätten nicht das Recht, ihn überhaupt auch nur zu betreten. »Al-Aksa gehört uns«.

Trotzdem palästinensische und israelische Ärzte übereinstimmend den Tod des arabischen Busfahrers Yusuf Hassan al-Ramounis, dessen Leiche in der Nacht zum 17. November aufgefunden wurde, als Suizid diagnostizieren, hatte die Regierung in Ramallah in von ihr kontrollierten Medien die Behauptung verbreiten lassen, der Tote sei von Juden gelyncht worden; eine weitere Lüge, die geeignet ist, immer wieder für Spannungen zu sorgen. Auf der englischsprachigen Website



Die Synagoge Kehilat Yaakov im Westjerusalem Stadtteil Har Nof; eine Blutspur zeigt das mörderische Attentat zweier Palästinenser in der Synagoge am 18. November 2014, bei dem fünf Israeli ermordet wurden

der amtlichen palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa ist sie noch immer unter der Überschrift zu finden: »Foreign Ministry: Al-Ramouni's Murder Direct Result of Netanyahu's Incitement«.

Tatsächlich waren und sind es auch prominente Funktionäre der Fatah, die immer wieder Öl ins Feuer gießen. So wurde am 11. November, dem Jubiläum des Todes Yassir Arafats, ein Kassiber Marwan Barghoutis bekannt, der wegen seiner Beteiligung an terroristischen Aktivitäten eine mehrfach lebenslängliche Strafe verbüßt. In seiner Botschaft aus israelischer Haft fordert er die Palästinenser zu gewalttätigem »Widerstand« auf. Zudem sollten sie einen Boykott Israels unterstützen, die Sicherheitskooperation zwischen PA und Israel eingeschlossen.

Reaktionen

Während der Palästinenserpräsident »neuerdings Reden [hält], deren religiöser Eifer eher zu seinen Rivalen von der radikal-islamischen Hamas passt«, wie Gil Yaron in der *analyzierte*, bemüht sich die israelische Regierung nicht nur um verbale Deeskalation. So klang es nachgerade nach einer Kapitulation vor dem arabischen Mob, als ausgerechnet der in deutschen Medien als Hardliner verrufene israelische Verteidigungsminister Moshe Yaalon gegenüber dem israelischen Fernsehen »rechte« Knesset-Abgeordnete und Minister vor »provokativen Schritten« warnte.

»Es ist«, erklärte der Minister im Sender Channel 10, »selbstverständlich unser Recht, den Tempelberg zu besuchen. Doch hier ist ein sehr empfindlicher Status quo im Spiel, der erhalten werden muss.« Es gäbe Vereinbarungen mit Jordanien, gegen die nicht verstoßen werden dürfe. »Es ist eine Tatsache, dass die Palästinenser die Situation ausnutzen und die Lage durch Provokationen und Hetze verschärfen, aber wir müssen ihnen nicht noch zuarbeiten.« Premier Benjamin Netanyahu hob unterdessen alle Beschränkungen für den muslimischen Zugang zum Tempelberg auf.

Machen die palästinensischen Gewalttaten der vergangenen Wochen und die Reaktionen der palästinensischen Gesellschaft und deren Führung auf sie deutlich, wie weit entfernt letztere davon ist, als Partner für erfolgversprechende Friedensgespräche überhaupt erwogen zu werden, hat Europa ganz eigene Ansichten zu der Frage entwickelt, wie der »Friedensprozess« herbei befördert werden könnte: Die Europäische Union erwägt verschiedene Strafmaßnahmen gegen Israel, während in ihren Mitgliedsstaaten über eine Anerkennung »Palästinas« nachgedacht wird.

Erhob die Regierung in Schweden »Palästina« am 30. Oktober, einen Tag nach dem Anschlag auf Yehuda Glick, zum Staat, stimmten spanische Parlamentarier am 18. November beinahe einstimmig dafür, der Regierung in Madrid eine Nachahmung der schwedischen Entscheidung zu empfehlen. Die Parlamente Großbritanniens und Irlands haben ähnliche Beschlüsse gefasst, weitere europäische Parlamente haben entsprechende Abstimmungen angekündigt. Beinahe scheint es, als wollten sie palästinensische Mordanschläge und blutige Gewalt belohnen.

Die Anfänge der israelischen Armee (Teil 2)

Von Karl Pfeifer

Wer hätte gedacht, dass mein Dienst im Palmach mehr als sechzig Jahre danach für deutsche Linke zu einem Problem werden würde. Vor fünf Jahren sollte ich in dem seit 1973 bestehenden Bielefelder ArbeiterInnen-Jugendzentrum (AJZ) zum Thema »Antisemitismus, Antiziganismus und Neonazismus in Ungarn« sprechen. Doch einige Mitarbeiter stimmten dagegen, mich dort sprechen lassen.

Als ich in Bielefeld ankam, erfuhr ich, dass ich im AJZ unerwünscht bin. Sie luden mich kurzfristig aus, da ich von 1946 bis 1949 in der jüdischen Eliteeinheit Palmach aktiv war, die »an einem Massaker in einem palästinensischen Dorf« beteiligt gewesen sein soll. Konkrete Angaben zu diesem angeblichen Kriegsverbrechen und meinen Anteil daran konnte die Gruppe nicht machen; Beweise für ihre Behauptung blieben sie ebenfalls schuldig. Hingegen wurde ich angeklagt, ein »Zionist« zu sein und ich sollte mich von dem »Massaker« distanzieren.

Ich war fassungslos. Die Leute dieser Kneipengruppe forderten offenbar, ich solle zu etwas auf Abstand gehen, von dem sie nicht sagen konnten, wann und wo es stattfand und ob es überhaupt ein Massaker gab. Sie führten sich gleichzeitig als Ankläger und als Richter auf und als solche befanden sie es nicht für nötig, einen »Zionisten« anzuhören. Die Maxime der Gruppe lautete, frei nach Lessing: »Egal, was ist: Der Jude wird verurteilt, und sei es in seiner Abwesenheit.«

Meine Geschichte beginnt mit meiner Einwanderung nach Eretz Israel. 1943 kamen wir, 30 Jugendliche aus Ungarn, Kroatien und Rumänien, ins Land und wurden im Kibbuz Scharhaamakim, in der Nähe von Haifa erzogen.

1946 waren wir noch keine 18 Jahre, als wir vor die Alternative gestellt wurden, entweder in einen anderen Kibbuz zu gehen, irgendwo an die syrische oder libanesischen Grenze, oder uns freiwillig zur Eliteeinheit der illegalen Hagana zu melden, der jüdischen Selbstverteidigungstruppe, Vorläufer der Zahal, der Zawa Hagana Leisrael, der Verteidigungsarmee Israels, die vom Gewerkschaftsbund Histadrut finanziert wurde. Wir haben uns nach längeren Diskussionen entschlossen, zur Palmach zu gehen.

Zu diesem Zeitpunkt war es schon klar, dass es zu einer Auseinandersetzung mit den arabischen Nachbarn kommen würde. Ich war Mitglied des Hashomer Hazair, der einen binationalen Staat von Juden und Arabern wünschte. Aber die meisten von uns ahnten damals schon, dass ein solcher von den Arabern nicht gewünscht wird. Wenn wir durch gewisse arabische Dörfer fuhren, dann ertönte manchmal der gellende Schrei »Jahud, jahud« (»Juden, Juden«). Und das hörte sich nicht freundlich an.

Die Frage des binationalen Staates hatte vor dem Holocaust natürlich eine andere Bedeutung als danach. Denn nach dem Holocaust gab es das große Problem mit

der Sheerit Haplita, den Übriggebliebenen, den Überlebenden, dem Rest der Juden, wie man sie genannt hat. Diese irrten in Österreich, Deutschland und Europa herum und wollten eine Heimat haben.

Es gibt nichts Zynischeres, als zu behaupten, dass »die Zionisten« diese »armen Leute«, die angeblich gar nicht nach Erez Israel wollten, eingefangen und sie mit Propaganda davon überzeugt hätten, ins Land zu kommen. Das Gegenteil war der Fall. Gerade die Überlebenden übten einen enormen Druck aus. Sie wollten ein eigenes Land. Ihre Erfahrungen mit den Ländern und Völkern, aus denen sie kamen, waren katastrophal. Zurückkehren, in die Länder, wo es wie in Ungarn, Polen und der Slowakei noch nach 1945 Pogrome gab, konnten und wollten die meisten nicht.

Die einzige Gesellschaft, die diese Menschen aus praktischen wie ideologischen Gründen haben wollte, war die jüdische in Erez Israel. Damals fanden auch die großen Demonstrationen gegen die Mandatsmacht statt: »Öffnet die Tore! Alia Hofschit, Freie Alia!« Wir forderten von der britischen Mandatsmacht, die ausgerechnet 1939 die Rechte der Juden in Erez Israel, darunter auch das Recht zur Einwanderung, radikal beschränkt hatte, freie Einwanderung, alle Juden sollten einwandern dürfen. Und das wurde dann in Israel auch Gesetz: Jeder Jude, der ins Land einwandert, kann – mit einigen wenigen Ausnahmen – die Staatsbürgerschaft erhalten.

Als wir zum Palmach gingen, gab es eine ungeheure Welle der Begeisterung, wir hatten das Gefühl, Teil der Welt von morgen zu sein, zumal ja die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten den Zionismus diplomatisch und später auch mit Waffen unterstützten. Da kamen überhaupt keine Zweifel auf, dass das nicht richtig sein könnte, oder dass wir auch Unrecht begehen könnten.

Die zionistische Arbeiterbewegung wurde von einer Generation von Politikern geleitet, die meistens aus kleinen Städten in Osteuropa kamen und selbst noch in religiösen Schulen (Cheder und Jeschiwa) gelernt hatten. Sie fühlten sich als diejenigen, die eine alte jüdische Tradition fortsetzten. Auch wenn sie sich auf universelle Werte beriefen, waren sie tief in der jüdischen Kultur und Tradition verankert. Das gab ihnen das Gefühl der Selbstsicherheit.

Die im Land geborene Generation, die Sabres, verspotteten oft genug diese älteren Führer, die lange Reden hielten und uns »Zionut«, d.h. Zionismus, predigten. Aber wir blickten zu Ben Gurion auf, der sich mit sicherem Instinkt nicht beirren ließ und am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den demokratischen jüdischen Staat proklamierte.

Es sind leider nur noch wenige, die – so wie ich – den israelischen Unabhängigkeitskrieg vom Anfang bis zum Ende als Soldat erlebt haben und die Ereignisse vor 65 Jahren schildern können.

Als ich im Frühjahr 1946 dem Palmach beitrug, fühlte ich mich einer Elite zugehö-

rig, so wie es uns auch im Unterricht vermittelt wurde. Die meisten von uns kamen aus linken zionistischen Jugendbewegungen und Palmach hatte den Ruf eine »bewaffnete Jugendbewegung« zu sein.

Palmach war während der acht Jahre seines Bestehens immer eine kleine Einheit der Hagana und umfasste nie mehr als 6 bis 7 Prozent der Hagana. Im Jahr 1947 hatte Palmach lediglich 2200 aktive Kämpfer mobilisiert und das Budget für dieses Jahr betrug 600.000 Pfund, wovon 480.000 Pfund aus der Arbeit der Palmachmitglieder stammten. Die Offiziere wurden nur bei ihrem Vornamen genannt und es gab noch im Herbst 1948 keine Rangabzeichen. Die meisten von uns arbeiteten zwei Wochen in den Kibbuzim und beschäftigten sich zwei Wochen mit militärischen Übungen.

Nach drei Monaten harter Ausbildung – mit täglichem 12 km Lauf – leisteten wir am 15. Juni 1946 zu Mitternacht im Speisesaal des Kibbuz Jagur – nicht weit von Haifa – den Eid, dem jüdischen Volk treu zu dienen. Jigal Allon – der damalige Kommandant des Palmach – hielt eine Ansprache. Er sprach von »Tohar haneschek«, der Sauberkeit der Waffe – darunter verstand man, dass man sich als Waffenträger seiner Verantwortung bewusst sein muss, Zivilisten und Gefangene zu schonen. Dies sollte erst im Krieg seine Bedeutung erlangen. Wir waren alle bewegt und hatten das Gefühl, richtig entschieden zu haben, als wir uns freiwillig meldeten. Uns beeindruckte, dass wir vor Beginn der Vereidigung mit Gewehren ausgestattet wurden und dass Maschinengewehre und Mörser aufgestellt waren.

Zwei Wochen nach unserer Vereidigung am 29. Juni 1946 kam es zum Schwarzen Sabbat, als die britische Armee in jüdischen Siedlungen Waffen suchte und in Jagur auch fündig wurde. Tausende Juden, die man verdächtigte, der Hagana anzugehören, wurden interniert, doch unsere Ausbildung und die Arbeit gingen weiter. Anfang 1947 kam ich nach Ramat Jochanan, wo ich einen Pfadfinderkurs besuchte. Wir – Burschen und Mädchen – lernten mit dem Kompass umzugehen und unseren Weg in den Hügeln von Galilea in der Nacht zu finden.

Im Sommer 1947 wurde ich von Ramat Jochanan nicht weit von Haifa zum zweiten Palmach-Regiment in den Negev gesandt, um die dorthin führende Wasserleitung zu bewachen. Sie machte die weit verstreuten jüdischen Siedlungen – meist Kibbuzim – erst möglich. Die Straßen, die zu den Siedlungen führten waren oft genug noch nicht asphaltiert und die Autos wirbelten viel Staub auf. Unsere Einheit von zehn Palmachmitgliedern und einem Unteroffizier war zunächst im religiösen Kibbuz Beerot Jizchak stationiert. Man bat uns, freiwillig der jüdischen Hilfspolizei seiner Majestät, des britischen Königs, beizutreten, damit wir legal eine Waffe tragen konnten.

Irgendwann Ende des Sommers 1947 wurden wir nach Tekuma gesandt. In dem nicht weit vom Gazastreifen liegenden religiösen Moshav siedelten Einwan-



Karl Pfeifer, Berlin, November 2014

derer aus Ungarn und Rumänien, die erst seit kurzem im Land waren. Im Moschav übten wir mit dem Maschinengewehr und patrouillierten Tag und Nacht. Wir hatten einen »Tender«, vorne saß der Fahrer und unser Unteroffizier, hinten im offenen Auto befanden wir uns in britischer Uniform. Unsere Aufgabe: Diejenigen Beduinen zu fassen, die meistens in der Nacht die lebensnotwendige Wasserleitung sabotierten. Wir fuhren abends hinaus, um dann zu Fuß zum Ort zu gelangen, wo wir die ganze Nacht geduldig warteten. Wir hatten kein Glück und erwischten niemand, wir wirbelten zwar viel Staub auf, doch konnten wir vielleicht auch deswegen keinen einzigen Saboteur fassen. Die Beduinen kannten sich hier besser aus, aber die Anzahl der Sabotageakte ging doch zurück.

Ende November 1947 wurde mein Jahresurlaub fällig. Ich beschloss diesen bei meinem 15 Jahre älteren Bruder Erwin zu verbringen. Erwin kam 1946 nach sieben Jahren Dienst in der britischen Armee nach Jerusalem zurück und mietete im bucharischen Viertel von Jerusalem ein Untermietzimmer bei einer warmherzigen sympathischen »bucharischen« Familie. Ich fühlte mich sehr bevorzugt, denn einige meiner Freunde, die so wie ich 1943 ins Land gekommen waren, hatten in der Schoah ihre ganze Familie verloren, ich hatte aber meinen einzigen Bruder im Land.

Und so kam ich voll der Freude am 28. November nach Jerusalem. Am 29. November hörten wir gespannt im Radio die Abstimmung der UNO-Generalversammlung, mit der die Teilung des Landes beschlossen wurde. In den Straßen Jerusalems wurde getanzt, aber schon am nächsten Morgen meldete das Radio einen arabischen Überfall auf zwei jüdische Autobusse in der Nähe von Kfar Syrkin mit sieben Todesopfern. Am gleichen Tag wurde auch ein Jude an der Schnittstelle zwischen Jaffa und Tel Aviv ermordet.

Ich verabschiedete mich von meinem Bruder und fuhr noch am 1. Dezember zu-

rück zu meiner Einheit, obwohl ich noch eine Woche Urlaub hatte. Als ich zurückkam, waren alle erstaunt und ich wurde sogar belächelt. Wir dachten es würde mit der gewohnten Routine weitergehen und zunächst schien es in Tekuma auch so.

Im Dezember 1947 kehrte der Mufti Hadj Amin el Husseini zurück ins Land, der bald in Konflikte mit anderen arabischen Führern verwickelt war. Schon am 2. Dezember 1947 begannen ein arabischer Generalstreik und Angriffe eines arabischen Mobs auf jüdische Viertel in den gemischten Städten Haifa und Jerusalem. Aus den Tageszeitungen und aus dem Radio erfuhren wir, wie dramatisch die Lage war. Kritik an der Führung der Hagana wurde laut, die man beschuldigte, nicht auf die Ereignisse vorbereitet gewesen zu sein. Auch wurde gefordert, die hebräische Presse zu zensurieren, damit die Araber nicht von der Berichterstattung profitierten. Bereits in der ersten Woche nach Bekanntgabe des Teilungsplans der UNO gab es 62 jüdische Opfer. Der Einsatz des arabischen Mobs ließ bei Juden und Arabern den falschen Eindruck entstehen, es handle sich lediglich um eine Fortsetzung der Unruhen von 1936–39. Mit solchen Aktionen glaubten die arabischen Führer ihre Unzufriedenheit mit dem Teilungsplan der UNO aus-

auch durch ihnen freundlich gesinnte Briten Autobomben in dicht besiedelte jüdische Gegenden, zumeist in die Stadtmitte bringen.

In Tekuma hatte sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Wir wohnten zu fünft in einem Zimmer einer Baracke und gingen eine Woche in der Nacht und in der nächsten am Tag auf Patrouille, immer zu Fuß. Am Morgen des 13. Dezember 1947 sollte ich mit meinen Kameraden nach einer Woche des Nachtdienstes wieder am Tag ausschwärmen. Doch ich fühlte einen stechenden Kopfschmerz und fragte einen Kameraden, ob er mit mir tauschen würde. Er sagte zu und ich sah ihn nie wieder.

Am Nachmittag erhielten wir einen Anruf von der britischen Polizei in Gaza, dass die fünf Kameraden in einen Hinterhalt von Beduinen geraten und massakriert worden waren. Ich schlief in der darauf folgenden Nacht ganz allein im Zimmer, denn meine vier Mitbewohner waren nicht mehr am Leben. Ein fürchterliches Gefühl.

Am späten Nachmittag des 14. Dezember fuhren wir mit unserem Tender und einem Lastauto, um in der Polizeistation von Gaza die Leichen abzuholen. Als wir in die Nähe dieser Tegtartfestung kamen, standen Araber mit Gewehren



Israelische Frauen der Hagana mit britischen Sten Maschinengewehren, August 1948

Panzerwagen mit britischen Soldaten. Als Araber auf uns Steine warfen, hörten wir den britischen Hauptmann, dessen Kopf in der Luke des Tanks sichtbar war, den Schießbefehl erteilen. Eine Salve aus einem Maschinengewehr wurde so abgefeuert, dass vor den Füßen der Steine werfenden Araber sich eine Staubwolke bil-

zu begraben.

Als wir, die fünf Überlebenden unserer Einheit, Ende 1947 in das neu errichtete Militärlager »Mekorot« bei Nir Am transferiert wurden, waren wir froh. Endlich wurden wir einer größeren Einheit zugeordnet. Irgendwie erinnerte manches an die Aufbruchsstimmung, die man



Karl Pfeifer, Mitglied des Palmach, 1946



Karl Pfeifer, vorne rechts, mit Palmachkameradinnen und -kameraden, 1946



Der spätere israelische Ministerpräsident Ariel Sharon, Februar 1948

zudrücken und damit die Juden und ihre Unterstützer in der Welt von der Verwirklichung der Teilung abhalten zu können. Sie sollten sich täuschen. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten unterstützten die Errichtung eines jüdischen Staates und in den Häfen Frankreichs und Italiens missachteten die Gewerkschaften immer wieder Streiks, um das Beladen und Auslaufen von Schiffen mit illegalen jüdischen Einwanderern zu ermöglichen. Die schändliche Rolle, die Hadj Amin el Husseini und andere Araber an der Seite Hitlers spielten, war noch nicht vergessen.

Nach den ersten ungezügelteren Angriffen kamen überlegtere und besser geplante Aktionen, die von den Juden mehr Opfer forderten. Es kam zu Feuerüberfällen, zum großen Teil von Scharfschützen, insbesondere in den gemischten Städten. Während des ganzen Monats Dezember 1947 schossen Araber fortdauernd von Jaffa auf die angrenzenden jüdischen Viertel von Tel Aviv. Die Araber ließen

in einer Entfernung von 20–30 Metern und schossen auf uns. Sie waren schlechte Schützen und trafen nur das Auto.

Angekommen in der Festung empfing uns ein britischer Polizeioffizier mit der Nachricht, dass die Leichen bereits nach Beersheva transferiert wurden. Wir baten ihn, uns eine Schutzbegleitung zu stellen, doch er weigerte sich. Zum Glück fuhren wir nach Einbruch der Dunkelheit wieder zurück, denn wieder schossen Araber auf uns, doch auch diesmal erzielten sie keinen Treffer. Am nächsten Morgen fuhren wir nach Beersheva, hier hatte in der Polizeistation die britische Armee das Sagen, die Offiziere hatten schon von unserem Abenteuer in Gaza gehört und begrüßten uns freundlich. Wir wurden verköstigt und man bot uns Zigaretten an. Wir waren ja britische Hilfspolizisten in Uniform, und das bewog den britischen Kommandanten, uns eine Schutzbegleitung zu gewähren. Vor uns fuhr ein Tank, hinter unseren beiden Fahrzeugen zwei

dete und diese sofort die Flucht ergriffen. Wir brachten die Leichen in den nahen Kibbutz Mishmar Hanegev. Gefallen waren unser Unteroffizier Israel Berkovits, 19, die Soldaten Jizchak Jehoschua Schuster 19, Arie Schwarzmann 17 (er meldete sich als 16jähriger und gab an 18 zu sein) Shabtai Selins, 18 und Schmuel (Mula) Unger, 17. Ehre sei ihrem Andenken.

Bei meinen Nachforschungen in Israel erfuhr ich, dass die fünf Kameraden, die in einen Hinterhalt des Turki-Beduinenstammes geraten waren, bis zu ihrer letzten Patrone gekämpft hatten. Zwei konnten noch lebend flüchten, und glaubten von einem befreundeten Beduinen geschützt zu werden, der in der Nähe sein Zelt hatte, dieser aber verriet die beiden und sie wurden noch in der gleichen Nacht ermordet und ihre Gebeine in einem Wadi verscharrt. Die beiden galten als vermisst und erst nach fünf Jahren und gründlicher Nachforschung gelang es, die Leichen der beiden zu finden und endlich

in vielen Wildwestfilmen sehen kann. Manche liefen mit langen Bärten und Hüten der australischen Armee herum, sie gehörten zu den »Chajot Hanegev«, die später mit auf Jeeps montierten Maschinengewehren Aktionen in arabischen Siedlungen durchführten.

Wir bewachten unseren Stützpunkt und gingen untertags oder nachts auf Patrouille, die uns in die Nähe arabischer Dörfer brachte.

Der jüdische Verkehr zwischen den Siedlungen wurde erheblich gestört und schon Anfang Januar 1948 wurden wir, die wir als britische Hilfspolizisten legal Waffen tragen durften, auf einen offenen Jeep gesetzt und fuhren vor den Karawanen in den Norden nach Rechovot oder Tel Aviv und zurück nach Nir Am. In den arabischen Dörfern wurde auf uns aus nächster Nähe geschossen, aber zunächst hatten wir Glück. Sehr bald sollte sich das ändern.

Tuvia Tenenbom: Eine verzweifelte Liebeserklärung

Von Heike Linde-Lembke

Er lässt kein gutes Haar an der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und an deutschen Journalisten und NGO-Aktivistinnen auch nicht. Mehr als vier Wochen ist Tuvia Tenenbom mit Gruppen, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert wurden, durch Israel, die palästinensischen Autonomie-Gebiete und Jordanien gereist. Was der israelisch-amerikanische Journalist dabei herausfand, hat er in seinem Buch »Allein unter Juden – Eine Entdeckungsreise durch Israel« aufgeschrieben. Sarkastisch. Amüsant. Entlarvend. Das Buch ist jetzt im Suhrkamp-Verlag erschienen.

Tuvia Tenenbom schrieb ein fast schon verzweifelt Plädoyer für Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten und dafür, dass die Europäische Union die Palästinenser und Israelis endlich als mündige Bürger anerkennen und in Ruhe lassen sollen. Es gebe so viele Kriege und Konflikte auf der Welt, warum müssen sich die Europäer ausgerechnet auf das kleine Israel und auf das noch kleinere Palästina konzentrieren.

»Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit diesen Studienreisen den Frieden promoten, sät aber Hass, den Hass auf Juden«, sagte Tenenbom auf dem Podium der ersten Station seiner Lesereise für »Allein unter Juden«, der Schanz-Buchhandlung in Hamburgs angesagtem Randal-Viertel Schanze gleich neben der seit Ende 1989 von Autonomen besetzten Roten Flora, die 1835, als die Schanze noch zu Dänemark gehörte, als Sommertheater gebaut wurde – ein Ort, der verpflichtet.

»Ich bin bewusst mit der Stiftung durch Israel getourt, um zu erfahren, was Angela Merkels Partei so treibt«, eröffnete Tenenbom nach der Lesung aus seinem Buch die Diskussionsrunde. Sein Ergebnis habe er der Stiftung vorgelegt: »Ihr steht nicht für Liebe. Ihr steht für Hass, für den Judenhass.« Die Konrad-Adenauer-Stiftung habe sich »sehr enttäuscht« gezeigt.

Er sei nach 33 Jahren aus den USA nach Israel zurückgekehrt und habe herausgefunden, dass der Nahost-Konflikt nicht

nur zwischen den Palästinensern und Israel, sondern zwischen der Europäischen Union, Palästina und Israel bestehen würde.

»Nr. 1 der Israel-Sponsoren für Frieden ist Deutschland, doch sie sagen offen, dass sie den Israelis Demokratie lehren wollen, deutsche Demokratie, das ist absurd«, sagt Tenenbom. Und liefert auch gleich ein Argument gegen die deutsche Art von Demokratie: Auf einer solchen »Aufklärungs«-Tour für junge Deutsche habe er den Linken-Chef Gregor Gysi getroffen. »Der wollte unparteiisch sein, neben den Palästinensern auch die jüdischen Siedler treffen und das Schweigen zwischen den Parteien brechen«. Tuvia Tenenbom durfte ihn begleiten. Schrieb wieder über seine Erlebnisse und Ergebnisse. Und die waren nicht positiv. Prompt wurde er von der E-Mail-Liste der deutschen Botschaft in Tel Aviv gestrichen. Er protestierte in aller Öffentlichkeit. Das wurde peinlich für die deutsche Botschaft, und seine E-Mail wurde wieder aktiviert. Für drei Wochen. Dann verschwand seine Adresse erneut.

»Diese deutsche Demokratie möchte ich nicht«, sagt der Journalist und fragt in Anspielung auf die Shoah: »Warum erlauben sich ausgerechnet deutsche Parteistiftungen, nach Israel zu gehen und uns Juden Nachhilfe in Demokratie und Menschenrechte geben zu wollen?« Und er gibt gleich die Antwort: »Es geht nur darum, zu beweisen, dass die Juden schlechte Menschen sind.«

Tenenbom prangert auch die Millionen Euro an, mit denen die EU – »also Sie, die Steuerzahler« ruft er in die voll besetzte Buchhandlung – beispielsweise die Al Quds Universität in Abu Dis neben Jerusalem unterstützt. Beispielsweise für einen Wettbewerb der Menschenrechts-Kommission. Der sollte täglich von 8 bis 17 Uhr stattfinden. »Doch niemand wusste, wo der Wettbewerb läuft, niemand hat diese Aktion gefunden, dafür aber Hakenkreuze an den Mauern der Uni«, sagte Tenenbom. Zwei Millionen Euro für die Restaurierung eines Hammams verwendet. »Das ist doch ungeheuerlich!«, ruft Tenenbom ins Auditorium.

Er habe seine Erlebnisse und Erfahrungen, darunter auch entlarvende Gespräche mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Europa, in seinem Buch dokumentiert und mit elektronischen Medien aufgezeichnet. »Jeder hat ein Meinungsrecht, und ich bin eher links eingestellt, doch ich bin für die ursprünglichen Linken, die sich für Arme und Benachteiligte einsetzen«, sagt er voll Leidenschaft. Momentan aber seien die Linken rassistisch.

»Ich schreibe die Fakten in meinem Buch auf«, sagt Tenenbom und fordert, die EU solle den Nahen Osten einfach verlassen. »Vor den Osloer Friedensverträgen, die die israelischen und palästinensischen Gebiete in verschiedene Zonen aufteilen, konnte jeder, ob Jude oder Moslem oder Christ oder ganz etwas anderes, hinfahren, wo er wollte, die Juden aus Jerusalem nach Ramallah, die Palästinenser aus Ramallah nach Tel Aviv, das ist alles vorbei«, sagt er und legt nach: »Statt nach Israel zu fahren und den Israelis zu erzählen, wie sie die Araber behandeln sollen, sollten die Deutschen lieber die Türken in Deutschland besser behandeln.« Dafür gab es spontanen Applaus von seinen Zuhörerinnen und Zuhörern.

Tenenbom prangerte auch die Mär von der Armut der Palästinenser an. Davon gebe es nur fünf Prozent. Doch er habe die Villen der Reichen gesehen, in den palästinensischen Autonomie-Gebieten und in Gaza. »Die sollte ich nicht fotografieren«, sagte er. Hat er aber. Denn Tuvia Tenenbom lässt sich nichts verbieten. Schon gar nicht von Reiseleitern, die einer deutschen Stiftung wie der Konrad-Adenauer-Stiftung nach dem Mund reden.

Und auch nicht von Dschibril ar-Radschub, einem palästinensischen Politiker, der ihm stolz den neuen Reichtum zeigte. In Palästina wurde der Jude Tenenbom denn auch zu »Tobi, der gute Deutsche« und zum Christenmenschen. Denn im Gegensatz zu Juden, israelischen Juden zumal, sind Deutsche beliebt in Palästina, sie bringen Geld und gute Worte, schließlich können sie als Gutmenschen von der eigenen schlechten Geschichte ablenken, vom Holocaust, von der Shoah, und so schließt sich ein fataler Kreis.

Er traf auf seiner Reise durch Nahost Politiker und Bürger aller Seiten, in Israel, Palästina und in Jordanien. Er traf Amos Oz, der gerade in Hamburg mit dem ersten Siegfried-Lenz-Preis ausgezeichnet wurde, er traf Israels Alt-Präsident Schimon Peres und Ex-Botschafter Avi Primor. Und er traf Juden, die sich bezahlen lassen, um auf Juden zu schimpfen,



Tuvia Tenenbom stellt in Hamburg sein neuestes Buch »Allein unter Juden« auf einer Lesereise vor Foto: Heike Linde-Lembke

fen, die israelische Linke und israelische NGOs, die ihre eigene Jüdischkeit mit samt ihrem eigenen Staat bekämpfen.

Er wettet gegen den Film »Five broken cameras«, der für den Oscar nominiert wurde und »israelische Soldaten als Nazis und Palästinenser als Aschenputtel« zeigen würde. Er wettet gegen die eigene Zunft der Journalisten und gegen Medien-Agenturen, weil sie Bilder manipulieren, weil sie nicht Tatsachen transportieren, sondern Meinungen kolportieren. »Ich schreibe die Fakten auf«, sagt Tenenbom.

Tuvia Tenenbom, der sich auf dem Podium hervorragend inszenieren kann, schließlich arbeitet er in New York auch als Theatermacher, und von seiner Ehefrau Isi Tenenbom als Übersetzerin begleitet wird, hält mit seinem neusten Buch den Deutschen den Spiegel vor. Zu sehen sind deutscher Antisemitismus in allen bösen Facetten und deutsche Besserwisserie.

Schon im Vorgänger-Buch »Allein unter Deutschen« zerlegte Tenenbom den deutschen Antisemitismus in seine Bestandteile. Auch das ist sehr amüsant zu lesen, mit vielen Spitzen und hintergründigem Witz. In »Allein unter Juden – Eine Entdeckungsreise durch Israel« fährt er in dieser Tonart fort, mit Texten, die treffen und entlarven, Texte, die Lachsalven hervorrufen, die aber meist rasch im Halse stecken bleiben. Tenenboms Sprache ist provokativ, pointenreich, punktgenau. Sie treffen, bergen sehr viel Diskussionsstoff und viele erhellende Ansichten.

Doch bei aller Wut über den Zustand des politischen und gesellschaftlichen Israels ist sein Buch auch eine Liebeserklärung an das wundervolle Land mit einer wundervollen Landschaft zwischen Mittelmeer und Jordan, Rotem Meer und Syrien. Ein Land, das in ständigem Krieg lebt, einem äußeren, aber zunehmend auch einem inneren Krieg. Ein Land, das Tuvia Tenenbom verzweifelt liebt. Sein Geburtsland.

Erschienen in der Reihe Suhrkamp Nova im Suhrkamp-Insel-Verlag, 474 Seiten, 16,99 Euro.



Tuvia Tenenbom mit seiner Ehefrau Isi Tenenbom

Foto: Heike Linde-Lembke

Die Acht-Staaten-Lösung

Der Nahostforscher und Arabist Mordechai Kedar im Gespräch

Das Interview führte Clemens Heni am 27. November 2014 in Berlin.

JR: Dr. Kedar, können Sie sich den Lesern der Jüdischen Rundschau kurz vorstellen?

MK: Dr. Mordechai Kedar vom Institut für arabische Literatur an der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan, Tel Aviv. Ich unterrichte ebenfalls am Institut für Geschichte des Nahen Ostens. Zudem bin ich Research Associate am Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA) und für weitere Forschungseinrichtungen tätig und bin Mitglied im International Board des Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA).

Da ich Arabisch spreche, werde ich oft von arabischen Medien eingeladen, darüber hinaus verfasse ich eine wöchentliche Kolumne für IsraelNationalNews (Arutz Sheva) in englischer Sprache und schreibe für weitere Websites in Hebräisch und anderen Sprachen, in Italien etwa für *InformazioneCorretta.com*.

Ich will den Nahen Osten darstellen, wie er ist, ohne Träumereien, ohne Tagträume über Dinge, die nicht existieren. Ich bin an der Realität interessiert, und ich weiß nicht, was politische Korrektheit ist. Ich denke, dass politische Korrektheit uns in einem Maß von der Wahrnehmung der Realität abhält, dass Menschen sie ignorieren oder verleugnen, wenn sie Probleme politisch korrekt anzusprechen versuchen.

JR: Sie erklären, Israel ist nicht verantwortlich zu machen für den beklagenswerten Zustand des Nahen Ostens. In Deutschland und Europa dagegen ist die Meinung verbreitet, Israel stehe im Zentrum aller nahöstlichen Konflikte, sei deren Ursache. Weshalb gibt es andere und mehr Probleme als den arabisch-israelischen Konflikt?

MK: Die arabische Welt ist gespalten in Stämme, entlang ethnischer Linien – es gibt Kurden, Araber, die Turk-Völker, Perser –, es gibt verschiedene religiöse Probleme zwischen Muslimen und Christen, Yesiden, wie wir es gegenwärtig erleben, anderen Religionsgemeinschaften, die im Nahen Osten leben, wie Alawiten und Drusen und weiteren. Es gibt Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten, die Muslime sind, und andere religiöse Konflikte. Die meisten dieser Kämpfe begannen vor tausend oder mehreren hundert Jahren, als es Israel noch gar nicht gab. Also kann es für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden. Der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten begann, als der Prophet Mohammed, Friede sei mit ihm, die Augen für immer schloss. Israel ist nicht verantwortlich für die ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Arabern, für Stammens- und Bandenkriege in Libyen, für die Schwierigkeiten in Darfur im Sudan, wo muslimische Araber Muslime in Massen töteten, die keine Araber sind. Israel ist nicht verantwortlich für die Stammeskriege in Jemen, im Irak oder für die hausgemachten Probleme im Iran. Die ewigen ethnischen Streitigkeiten in Afghanistan, Pakistan, Algerien, in

Marokko und im gesamten Nahen Osten gibt es nicht wegen Israel. Diese Auseinandersetzungen werden gespeist aus Differenzen auf lokaler Ebene, und Israel hat mit ihnen allen nichts zu tun.

Aber natürlich hat Israel einigen Streit mit den Palästinensern, oder den sogenannten Palästinensern, die bis vor kurzem noch als Araber galten, als Jordanier oder Süd-Syrer – bis sie als »Volk« erfunden wurden.

JR: Ich habe kürzlich auf Facebook in einem französischen Lexikon aus dem Jahr 1939 eine Landkarte gesehen, auf der es einen Staat mit dem Namen »Palästina« gab, und die Flagge dieses Staates war, was ich interessant finde, die israelische. 1939! Das erinnert daran, dass zu dieser Zeit Juden als Palästinenser galten.

MK: Ja, mein Vater und meine Mutter waren Palästinenser, weil sie in den Tagen des Mandats kamen – mein Vater 1933, meine Mutter 1935, sie kamen aus Polen. Sie waren Palästinenser, alle waren Palästinenser, Araber und Juden zusammen, alle hatten Ausweisungspapiere der Mandatsverwaltung. Sie waren während der Zeit des Krieges in Israel, sonst hätten sie nicht überlebt. Und deshalb gibt es mich heute. Ich bin als Sohn zweier Palästinenser eigentlich ein Teil dieses »neuen« palästinensischen Volkes, doch weil ich Jude bin, denkt niemand in der Welt daran, mich palästinensisch zu nennen. Heute hat dieser Begriff eine andere Bedeutung, wird politisch gegen Israel genutzt. Die heutigen Palästinenser beanspruchen Jerusalem als ihre Hauptstadt, obwohl noch niemand etwas von einem palästinensischen König, Kalif, Emir oder Sultan gehört hat, der in Jerusalem residiert hätte. Selbst historische arabische Bücher kennen Jerusalem nur als jüdische Hauptstadt oder als Zentrum christlicher Kreuzfahrer, doch nichts bringt Jerusalem mit der arabischen oder islamischen Welt in Verbindung. Der palästinensische Anspruch auf Jerusalem ist also völlig aus der Luft gegriffen, er lässt sich weder mit historischen noch anderen Dokumenten belegen. Aber selbstverständlich beanspruchen sie Jerusalem als Teil ihres Krieges gegen Israel, denn sie wissen, dass Jerusalem wichtig ist für die Juden, für Israel. Sie wollen Israel als Staat der Juden, als jüdische Nation zerstören, nur deshalb beanspruchen sie Jerusalem.

JR: Wie reagieren beispielsweise Al Jazeera oder muslimische Journalisten, wenn Sie ihnen erklären, Jerusalem hätte für die islamische Tradition wenig Bedeutung?

MK: Nun, für sie ist es ein Angriff, eine Beleidigung, denn heute gilt es im islamischen Diskurs und unter Palästinensern als Selbstverständlichkeit, dass Jerusalem ihnen gehört. Doch selbst während der jordanischen Besatzung Jerusalems und der Westbank, die von 1948 bis 1967 19 Jahre andauerte, beinahe 7.000 Tage, hatten sie also rund 7.000 Möglichkeiten, einen palästinensischen Staat mit Jerusalem als dessen Hauptstadt zu gründen. Doch sie taten es nicht. Warum? Die Welt

hätte einen solchen Schritt akzeptiert, niemand hätte sich darüber aufgeregt, hätten die Jordanier in der Westbank einen palästinensischen Staat errichtet. Warum haben sie es unterlassen?

JR: Welche Beziehung haben palästinensische wie alle anderen Muslime zu Jerusalem, wie wichtig ist Jerusalem, sagen wir, marokkanischen Muslimen?

MK: Nun, für sunnitische Muslime gilt Jerusalem heute als ihre drittheiligste Stätte, so wird es ihnen in der Schule beigebracht. Das Problem ist nur, dass das so nicht stimmt. Jerusalem war niemals ein essentieller Bestandteil des Islam. Sunnitische Muslime entdeckten es im späten 7. Jahrhundert während einer Rebellion in Mekka, deretwegen sie nicht dorthin pilgern konnten. Also erklärten sie Jerusalem zu einem alternativen Ziel für ihre Pilgerfahrt (Haji). Doch diese Bedeutung hatte Jerusalem nur acht Jahre lang. Und sie haben alle möglichen Überlieferungen verfälscht, behauptet, Mohammed, Friede sei mit ihm, hätte von Jerusalem gesprochen. Doch der Koran erwähnt Jerusalem an keiner einzigen Stelle. Die ganze Geschichte von der Heiligkeit Jerusalems für den Islam ist nicht mehr als ein Gebräu islamischer Legenden. Die Schiiten, nebenbei, haben es nicht geglaubt, glauben nicht daran, weil es von den Sunniten, den Umayyaden erfunden wurde, die damals von Damaskus aus regierten und gegen deren Herrschaft sich die Aufstände in Mekka richteten.

JR: Doch wie kommt es, dass der Iran heute die palästinensische Frage so betont ...

MK: ... oder die Hisballah und bei ihr handelt es sich um Schiiten. Sie wollen damit zeigen, dass sie antizionistisch sind. Doch traditionell haben die Schiiten Jerusalem niemals als heilige Stätte angesehen. Selbst ein sehr bekannter sunnitischer Gelehrter wie Ibn Taimiyya, der im 13. und 14. Jahrhundert in Damaskus gelebt hat, schrieb, dass Jerusalem kein heiliger Ort sei, weil er um die Hintergründe dieser angeblichen Heiligkeit wusste. Er wollte den Islam freihalten von diesem Problem. Und er schrieb ein ganzes Buch, um zu beweisen, dass Jerusalem für den Islam nicht wichtiger ist als jede beliebige andere Stadt mit der Ausnahme Mekkas und Medinas. Die Saudis folgen ihm bis heute, deshalb interessieren sie sich nicht besonders für Jerusalem.

JR: Es gibt in Deutschland viele Islamforscher und Politikwissenschaftler, die sich leidenschaftlich mit Israel beschäftigen. Woher, glauben Sie, kommt diese Leidenschaft, die Obsession dieser und vieler anderer westlicher Wissenschaftler, die sich doch mit dem ganzen Nahen Osten beschäftigen könnten oder sollten? Warum bekommt zum Beispiel der Krieg im Jemen so wenig Aufmerksamkeit?

MK: Heute gibt es einen sehr lautstarken Diskurs um Post-Kolonialismus, der den Kolonialismus für alle möglichen Probleme und Schwierigkeiten im Nahen Osten verantwortlich macht. Was hat Groß-



Dr. Mordechai Kedar Foto: Clemens Heni

britannien angerichtet, Frankreich, die Italiener? Jeder macht – und das nicht einmal ganz ohne Grund – Großbritannien, Frankreich und Italien für alle Probleme im Nahen Osten verantwortlich. Israel wird dabei als Frucht des Kolonialismus betrachtet, denn ohne die britische Unterstützung für die zionistische Bewegung – seit der Balfour-Deklaration 1917 und in den Folgejahren – hätte es kein Israel im Mandatsgebiet gegeben. Deshalb ist es heute sehr einfach, Israel mit Kolonialismus in Verbindung zu bringen. Und besonders wenn man ein Araber ist, ist man gegen Kolonialismus, weil man weiß, was Kolonialismus bedeutet. Pro-israelisch zu sein, steht dazu im Widerspruch. Wie kann man gegen Kolonialismus sein und gleichzeitig Israel unterstützen? Deshalb ist der moderne Diskurs in Medien, der Wissenschaft und der Politik, der gegen Kolonialismus ist, ihn und seine Folgen überwinden und rückgängig machen will, immer nahe daran, Israels Recht auf Existenz, diese Frucht des Kolonialismus, zu verleugnen.

JR: Gleichzeitig sehen diese Wissenschaftler über den Islamismus und all die Grausamkeiten, die er mit sich bringt, hinweg. Sie können den Kolonialismus nicht verantwortlich machen für den heutigen Islamismus und islamistische Ideologie, denn die Islamisten selbst erklären ja, sie würden Mohammeds Lehren aus dem 7. Jahrhundert folgen.

MK: Ja, diese Wissenschaftler behaupten, der Islam besinne sich auf das 7. Jahrhundert, weil die modernen Zeiten den Kolonialismus gebracht hätten. Und der Kolonialismus, darunter versteht man heute Demokratie, ist mit all diesen Staaten wie Großbritannien oder den USA verbunden, die für ein gutes Leben stehen. Sie waren die Kolonialisten. Doch wie kann man sich unter diesen Bedingungen auf ihre Seite schlagen? Das sind ihre Botschaften, und zu ihnen gehört auch der Antisemitismus. Das Vorurteil gegen Israel wird gepflegt, weil Israel als kolonialistisches Projekt gilt. Dazu kommt der Antijudaismus, der aus der Moschee kommt.

JR: ... nicht zu vergessen der Antisemitismus der christlichen Kirchen in Europa und Amerika.

MK: Selbstverständlich.

→ Fortsetzung auf Seite 24

JR: Sie haben eine Vision, wie Sie es nennen, eine »Acht-Staaten-Lösung«. Sie träumen nicht von einer »Zwei-Staaten-«, sondern sie haben einen anderen Vorschlag. Wir hatten in einer früheren Ausgabe der JR ein Interview mit Robert Wistrich, der erklärte, die »Zwei-Staaten-Lösung« sei tot, und als Grund dafür nannte er drei Worte: Ben Gurion Airport. Raketen aus Gaza hatten dafür gesorgt, dass der Flughafen im Sommer 2014 für mehrere Tage nicht mehr angefliegen wurde, dass Israel vom internationalen Personen- und Frachtverkehr abgeschnitten war. Was kann man sich nun unter ihrer »Acht-Staaten-Lösung« vorstellen?

MK: Nun, meine Vision wird – nicht bis ins kleinste Detail, aber sehr tiefgründig – auf der Website *PalestinianEmirates.com* beschrieben: Es geht darum, dass es im Nahen Osten zwei Arten von Staaten gibt, gescheiterte und erfolgreiche Staaten. Die scheiternden oder gescheiterten Staaten sind der Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Sudan, Algerien. Diese Staaten, die als eine Kombination aus einem Konglomerat aus Stämmen, ethnischen und religiöser Gruppen errichtet wurden, haben nie funktioniert. Sie waren gekennzeichnet durch Korruption, Diktatur, weil niemand niemandem vertraut. Gemeinsam ist ihnen, dass sie durch eine Minderheit diktatorisch geführt wurden. Diese Staaten zerfallen jetzt. Auf der anderen Seite haben wir erfolgreiche Staaten, die neun Staaten der Golf-Emirate – unter Ausnahme Bahraïns. Diese neun Staaten sind Kuwait, Katar und die sieben Emirate, die die Vereinigten Arabischen Emirate bilden: Dubai, Abu Dhabi, Umm al-Qaiwain, Fudscheira, Ra's al-Chaima, Schardscha, Adschman.

Diese Staaten sind nicht wegen ihrer Öl-Vorkommen erfolgreich, Dubai hat

kein Öl, sondern weil in ihnen ein einziger Stamm lebt. Wenn man eine konsolidierte und stabile Gesellschaft hat, kann man eine funktionierende politische Arena haben, und darauf kann man eine florierende Ökonomie aufbauen.

Dagegen gibt es kein irakisches, kein syrisches, kein libysches Volk; das sind virtuelle Völker, deren Ethnien, Stämme und andere Gruppierungen keine einigende Idee haben und sich daher bekämpfen. Das gleiche gilt für das palästinensische Volk. Es ist fragmentiert in Stämme und Clans, so dass ein palästinensischer Staat unweigerlich das Schicksal von Staaten wie Irak, Syrien, Sudan oder Jemen teilen würde. Deshalb sollten wir dem Beispiel der erfolgreichen Golf-Staaten folgen und Staaten auf der Basis von Stämmen aufbauen. Das ginge sehr einfach in den Städten in Judäa und Samaria; auf der Website habe ich die Namen der Clans zusammengetragen, die in diesen »Emiraten« regieren könnten.

In meiner Vision gibt es in jeder dieser sieben Städte ein solches »Emirat«, im arabischen Teil von Hebron, in Jericho, Ramallah, Nablus, Jenin, Tulkarem und Qalkilia. Die dünn besiedelten ländlichen Gebiete zwischen ihnen würden zu Israel gehören, um ein zweites Gaza zu verhindern, ein weiteres »Hamastan«, das weite Teile Israels, den Ben Gurion Airport eingeschlossen, bedrohen könnte.

JR: Können Sie sich in diesem Zusammenhang »Palästinensische Vereinigte Emirate« nach dem Vorbild der Vereinigten Arabischen Emirate vorstellen?

MK: Natürlich. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind auf ähnliche Weise vereinigt wie Europa. In Europa gibt es eine gemeinsame Währung, gemeinsame Industriestandards und, vielleicht, einen gemeinsamen Ausweis. Doch die einzel-



Wirklich ein Modell für die Palästinenser? Der Herrscher von Dubai, Mohammed Bin Rashid al-Maktoum (Zweiter von rechts), bei der Vorstellung eines Modells für die weltgrößte »Mall« in Dubai, 6. Juli 2014

nen Nationalstaaten bleiben souverän und unabhängig voneinander. Frankreich ist Frankreich, Deutschland ist Deutschland. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, nicht mehr.

JR: Gibt es eine ökonomische Basis für diese sieben palästinensischen »Emirate«?

MK: Selbstverständlich. Singapur ist ein erfolgreicher Stadtstaat. San Marino, Monaco, worauf gründet ihr Erfolg? Handel. Liechtenstein? Handel. Man kann dort Geschäfte machen wie in Dubai. Dubai hat keine Bodenschätze, Dubai hat nur Sand.

JR: Doch was halten die Palästinenser von dieser Idee? Würden sie sie akzeptieren? Wären sie glücklich über ein unabhängiges Emirat in Nablus oder Ramallah?

MK: Nun, bis jetzt haben sie noch nicht einmal die »Okkupation« von Tel Aviv anerkannt, dieses Teils von »Palästina«, wie sie es nennen. Daher rechne ich nicht mit ihrer begeisterten Zustimmung. Israel muss ihnen diese Lösung aufzwingen, Israel muss ihnen deutlich machen, dass das ihre letzte Chance ist. Die PA, das müssen und werden sie begreifen, ist wie Syrien oder Irak und hat keine Daseinsberechtigung. Die Zukunft liegt in ihren eigenen Händen, nicht bei der PA. Gibt man ihnen die Macht, werden sie die Verantwortung übernehmen.

JR: Herzlichen Dank für dieses Gespräch, Dr. Kedar.

Das Gespräch wurde von Thomas Weidauer übersetzt und aufgeschrieben

REZENSION

Die ewigen Flüchtlinge – die Geschichte des ungelösten Konflikts

Von Elvira Grözinger

Der letzte israelisch-arabische Konflikt, der vom 8. Juli bis zur Waffenruhe am 26. August 2014 dauerte und durch die im Gaza seit 2007 regierende islamistische Terrororganisation Hamas herbeigeführt wurde, lieferte erneut den Beweis für die fatale Auswirkung der Perpetuierung des Flüchtlingsstatus palästinensischer Araber im Gazastreifen auf die Sicherheitslage im Nahen Osten und die Virulenz des Terrors über die Grenzen des Nahostkonflikts hinaus. Für den Wiederaufbau des Gazastreifens bewilligte kürzlich eine internationale Geberkonferenz insgesamt 4,3 Milliarden Dollar. Damit erweist sich Gaza als ein permanenter und explosiver Hort von Unruhe und als ein Fass ohne Boden.

Die amerikanischen Autoren A. Ramirovsky und A. H. Joffe, beide auf den Nahen Osten spezialisierte und ausgewiesene Historiker, haben in dem vorliegenden Buch ein bisher weitgehend unbekanntes Kapitel der ersten Phase des arabisch-israelischen Konflikts anhand von erst kürzlich freigegebenen Dokumenten, darunter auch internen

Berichten, minutiös nachgezeichnet. Die bis heute aktive UN-Organisation UNRWA (United Nations Relief and Works Agency) wurde 1949 ausschließlich zum Zwecke der Hilfe für palästinensische arabische Flüchtlinge geschaffen und ist seit 1950 aktiv. Sie betreut inzwischen ca. 4,6 Millionen Menschen, wobei die Zahl der erstmalig um Hilfe Anstehenden, samt der lokalen Bevölkerung wie den sich in die Lager einschleichenden Beduinen 963.000 betrug. Die Volkszählungen ergaben, z. B. wegen der ad hoc »Adoptionen« von Kindern, stets erheblich höhere Zahlen. Die UNRWA, auch um ihre Position und Pfründe zu sichern, hat das nicht immer wahrheitsgetreue und einseitige Narrativ der Araber wie der antizionistischen israelischen Historiker übernommen und hält diese aufrecht. Die Optionen für die Flüchtlinge – hauptsächlich kleine Bauern – waren, entweder zurück nach Israel repatriert oder in anderen arabischen Staaten angesiedelt und integriert zu werden. Es wurden ihnen deshalb schulische und berufliche Ausbildungsprogramme angeboten. Da die Flüchtlinge jedoch stets an der Option der Rückkehr nach Israel festhielten

und es auf Kosten der Weltgemeinschaft auch weiterhin tun, ist UNRWA ein Instrument der Perpetuierung und künstlichen Aufrechterhaltung der angeblichen »Flüchtlingskrise« geworden. Doch bevor UNRWA das Monopol im Gaza-Streifen erhielt, gab es dort bereits mehrere Versuche anderer Organisationen, das Flüchtlingsproblem zu lösen.

Nach den beiden arabischen Flüchtlingswellen – ab November 1947, nach dem UN-Beschluss zur Teilung Palästinas sowie nach dem Rückzug der britischen Mandatsherren im Mai 1948 mit dem nachfolgenden Angriffskrieg Ägyptens, Transjordanien, Iraks und Syriens auf den soeben gegründeten Staat Israel war eine der NGOs, die nunmehr in Israel und Gaza agierten, das American Friends Service Committee der Quäker (AFSC). Der Schilderung des Engagements dieser Organisation, das bis 1950 dauerte, ist diese Studie gewidmet. Die Quäker waren religiös motiviert, kompromisslos humanitär, pazifistisch und antinationalistisch, nicht frei von Antisemitismus, außerdem etwas weltfremd und naiv, wie z. B. aus der Schilderung des fruchtlosen Treffens ihrer Emissare Pickett und Replogle mit

dem Judenhasser und Hitlerfreund, dem Großmufti von Jerusalem, Haj Amin al-Husseini, im Februar 1948 hervorgeht. Sie hofften vergeblich auf die Aufnahme der palästinensischen Flüchtlinge durch andere arabische Staaten. Vor Ort mussten sie auch feststellen, dass während sie herbeieilten, um »auf den Straßen sterbende Babies« zu retten, die Situation der Flüchtlinge dort viel weniger dramatisch war. Das AFSC hielt daher auch die Berichte über die Verfolgung und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern für übertrieben.

Das Buch zeigt eindrücklich, wie verhängnisvoll die Fehler und Fehleinschätzungen der Vergangenheit sich bis in die Gegenwart auswirken und es bietet eine empfehlenswerte, zuverlässige Quellsammlung für alle, die mit dem Thema befasst sind. Leider fehlt ein Register, der bei der Fülle der Details sehr hilfreich wäre.

Asaf Romirovsky and Alexander H. Joffe, *Religion, Politics, and the Origins of Palestine Refugee Relief*, New York 2013, Palgrave Macmillan, 254 S.

Ein stiller Schlagabtausch im schwedischen Außenministerium

Die Kolumne aus der Washington Times

Von Daniel Pipes,
13. November 2014

Schweden ist wohl aufgrund seiner historisch zusammenhängenden nationalen Einheit (»eine große Familie«), des militaristischen und sozialistischen Erbes, ungehinderter Einwanderung, unerreichter politischer Korrektheit und seines anmaßenden Anspruchs auf den Status einer »moralischen Supermacht« das »europäischste« der Länder Euro-



Arvfurstens Palats, ein königlicher Palast aus dem 18. Jahrhundert, in dem sich seit 1906 das schwedische Außenministerium befindet.

pas. Diese Merkmale machen es für einen amerikanischen Konservativen vielleicht auch zum fremdartigsten aller europäischen Länder.

In diesem Zusammenhang biete ich eine Zusammenfassung und Paraphrase meiner Diskussion mit zwei hochrangigen Mitgliedern der permanenten Bürokratie des schwedischen Außenministeriums während eines kürzlich erfolgten Besuchs in Stockholm an. Unsere freundliche, aber zugespitzte Diskussion konzentrierte sich auf den Nahen Osten, zu dem wir in fast nichts übereinstimmten; ich hätte mich genauso gut im Außenministerium des Sudan oder Syriens befinden können.

Das Folgende enthält die schillernderen der Äußerungen scheinbar nüchterner Beamter, gefolgt von meinen Reaktionen. Zuerst diskutierten wir das iranische Atomprogramm:

1. Das Inspektorensystem im Iran ist das intensivste, das jemals irgendwo aufgestellt wurde; dazu gehören Kameras, die die iranischen Installationen rund um die Uhr beobachten, wir wissen also definitiv, was dort los ist.

Meine Entgegnung: Wie will das schwedische Außenministerium wissen, dass diese Kameras jede einzelne Atomanlage abdecken? Fakt ist, dass weder Stockholm noch sonst eine Hauptstadt irgendeine Vorstellung davon hat, was los ist. Das Programm der Iraner könnte viel weiter fortgeschritten sein, als bekannt ist; in der Tat könnte Teheran sogar Atomwaffen von Nordkorea oder Pakistan gekauft haben.

2. Die Islamische Republik Iran gab ihr Programm zum Bau von Atombomben 2003 auf.

Meine Entgegnung: Die iranische

Regierung selbst hat – wie auch ihr Präsident Hassan Rouhani – darauf hingewiesen, dass sie nie auch nur für einen Augenblick ihr Atomprogramm gestoppt hat.

3. Wenn eine Macht von außen die iranischen Atomanlagen angreift, wäre das kontraproduktiv, weil das dazu führen würde, dass Teheran wirklich böse wird und sich entscheidet die Bombe zu bauen.

Meine Entgegnung: Die Vorstellung, dass die Anlagen anzugreifen die Iranier anspornen würde weiterzumachen, zäumt das Pferd von hinten auf. Man erinnere sich auch daran, dass die Atomprogramme sowohl des Irak als auch Syriens zusammenbrachen, nachdem sie von israelischen Jets angegriffen wurden.

Wir diskutierten auch den arabisch-israelischen Konflikt im Zusammenhang mit der jüngsten Entscheidung der schwedischen Regierung einen Staat »Palästina« anzuerkennen:



Der damalige schwedische Außenminister Carl Bildt und der palästinensische Vertreter Nabil Shaath in Stockholm, 30. Juni 2010

1. Dieser Schritt zielt, so wurde mir gesagt, nicht darauf ab Israel zu bestrafen, sondern diejenigen Palästinenser zu ermutigen, die an der Zweistaatenlösung verzweifeln, die aus einem Israel neben einem Palästina besteht. Als solches ist das nicht feindlich Israel gegenüber (wo Regierung und Bevölkerung die Zweistaatenlösung befürworten), sondern feindlich der Hamas gegenüber (die dieses Resultat ablehnen).

Meine Entgegnung: Die israelische Re-



Die Zentrifugen des Iran, wie sie von der regierungseigenen Nachrichtenagentur gezeigt werden.

gierung und Bevölkerung reagierten sehr negativ auf die schwedische Entscheidung und werden zweifelsohne verärgert sein zu erfahren, dass sie gönnerhaft in der Absicht zu ihrem eigenen Besten getroffen wurde. Im Gegenzug hat die Hamas diesen Schritt gefeiert und andere Regierungen aufgefordert dem Beispiel Stockholms zu folgen, um Israel zu isolieren.

2. Israelische »Siedlungen« in der Westbank (ich ziehe vor sie »Städte« zu nennen) machen die Zweistaatenlösung unmöglich, was es dringend notwendig macht ihren weiteren Ausbau zu verhindern.

Meine Entgegnung: Ich drehe das um und sehe israelische Bautätigkeit als konstruktiven Druck auf die Palästinenser, dass sie es endlich mit der Beendigung des Konflikts ernst meinen. Je länger die Palästinenser das verschleppen, desto weniger Land bleibt übrig.



Dr. Daniel Pipes

keine Falle, sie reagiert auf die Veränderungen auf der israelisch-arabischen Seite im Jahr 2006. Warum sonst hätte Ehud Olmert, damals Israels Premierminister und mit einem den Schweden ähnlichen Eifer, für eine Vereinbarung mit Abbas diese Forderung initiiert?

Dieser völlige Dissens zu Fakten, Interpretationen und Prognosen deutet auf eine enorme und sich immer weiter vergrößernde Kluft zwischen Ländern und Regierungen hin, die auf ähnlichen Werten gegründet sind. Zu einer Zeit, in der die Reihen der Feinde stark zunehmen, hinterlässt mich die Tatsache, dass Leute, die realistisch und freundlich sein sollten, den Dunst der Fantasie vorziehen, entmutigt zurück. Welche Katastrophe wird nötig sein, damit die Schweden aufwachen – angefangen bei ihren geschätzten außenpolitischen Funktionären?



Die Fatah begrüßt den palästinensischen Auto-Jihad in einer Karikatur, die ein Auto in Form des Felsendoms zeigt, mit den Worten »In Jerusalem werden Israelis bei Operationen getötet, in denen sie mit Autos überfahren werden«.

3. Die vielen Äußerungen und Poster, mit denen die Fatah den »Auto-Jihad« begrüßt, sind unwichtig, weil die Fatah nicht die offizielle palästinensische »Regierung« ist. Das schwedische Außenministerium befasst sich also nicht mit dieser mörderischen Hetze.

Meine Entgegnung: Fatah, die PLO und die Palästinensische Autonomiebehörde sind drei Namen für dieselbe Instanz. Eine legalistische Unterscheidung zwischen ihnen zu treffen, erlaubt es Mahmud Abbas, als Kopf aller dreier, mit Mord davon zu kommen.

4. Die Forderung, dass die Palästinenser Israel als jüdischen Staat anerkennen müssen, ist für Abbas eine Falle, denn dieser kann das wegen der vielen in Israel lebenden Araber nicht machen.

Meine Entgegnung: Israel nicht als jüdischen Staat anzuerkennen bedeutet das gesamte zionistische Projekt abzulehnen. Diese Forderung ist auch

Das englische Original dieses Textes erschien am 14. November 2014 in der Washington Times. Daniel Pipes (www.DanielPipes.org) ist Präsident des Middle East Forum in Philadelphia © 2014 by Daniel Pipes. Alle Rechte vorbehalten; Übersetzung von Herbert Eiteneier, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Antisemiten, Wirrköpfe, rechte und linke Israel-Hasser von Oktober bis November 2014

Von Anton Maegerle

- Am 15. Oktober, dem 150. Verhandlungstag gegen die neonazistische Terrorbande Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) vor dem Münchner Oberlandesgericht, wurde thematisiert, dass der damals 19-jährige Uwe Böhnhardt im April 1996 auf einer Autobahnbrücke nahe Jena einen antisemitisch motivierten Puppentorso aufgehängt hat. Auf der Puppe waren Davidsterne mit der Aufschrift »Jude« aufgenäht. Die Figur war mit einem Karton verkabelt auf dem »Vorsicht Bombe« stand. Die Polizei beschoss den vermeintlichen Sprengkörper mit Wasserwerfern, um ihn zu zerstören. Die Autobahn musste dazu drei Stunden gesperrt werden.
- Der 70-jährige Dirk Helms, einer von zwei Sprechern des schleswig-holsteinischen Kreisverbandes Stormarn der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD), führte am 16. Oktober in einem Vortrag in Stockelsdorf (Kreis Ostholstein) aus, dass im Konzentrationslager Dachau erst im Nachhinein von den Alliierten Gaskammern eingerichtet worden seien – um zu täuschen. Die Alliierten hätten eine »erbarmungslose Propaganda« betrieben. Außerdem sei der Beginn des Zweiten Weltkrieges entgegen der Forschungsmeinung nicht von Hitler geplant gewesen. Die AfD-Veranstaltung trug den Titel: »Deutsche Selbstwahrnehmung«. Der Kreisverband Stormarn ist mit 110 Mitgliedern der zahlenmäßig stärkste der AfD in Schleswig-Holstein.
- Beim Fußballspiel zwischen dem Fußballverein Waldhof Mannheim gegen Kickers Offenbach am 19. Oktober im hessischen Offenbach brüllten Hooligans des SV Waldhof von der Tribüne Richtung Gegner: »Judenschweine, Judenpack«. Anhänger des SV Waldhof ist der bundesweit bekannte Neonazi-Hooligan Christian Hehl, Stadtrat der NPD im Mannheimer Gemeinderat.
- Albrecht Fürst zu Castell-Castell, Ehrensenator der Universität Würzburg, hat Teilen des deutschen Adels eine antisemitische Haltung vorgeworfen. Auf dem Dekanatskirchentag des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirks Lohr am Main in Gemünden (Landkreis Main-Spessart) am 19. Oktober forderte er die Aufarbeitung der Vorgänge in der NS-Zeit. Auf Anfrage des Bayerischen Rundfunks fügte er hinzu, man höre den Antisemitismus in Bemerkungen und Einstellungen. Das sei ein Problem der gesamten christlichen Gesellschaft, auch heute noch. »Es geht nicht immer nur um einen aktiven, einen kämpferisch militanten Antisemitismus. Es geht auch um mangelnde Anerkennung und Zuneigung.«

- Die israelische Marine will zwei neue Korvetten aus deutscher Produktion kaufen. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt die israelische Ausrüstung mit 300 Millionen Euro. Den Rüstungsdeal kommentierte das rechtsextreme Internetportal »Altermedia« mit den Worten: »Und wieder wird diese kleine atomare Schurkenstaat mittels enormer deutscher Steuergelder weiter aufgerüstet.« Weiter wurde gehetzt: »Für unsere eigenen Rentner ist kein Geld vorhanden, aber ein aggressiver Schurkenstaat wird von der BRD dermaßen bezuschusst. Es ist eine Schande und ein Skandal.« (Fehler im Original)
- Im Oktober antwortete die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage

Schießübung auf den in der Anzeige dargestellten Bauern schießen muss. Darauf erwiderte der Soldat sinngemäß: »Keine Ahnung, vielleicht ist er Jude«. Am 30. September 2013 sagte ein Soldat in der Kaserne im baden-württembergischen Hardheim, »dass das Elend in Deutschland mit den Geldjuden zusammenhänge und es den Holocaust nie gegeben hätte (...) Ich bin davon überzeugt, dass keine 6 Millionen Juden in Vernichtungslagern ums Leben gekommen sind (...) Den Holocaust hat es nie gegeben.« Am 23. Oktober 2013 gab ein Soldat in einer Hamburger Kaserne kund: »Wir haben noch zu wenig Juden vergast, es seien immerhin noch welche übrig.«

deutschsprachigen Autoren der Gegenwart gilt, aus: Die Verantwortung der Deutschen für den Völkermord an den Juden werde »auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen«, deren »Boden vereinnahmt« und deren »Dörfer plattgemacht« würden von Israel, einem »unkontrollierten Atomstaat, so unkontrolliert wie Pakistan.«

- Die Staatsanwaltschaft Cottbus ermittelt gegen den AfD-Kreisvorsitzenden Jan-Ulrich Weiß aus der Uckermark wegen einer antisemitischen Karikatur. Gegen den 39-Jährigen besteht der Verdacht der Volksverhetzung. Weiß hatte die Karikatur auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht.
- Mitglieder der Neonazi-Partei »Die



AfD-Spitzenkandidatin in Sachsen Frauke Petry am 25. August 2014 auf einer Wahlkundgebung in Dresden

der Partei »Die Linke« zum Thema »Umgang der Bundeswehr mit Neonazis in ihren Reihen«. Aufgelistet sind in der Antwort Meldungen über rechtsextreme Betätigungen von Soldaten in den Jahren 2012/13. Auch antisemitische Vorkommnisse wurden erfasst. Hier eine Auswahl: Am 3. August 2012 tätigte ein Soldat vor anderen in der Kaserne im niedersächsischen Luttmersen: »Das schaut aus, als wäre das der Weg zur Gaskammer«, als ein Kamerad syrisch/libanesischer Herkunft einen langen Flur entlang lief.« Am 17. August wurde ein Beschuldigter in der Kaserne im rheinland-pfälzischen Germersheim während einer Schießausbildung durch einen in der Laufbahn der Mannschaften befindlichen Soldaten befragt, warum man bei der

- Am Abend des 1. November hat eine Gruppe Jugendlicher einen 37-jährigen US-amerikanischen Touristen im Kölner Hauptbahnhof ausgeraubt und als »jüdischen Bastard« beschimpft. Das Opfer trug einen Davidstern an seiner Halskette.
- In der Nacht zum 2. November wurde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau das historische Tor mit dem Schriftzug »Arbeit macht frei« gestohlen.
- Anfang November diskutierten Literaturnobelpreisträger Günter Grass und der Sozialphilosoph Oskar Negt bei einem Intellektuellengipfel an der Universität Hannover. Grass polterte, als es um sein umstrittenes Israel-Gedicht ging; der Antisemitismus-Vorwurf sei »wohlfeil«. Weiter führte Grass, der als einer der bedeutendsten

Rechte«, einer NPD-Abspaltung, stürten am 9. November in Dortmund-Dorstfeld eine Versammlung am jüdischen Mahnmal. Skandiert wurden Parolen wie »Nie wieder Israel« und »Wer gedenkt den deutschen Opfern?«. In der Nähe des Kundgebungsortes hatten die Neonazis Wecker versteckt.

- Ebenfalls am 9. November sollte auf Einladung von Bundestagsabgeordneten der Partei »Die Linke« um Inge Höger und Annette Groth eine Veranstaltung über die »Kriegsverbrechen Israels« in der Berliner Volksbühne stattfinden. Nach Interventionen, unter anderem von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke), wurde die Veranstaltung von der Leitung der Volksbühne abgesagt. Die Israel-Hasser Max Blumenthal (USA) und der



Max Blumenthal kam 2013 auf die Liste der zehn »übelsten antisemitischen Verleumder« des Simon Wiesenthal Centers aus Los Angeles. Er vergleicht Israel mit Nazi-Deutschland, das ist eine typische Form des heutigen Antisemitismus

in Israel lebende kanadische Publizist David Sheen sprachen dann zunächst im Freien und später in einem Cafe über »Rassismus« der israelischen Gesellschaft. Blumenthal vergleicht Israel mit Vorliebe mit dem Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) und NS-Deutschland. Seine NS-Vergleiche (»Judäo-Nazis«) zählte das Simon-Wiesenthal-Center 2013 zu den zehn schlimmsten anti-israelischen und antisemitischen Verunglimpfungen des Jahres. Sheen beschuldigt Israel, einen Völkermord an den Palästinensern zu propagieren. Eine Konferenz mit den Israel-Hassern im Bundestag am

view mit »Stimme Russlands«, einer staatlichen Rundfunkgesellschaft Russland, hatte Höger am 3. November »allen Bundesregierungen« vorgeworfen, »sich zum Vasallen der israelischen Politik gemacht« zu haben. Die Antikapitalistische Linke (AKL), eine politische Strömung in der Partei Die Linke, die sich als »Brückenglied zwischen der Partei und den außerparlamentarischen Bewegungen« definiert, solidarisierte sich in einem einstimmigen Beschluss mit Höger und Groth: »Die Linke ist angetreten, die Interessen der abhängig Beschäftigten und Benachteiligten zu vertreten und konsequent gegen Krieg und Unterdrückung zu kämpfen: Dafür ist es notwendig, Unrecht immer beim Namen zu nennen.«

- Eine provokative Anfrage namens »Jüdische Mitbürger in Dortmund« stellte die Neonazi-Partei »Die Rechte« bei einer Sitzung des Rates der nordrhein-westfälischen Stadt Dortmund am 13. November. »Wieviele Menschen jüdischen Glaubens sind aktuell in Dortmund bekannt? Liegen der Stadt Dortmund offizielle Zahlen vor, werden die Gläubigen registriert?« und »Ist es möglich, die

zwischen 1933 und 1945 ermordet wurden. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) nannte die Anfrage eine »antisemitische Nazi-Provokation« und betonte: »Das müssen wir im Keim ersticken«. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sprach von abscheulichem und perfidem Antisemitismus. »Die Rechte« hat seit der Kommunalwahl 2014 in Dortmund einen Ratsitz. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) will die Neonazi-Partei verbieten lassen und sammelt Material für einen Verbotsantrag. Der Informatikstudent Giemsch war Führungskader der im August 2012 verbotenen Neonazi-Truppe »Nationaler Widerstand Dortmund« (NWDO). Giemsch solidarisiert sich »mit dem Freiheitskampf des palästinensischen Volkes.« Nach seiner Anfrage betonte Giemsch, dass er »bereits mehrfach auf Veranstaltungen gegen die Völkerrechtsverbrechen des israelischen Staates Stellung bezogen habe«.

- Ein Gericht in der ägyptischen Hauptstadt Kairo hat im November drei Deutsche in Abwesenheit zu fünf Jahren Haft für den Diebstahl von Teilen aus der Cheops-Pyramide verurteilt.

ideologischer Bücher bekannt. Erdmann ist einer derjenigen Publizisten, die in der eigentlich unpolitischen Esoterik antisemitische Argumentationsmuster salonfähig gemacht haben. Vehikel der rechtsextremen Esoteriker vom Schlage Erdmanns sind die so genannten »Protokolle der Weisen von Zion«, eine antisemitische Fälschung aus den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts. Darin ist angeblich der Plan einer umfassenden Verschwörung zur Eroberung der Welt durch den »Weltbund der Freimaurer und Weisen von Zion« niedergelegt. Als Beleg für die These einer angestrebten »Neuen Weltordnung« werden auch bei Erdmann die »Protokolle der Weisen von Zion« genannt: »Die Protokolle, die Hauptthesen, wenn man so will, wurden bereits zu großen Teilen umgesetzt – das ist unzweifelhaft!«, verkündet Erdmann. Weiter gibt er in seinem 2003 erschienenen doppelbändigen Buch »Banken, Brot und Bomben« kund: »Die Presse wird den Protokollen entsprechend fast vollständig von der unsichtbaren Weltregierung gesteuert und bombardiert die Völker ständig mit einer Mischung aus Irrtum, Lüge und Heuchelei. Zur Aufrechterhaltung der Diktatur in den westlichen Demokratien ist es demnach notwendig, die Völker so lange mit Lügen zu bearbeiten, bis sie diese Lügen für Wahrheiten halten.«

- Kati Grund, Erfurter Landtagsabgeordnete der thüringischen Linken, hat im November einen antisemitischen Drohbrief erhalten. Der Brief, der ursprünglich an ihre veraltete Privatadresse gerichtet war, wurde der Parlamentarierin über die Hauspost des Thüringer Landtags zugestellt. Das Schreiben mit der Überschrift »dead or alive« enthält ein Foto von ihr und setzt ein Kopfgeld aus. Im Steckbrief wird die Abgeordnete als »Esther Sarah Grund« bezeichnet.

- Noch in diesem Jahr will der US-amerikanische Rassist David Duke, vormals Abgeordneter des Repräsentantenhauses von Louisiana und Grand Wizard (großer Drache) der »Knights of the Ku Klux Klan«, sein Buch »The Illustrated Protocols of Zion« beenden. Das Machwerk soll ein bebildertes Reprint der »Protokolle der Weisen von Zion« werden. Duke legt Wert auf die Feststellung, dass sein Buch nicht einfach eine weitere Veröffentlichung der »Protokolle« sei, sondern die tägliche Übermacht der Juden in den Medien, Finanzen und der Kontrolle der Regierungen dokumentieren soll. Auch ein weiteres Buchprojekt mit dem Titel »The Zionist Conspiracy« will Duke noch in diesem Jahr abschließen. Darin wähnt Duke die Wissenschaft, Medien, Politik und die internationalen Finanzströme in den Händen »der Juden«. Seiner antisemitischen Anhängerschaft gibt Duke kund, dass er eine große politische Bewegung schaffen will, die für die Freiheit gegen »diese Tyrannen« aufstehen will. Im August 2002 trat Duke neben dem damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt beim 2. Pressefest der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« in der Nähe von Hannover als Redner auf.



Matthias Jochheim, Annette Groth, Norman Paech, Inge Höger und Nade el Sakka von der Palästinensischen Gemeinde in Deutschland (v. l. n. r.) nach der Rückkehr von Höger, Groth und Paech vom Schiff Mavi Marmara, am 1. Juni 2010

Folgetag, ebenfalls von Abgeordneten um Höger und Groth organisiert, stoppte Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Daraufhin wurde Gysi im Paul-Löbe-Haus, in dem sich die Abgeordnetenbüros befinden, von den antisemitischen Publizisten Blumenthal und Sheen bis auf die Toilette verfolgt, um ihn zur Rede zu stellen. Mehrere Personen filmten die Jagd. Sheen stellte das Video ins Internet. Zutritt in die Räume des Parlaments hatten Blumenthal und Sheen durch Höger und Groth erhalten. Die Links-Politikerinnen Höger und Groth waren 2010 an Bord einer türkischen Hilfsflotte für die im Gaza-Streifen herrschende Terrororganisation Hamas. An Bord waren nachweislich auch Islamisten. In einem Rundfunkinter-

Zahl der Menschen jüdischen Glaubens nach Stadtbezirken aufzugliedern?«, wollte der Ratsherr Dennis Giemsch, zugleich beratendes Mitglied in der Dortmunder Bezirksvertretung Innenstadt-West, wissen. Die Information sei für die politische Arbeit seiner Partei »relevant«, so der Neonazi. Die Fragestellung hat eine finanzpolitische Zielrichtung: »Wenn sich durch die entsprechende Anfrage nun herausstellen sollte, dass bestimmte Glaubensrichtungen bei der Vergabe städtischer Gelder bevorzugt werden (...), dann ist es eine Frage der Gerechtigkeit, diese Mittelvergabe zu korrigieren«, so die Neonazi-Partei. Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau entgegnete in der Ratssitzung, dass 2.078 Juden aus Dortmund

Auch in der Bundesrepublik gibt es einen Strafbefehl wegen Diebstahls und Sachbeschädigung gegen die Täter. Die Männer sollen im April 2013 in für die Öffentlichkeit gesperrten Nebenräumen oberhalb der königlichen Grabkammer der Cheops-Pyramide mit einem Metallwerkzeug Farbreste und Gesteinsproben abgekratzt haben. Einer der Männer dokumentierte das illegale Vorgehen per Video und stellte den Film »Das Cheops-Projekt« später auf der Internetplattform Youtube. Die Hobby-Archäologen wollen beweisen, »dass die Pyramiden ein Vermächtnis einer uralten Zivilisation sind – den Atlantern«. Einer dieser Hobby-Forscher ist Stefan Erdmann. Der gelernte Heilerzieher ist hinlänglich als Autor verschwörungs-

Eine jüdische Wertheriade

Erinnerung an Ludwig Jacobowski und seinen Roman *Werther, der Jude*

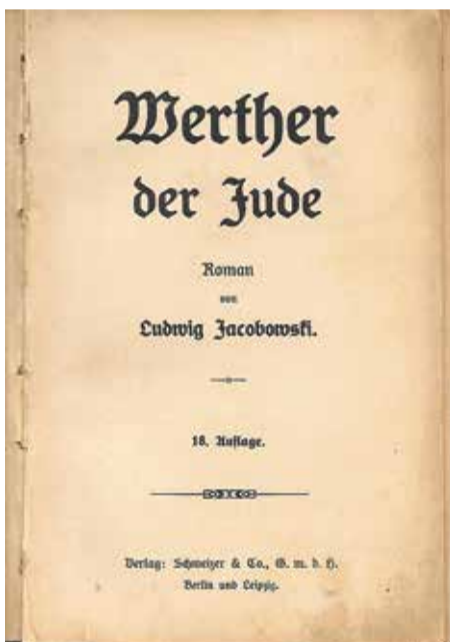
»Durch die Zeit wurde allmählich sein Schmerz entwickelt, nicht entkräftet.«

Jean Paul, Titan

Von Ralf Frodermann

Als im Jahr 1892 die ein wenig holprig daherkommende Goethe Adaption Ludwig Jacobowskis (1868–1900), *Werther, der Jude*, erschien, lag Theodor Lessings kämpferische Abhandlung *Der jüdische Selbsthass* noch in einer fernen Zukunft.

1930 erst sollten die sechs »Lebensgeschichten« Lessings – komponiert nach dem architektonischen Muster einer Synagoge, mit den Kapiteln »Vorhalle« und »Kuppel« – über Otto Weininger, Paul Ree, Karl Kraus, Arthur Trebitsch, Maximilian Harden und Max Steiner erscheinen, denen Jacobowski ein früher Bruder im Geist war.



Sein kolportagehafter Studentenroman *Werther, der Jude*, der an nicht wenigen Stellen von den Kitschtinkturen der fast gleichaltrigen Courths-Mahler mehr als nur gebeizt zu sein scheint, gehört in den Umkreis volkauflärerischer Schrifttums der vorletzten Jahrhundertwende.

In der uns vorliegenden 18. Auflage des Romans werden derartige Elaborate »moderne Sittlichkeitsschriften« genannt, und beworben werden im Waschzettel- und Reklamebezirk etwa Titel wie *Ein einziger Mann. Psychologische Studie über Ehebruch der Frau in den höheren Ständen, Aus den Erinnerungsblättern eines Typewriting-Girls, Handschuhmoral oder Die Germanisierung der Frauenkleidung*.

Der jüdische Werther heißt in Ja-

cobowskis Roman Leo Wolf, seine Lotte trägt den Namen Lene.

Im Duktus von Hermann Hesses *Unterm Rad* oder Thomas Manns *Tonio Kröger* wird die Geschichte des jüdischen Außenseiters Leo Wolf erzählt.

Es ist die verzweifelte Geschichte eines jungen, um Anerkennung kämpfenden Studenten »mosaischen Glaubens«, wie man politisch korrekt zu sagen sich angewöhnt hatte, im Berlin der frühen wilhelminischen Jahre. Naturalistisches Arsenal versteht sich da von selbst: das »gefallene Mädchen« begegnet dem Leser so gut wie der als gleichermaßen viril, geschäftstüchtig und zwielichtig geltende jüdische Kaufmann. Alle antisemitischen Ressentiments bilden einen grauen Reigen um den jüdischen Werther, der, wie sein klassisches Vorbild, an der Prosa einer Welt, der die fortwährende Reparatur ihrer Lebenslügen immer wichtiger war als deren Abschaffung, allmählich zerbricht.

»Nur das eine Gefühl besaß er klar und deutlich: eine furchtbare Angst vor der Zukunft.« (*Werther der Jude*, Viertes Buch)

Jacobowskis Rekurs auf Goethes *Die Leiden des jungen Werthers*, seine Reformulierung des Außenseitermotivs im personellen Tableau des Sturm-und-Drang-Geniestreichs des jungen Goethe dürfte in ihrer bildungsbürgerlichen Bemühtheit bereits sein damaliges Lesepublikum kaum als sehr überzeugend empfunden haben, hier und da vielleicht eher noch als Usurpation typologischer Heiligtümer, etwa in der von nationalem Übermut durchwirkten Lebenswelt eines Diederich Heßlings, Heinrich Manns *Untertan*.

Juden stand man zumeist im kaiserlichen Deutschland eher reserviert gegenüber, ihrem Weltschmerz aber, verstanden sie es denn, ihm nur gefühlsselligen Ausdruck zu geben, worauf ein professioneller Autor wie Jacobowski sich glänzend verstand, lauschte man in weiten Kreisen mit wohligen Grauen nur allzu gern.

Antisemitismus, seine Geschichte, soziale Klimatologie und barbarische Funktionsweise ist, von Eva Reichmann zu Robert Wistrich, von Adorno, Sartre, Jean Améry und Hans Mayer, von Theodor Mommsens *Auch ein Wort über unser Judentum*, von der *Judenbuche* der Droste und Ricarda Huchs *Das Judengrab*, von Schnitzlers Professor Bernhardt und Friedrich Wolfs *Professor Mamlock*, von der Geschichtswissenschaft wie von verschiedenen Sozialwissenschaften, von der Linguistik und diversen anderen Diszipli-

nen gründlich erkundet worden und kann unter keinen Umständen mehr als terra incognita wissenschaftlicher Anstrengung, sondern, im Gegenteil, als sehr erschöpfend erforscht gelten.

Mit der wissenschaftlichen Erledigung ist aber noch wenig gewonnen, ist es doch nur ein alter Aufklärungskinderglaube, dass die szientifische Welterklärung zur Meliorisierung der Menschenwelt beitragen müsse, etwa, und vor allem anderen nach dem Holocaust, zur endgültigen Abschaffung des Antisemitismus und den Bedingungen seines Fortlebens.

Antisemitismuskritik, die sich u.a. im Anschluss an Marx' Gesellschaftsanalyse und Freuds »Unbehagen in der Kultur« gebildet hatte, kam zu dem Schluss, dass die prinzipielle Nichtabschaffbarkeit antisemitischer Impulse in der auf Tausch beruhenden, warenproduzierenden Gesellschaft eher zu begründen sei als deren immer bloß zu postuliertes Gegenteil:

»Der Antisemitismus rührt zum Teil daher, dass trotz Feudalismus und Sklavenwirtschaft die europäische Zivilisation – wie wahrscheinlich die anderen auch – auf dem Geschäft beruhte. Die Juden als die ältesten Vertreter der Kultur in der christlichen Welt werden als Zeugen des Tatbestandes erfahren, den man verkörpert und nicht wahrhaben will... Ihre Existenz, wie sehr sie sich im Einzelnen widerspricht, weist in eine Gesellschaft von Freien und Gleichen, aber nicht zur Volksgemeinschaft.« (Max Horkheimer, *Verhasstes Spiegelbild*, in: Notizen 1950–1969 und: *Dämmerung, Notizen in Deutschland*. Frankfurt a.M. 1974, S. 101)

Werther der Jude war der Versuch der Volksaufklärung in der Form des Groschenromans; die Quest, die Abenteuer und das Scheitern seines Protagonisten, ist zwar in die dem damaligen Publikum noch vertraute Bildungsmatrix eingewoben – Goethes *Werther* –, wirkt aber nur noch wie eine müde Konzession an den bildungsbeflissenen Angestellten und seine für solchen Plunder schon kein Verständnis mehr aufbringende, resolutere Gattin. Die kann sich auch ohnedies an dem studentischen Rührstück Jacobowskis delectieren und schadlos halten; beiden blieb es unbenommen, sich nach der Lektüre für über den Antisemitismus nunmehr aufgeklärte Antisemiten halten zu dürfen.

Die Grenzen der Aufklärung waren noch nicht präzise vermessen und so konnte sich der Optimismus Jacobowskis in publizistischen Feldzügen gegen einen sich, wie dezent auch immer, camouf-

lierenden Antisemitismus entladen und energisch wenden. In diesem Sog ist auch seine Wertheriade zu situieren.

Jacobowskis Mitgliedschaft im *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* war die logische Folge seines unermüdlichen publizistischen Engagements gegen den antisemitischen Wahn, für dessen subkutane Spuren und fast unmerklichen Obertöne er das empfindlichste Organ gehabt haben muss; keineswegs nur und auch nicht hauptsächlich als Romancier, als den wir ihn an dieser Stelle in Erinnerung zu bringen suchen.

Dem in sämtlichen sozialen Bereichen seiner Zeit allgegenwärtigen Darwinismus trug Jacobowski Rechnung mit seiner Studie »Die Anfänge der Poesie: Grundlegung zu einer realistischen Entwicklungsgeschichte (sic!) der Poesie«, erschienen im Jahr 1890 und kurioserweise 2009 in England, doch im deutschen Original wieder aufgelegt.

Noch kurioser mag anmuten, dass eine niederländische Übersetzung – *Werther, de Jood. Roman* – 2012 bei Nabu Press erschien.

Jacobowskis quasi-kriminologische Studie *Der Juden Anteil am Verbrechen* erschien 1892; Gedichte, Erzählungen und Theaterarbeiten folgten.

Seine überbordende Produktivität als vielseitiger Anwalt und entschlossener Fürsprecher eines selbstbewussten jüdischen Geistes jener Tage wurde durch seinen frühen Tod am 2. Dezember 1900 ein Ende gemacht.

Sein »Max Brod« war niemand anderer als Rudolf Steiner.

Der heutigen Unbekanntheit seines Werks vermochte dieser apokryphe Umstand allerdings nicht abzuwehren: auch in den Waldorfschulen kennt man Ludwig Jacobowski nicht mehr.

Ludwig Jacobowski:

Gesammelte Werke in einem Band. Jubiläumsausgabe zum 100. Todestag – Romane, Erzählungen, Lyrik, Dramatik. Kritische, essayistische und poetologische Schriften. Mit einer umfassenden Bibliographie der Primär- und Sekundärliteratur, hg. v. Alexander Müller und Michael M. Schardt, Oldenburg, 2000 (vergriffen)

Zum Genre der »Wertheriade«: Karin Vorderstemann: »Ausgelitten hast du – ausgerungen...« Lyrische Wertheriaden im 18. und 19. Jahrhundert, Heidelberg 2007

Ein unkonventioneller Orthodoxer

Künstlergespräch mit Moran Haynal

JR: Die ersten Assoziationen beim Kennenlernen von Moran Haynal für dieses Interview waren: Sehr feine Pinsel, Gänsefedern, Hardrock und Kippa. Moran Haynal wurde in Budapest geboren. Er verbrachte einen Teil seiner Kindheit in Berlin, studierte auf der Akademie der Bildenden Künste in Wien, dann Massen-

kommunikation in Budapest und wanderte rechtzeitig nach Israel aus, um nicht den ersten Golfkrieg zu verpassen. Er lebt und arbeitet derzeit in München, wohin er der Liebe wegen zog. In der Kunstszene ist er ein Geheimtipp, da seine Arbeiten neue Facetten in der Malerei und Kalligrafie gesetzt haben. Moran ist auch – was man

ihm nicht ansieht – Sofer. Sein Äußeres entspricht in keiner Weise den Vorstellungen von ultrafrommen Thoraschreibern mit wehenden Pajess und schwarzer Kluft. Er trägt Jeans und T-Shirts mit wilden Aufdrucken, die er teilweise selbst gestaltet hat und die Kippa kontrastiert mit dem zu einem Zopf geflochtenen silbernen Haar.

JR: Moran, wie bist du zu Kalligrafie und Sofrut gekommen?

MH: An der Akademie in Wien gehörte Kalligrafie zu den Pflichtfächern. Ich habe es gehasst und für völlig überflüssig gehalten. Mein Vater ist insgeheim für mich eingesprungen und hat für mich Arbeiten, auch bei Prüfungen geschrieben.



Die Veränderung kam, als ich ungefähr Ende der siebziger Jahre begann, Hebräisch zu lernen und mich dabei auch mit den verschiedenen Möglichkeiten, die Buchstaben zu gestalten, auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie ich mein Hebräisch vertiefte, vertiefte sich auch meine Inspiration und nahm immer mehr Platz in meinen künstlerischen und grafischen Arbeiten ein.

Ein Bild aus dieser Zeit befindet sich in der Sammlung des Museums in Auschwitz. Das erworbene Wissen hat mir dann sehr geholfen bei der Eingliederung in das israelische Leben. In Tel Aviv wohnten wir in dem Einwanderungszentrum im Stadtteil Ramat Aviv. Jede Nacht ertönten die Sirenen, die Raketen des Golfkriegs flogen über das Haus. Wir mussten die Schutzräume aufsuchen und trugen dort stundenlang Gasmasken. Tagsüber habe ich Hebräisch gelernt und künstlerisch gearbeitet. In dieser Zeit habe ich sehr viele Aufträge erhalten, von staatlichen Organisationen, wie dem Büro des Ministerpräsidenten, bis hin zu religiösen Organisationen. Alles lief sehr gut, bis zur zweiten Intifada. Dann kam ein Bruch: Künstlerische Arbeiten waren in dieser Zeit nicht mehr so gefragt.

JR: Wie hast du dich auf die veränderte Situation eingestellt?

MH: Ich ging in die biblische Stadt Beth



El, einem der Zentren koscheren Schreibens. um Sofrut zu lernen. Thora- und Mesusaschreiben ist immer gefragt. Dieser Schritt war mit einer enormen Umstellung verbunden. Nicht jeder darf Sofrut lernen. Es gab eine schwere Aufnahmeprüfung durch den leitenden Rabbiner. Dabei spielt nicht nur die fachliche Seite eine wichtige Rolle, sondern auch das Wissen über die heiligen Texte und die observante Lebensführung.

Erst nach etwa drei Jahren bekam ich die Erlaubnis selbstständig zu arbeiten.

Ich musste mich dann daran gewöhnen, statt, wie bisher mit Metallfedern auf Papier, jetzt mit selbst gefertigten Gänsefedern auf Tierhaut zu schreiben. Ich musste mich auch daran gewöhnen, dass es dabei keine künstlerische Freiheit gibt, da die Darstellung jedes einzelnen Buchstaben an viele Gesetze und Vorschriften gebunden ist.

JR: Wie bist du dann zu diesen aufsehenerregenden großen kalligrafischen Arbeiten gekommen, die Texte aus verschiedenen biblischen Büchern beinhalten?

MH: Es hat mich immer fasziniert und beschäftigt, wie die Kodexschreiber der früheren Zeiten das Verbot des Bilderzeichnens umgangen haben. Sie haben, statt zu zeichnen, die Bilder geschrieben. Am Anfang habe ich mit kleineren Formaten experimentiert. Die erste großformatige Arbeit war das Hohelied, eine Kombination von Schrift und Zeichnung. Daraus entstand dann die Idee zu einer Reihe von großformatigen kalligrafischen Arbeiten um die Heldinnen der Bibel, wie Judith, Esther, Ruth und Shoshanna. Das sind 180x160 cm große Blätter und jedes Blatt beinhaltet den kompletten Text des entsprechenden Buchs.

JR: Du sitzt mit einem großen Kopfhörer, aus dem schwere Rockmusik dröhnt, vor der Staffelei und gestaltest Werke auf riesigen Leinwänden mit feinen, dünnen Pinseln, mit höchster Sorgfalt und Genauigkeit, in regelmäßiger, freiwilliger Selbstverpflichtung und mit der Demut eines Gobelinwebers. Wie vereinbarst du diese Seite Deines künstlerischen Schaffens, die eng mit der jüdischen Religion

verbunden und darauf bezogenen ist, mit den malerischen Arbeiten, die fast explodieren von Farbe und Lebenslust?

MH: Auch in meiner künstlerischen Entwicklung hat Israel in gewisser Weise eine wichtige Rolle gespielt. In Wien und Budapest habe ich ausschließlich schwarz-weiß gearbeitet. In dieser Zeit sind zwischen 6 bis 8 Quadratmeter große Zeichnungen entstanden, die sehr erfolgreich waren.

Über diese Arbeiten hat Adolf Frohner, österreichischer Maler und Biennalepreisträger, geschrieben: »(Moran arbeitet mit)... Linien, die es in der Natur nicht gibt. Dieses abstrakteste aller Ausdrucksmittel setzt Haynal für den konkretesten und sinnlichsten Vorwand ein, den es gibt: den weiblichen Körper«. Ich habe dann auch ein halbfertiges Werk aus dieser Schaffensphase bei meiner Auswanderung mit nach Israel genommen, um es dort zu vollenden und mir damit das Einleben zu erleichtern.

In Israel kam es dann zu einer neuen Entwicklung. Ich fing plötzlich an, farbige Bilder zu träumen. Die erste daraus entstandene Arbeit war die komplette Hagada mit farbigen Illustrationen und kalligrafisch geschriebenem Text. So bin ich dann auch in der weiteren Entwicklung zur Gestaltung großformatiger Ölbilder gekommen. Meine Bilder sind Assoziationsräume, prall gefüllt mit Symbolen, mitunter offensichtlich, häufig aber auch versteckt. Man muss sich Zeit nehmen für diese Arbeiten. Je länger man ein solches Bild betrachtet, desto mehr Details und auch Überraschendes entdeckt man dabei. Das Erkennen der Motive bringt

dann das Assoziationskarussell zum Rotieren, bis der Betrachter nicht sicher ist ob er wirklich sieht was er zu sehen glaubt, da die Farbunterschiede und der über- oder untereinander liegende Motive so ausgewählt sind, dass sie durchscheinen. Die Schlüssel mit denen sich die Türen in diese Bildwelt öffnen lassen, sind oft prominent in Szene gesetzt und sind dabei doch oft auch Rätsel: kabbalistische Amulette etwa oder kalligrafisch gestal-



tete Zitate aus den biblischen Schriften, und alles rundherum oder über Frauenporträts mit Jugendstil und Pop-Art Elementen. Wie mein Freund der Schriftsteller Benjamin Stein es beschrieben hat: »... so dass man schwer entscheiden kann, ob sich die unfromm oft unbedeckten Porträt-Modelle in der Umgebung der mystischen Zeichen befinden, ob sie aus ihnen aufsteigen, durch sie leben und fliegen – oder aber ob der Künstler die mystische Dimension in der sinnfrohen Weiblichkeit ausmacht. Dann nämlich wäre die Kombination von Mystik und weiblicher Schönheit eine Ode an den Ewigen, ein Dank an die Schönheit der Schöpfung gewissermaßen«.

Das Gespräch für die Jüdische Rundschau führte Gerhard K. Nagel

»Ich möchte kein Jude in Deutschland sein«

Der November-Pogrom 1938: Die Folgen (Teil II)

Von L. Joseph Heid

Am Abend des 10. November 1938

Am 10. November 1938 um 17 Uhr war es den NS-Verantwortlichen genug: Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, veröffentlichte in der Berliner Presse den Text, der die Beendigung des Pogroms, vermutlich auch wegen der einlaufenden Reaktionen aus dem Ausland, anordnete. Um 20 Uhr übertrugen alle Sender des Reichs den Aufruf, die »spontane Phase« der Aktion gegen die Juden einzustellen: »Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung beziehungsweise der Verordnung dem Judentum erteilt werden«. Gesetzgebung, Verordnung, es war genuiner Bestandteil der perfiden NS-Logik all dem, was geschehen war und sehr bald noch folgen sollte, einen äußerlichen Schein von Legalität zu geben.

Der dritte Akt: »Auf dem Wege der Gesetzgebung«

»Ich möchte kein Jude in Deutschland sein«, erklärte Reichsmarschall Hermann Göring, der als Beauftragter für den Vierjahresplan auf der von ihm am 12. November 1938 einberufenen Sitzung über die Folgen des Novemberpogroms im Reichsluftfahrtministerium. Und an Reinhard Heydrich, den Chef des Sicherheitsdienstes der SS, gewandt: »Mir wäre lieber gewesen, Ihr hättet 200 Juden erschlagen, und hättet nicht solche Werte vernichtet«.

Das war blanker Zynismus, der sich an jenem 12. November 1938 in der Berliner Wilhelmstraße allenthalben breit machte. Und es war ein Lehrstück über Verrohung. Göring war zuvor von Hitler beauftragt worden, die entscheidenden Schritte, die nach dem Pogrom beschritten werden sollten, zentral zusammenzufassen. Goebbels war dabei, der Reichswirtschaftsminister, der Direktor der Reichsbank, Innen- und Justizminister waren dabei, obwohl das Recht in den Verordnungen seit 1933 und den Nürnberger »Rassengesetzen« mit Füßen getreten worden war und spätestens in der Nacht des 9. Novembers zu existieren aufgehört hatte. Heydrich gehörte zu dem Kreis und nicht zuletzt Eduard Hilgard als Beauftragter der deutschen Versicherungsgesellschaften.

Gegenüber den Beteuerungen, der Volkszorn sei »spontan« gewesen, die »Erzürnten« hätten sich diszipliniert verhalten und nichts geplündert und den Juden sei kaum »ein Haar gekrümmt« worden, steht die Bilanz, die die Exponenten des NS-Regimes aufmachten: 7500

zerstörte Geschäfte reichsweit mit einem vorläufig geschätzten Gesamtschaden an Sachen, Inventar und Waren von mehreren hundert Millionen Reichsmark. Der Versicherungsvertreter berichtete dann über den Schaden, der durch Diebstahl und Plünderung entstanden war.

Über die ökonomischen Konsequenzen, die der Pogrom aufgeworfen hatte, entbrannte in der Runde ein Streit, der ein Schlaglicht auf die Geisteshaltung der Männer am Tisch wirft. Göring empörte sich, dass die mit so großer Zerstörungslust angerichteten Schäden teilweise gar nicht die Juden getroffen hätten. Die zerschlagenen Scheiben der jüdischen Geschäfte, diese allein im Wert von ca. sechs bis zehn Millionen Reichsmark, mussten durch die Versicherungen den Hausbesitzern ersetzt werden. Das setzte der Versicherungsexperte Hilgard den Herren auseinander, und auf die Bemerkung Goebbels', der Jude müsse den Schaden bezahlen, meinte Göring, das habe doch keinen Sinn, weil Deutschland das ausländische Glas gegen Devisen kaufen müsse. Schaufensterglas wurde ausschließlich in Belgien produziert, und eine halbe Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie war in wenigen Stunden zerschlagen worden. Doch Goebbels echauffierte sich darüber, dass eine »Schicht wehleidiger Spießer von den armen Juden« spreche. Es gehe nicht an, dass nur der Staat antisemitisch sei

und selbst bis in die Partei hinein werde der Antisemitismus nicht ernst genug genommen. Welch eine Aussage!

NS-Elite beim Brainstorming

An diesem Vormittag des 12. November 1938 wurden die unglaublichsten antijüdischen Maßnahmen von sich wechselseitig übertrumpfenden Männern diskutiert und beschlossen, die kurze Zeit später gängige Praxis wurden. So sollten die niedergebrannten Synagogen von den Juden selbst und auf deren Kosten abgerissen werden. Juden sollte es fortan verboten sein, deutsche Theater, Kinos und Zirkusse zu besuchen. Juden sollten in Eisenbahnen erst Anspruch auf Platz haben, wenn alle Deutschen saßen und auf keinen Fall mit Deutschen ein gemeinsames Schlafwagenabteil teilen. Jeder in der Runde konnte in selbstverständlicher Beliebigkeit und nach Gutdünken Vorschläge machen, die ihm spontan in den Sinn kamen.

Der Männerbund, der sich um den runden Tisch im Luftfahrtministerium versammelte, das war die Elite des NS-Staates. Es waren zumeist studierte Leute, die sich gegenseitig anfeuerten und sich in den absurdesten Vorschlägen überboten, die Existenz der Juden in Deutschland noch weiter zu erschweren. Das überlieferte Protokoll spiegelt den kruden Antisemitismus auf abstoßende Weise. Das war die staatliche Elite eines der hoch ent-

wickeltsten und eines der kulturell höchst stehenden Länder der Welt, denen die Macht über ein 70-Millionen-Volk überantwortet war und die in primitiven, ja, vulgären Haltungen schwelgte.

Heydrich brüstete sich in der Sitzung damit, dass den »reichen Juden«, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert würde. Mit dieser Summe und Devisenzahlungen konnte eine Anzahl der armen Juden aus Deutschland auswandern. »Das Problem war ja nicht«, so Heydrich voller Stolz, »den reichen Juden herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob«. Heydrich, irritiert über die Tatsache, dass es Juden gebe, die gar nicht »so jüdisch aussehen«, war es auch, der vorschlug, dass Juden ein bestimmtes, noch nicht näher definiertes »Abzeichen« tragen sollten.

Göring entwickelte in der Sitzung die Idee, den Juden in Deutschland als »Strafe« für das Pariser Attentat 1 Milliarde Reichsmark als Kontribution aufzubürden. Der Reichsmarschall trumpfte auf und meinte: »Ich werde den Wortlaut wählen, dass die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhalten. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen«.

Zuvor hatte sich Reichswirtschafts-



Hermann Göring beim Nürnberger Prozess, am zweiten Prozesstag, 21. November 1945, neben ihm sitzen Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel. Göring konnte sich in der Nacht bevor seine Hinrichtung vollstreckt werden sollte am 15. Oktober 1946 selbst töten



Das Reichsluftfahrtministerium, 1938
Foto: Bundesarchiv 183-H27413
via Wikimedia

nister Walther Funk, der als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft bereits darüber nachdachte, wie der geplante Krieg wirtschaftlich und finanziell zu gestalten sei, die Hände gerieben, als ihm bewusst wurde, dass das Reich Besitzer von einer halben Milliarde Wertpapieren würde, was Goebbels wiederum auf die Idee brachte, das Wertpapierdepot bei Bedarf als Gewinngeschäft abzustoßen. Aus Grynspans Revolverschuss war somit ein neues Gewinngeschäft für Hitler, Göring & Co. und für die Banken und Konzerne geworden, die nun daran gingen, die geraubten Betriebe flächendeckend ein für allemal zu »arisieren«.

Doch da war noch etwas anderes, was Göring in seine Überlegung einbezogen hatte: Die eine Milliarde Kontribution war der Betrag, den er als Reichswehrminister für seine Panzerwaffe noch benötigte, um den geplanten Angriffskrieg durchzuführen. Im Umkehrschluss heißt das: Die Juden haben mit dieser Milliarde ihre eigene Vernichtung vorfinanziert!

»Ausschaltung der Juden«

Die verschreckten und verängstigten Juden hatten nicht nur ungeheuren materiellen Schaden, sondern auch furchtbares Leid erlitten hatten. In vielen Orten waren die Männer vor den Augen, die es sehen wollten, in Konzentrationslager verschleppt worden – fast 30.000 jüdische Männer. Am 12. November 1938 wurden sie auch noch dem Spott der NS-Machtgeber ausgeliefert. Die Juden hatten »alle Schäden«, welche während des Pogroms an ihren Betrieben und Wohnungen entstanden waren, sofort zu beheben und für die Wiederherstellung eines geordneten Straßenbildes zu sorgen. Die entscheidende Maßnahme jedoch, die die Juden am schwersten traf, war die am 12. November 1938 ergangene »Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben«, demzufolge ab dem 1. Januar 1939 den Juden unter anderem der Betrieb von Einzelhandelsunternehmen, Versandgeschäften sowie die Ausübung von handwerklichen Diensten untersagt



Leiter der Reichsgruppe Versicherung Eduard Hilgard
Foto: ns-zeit.allianz.com

war. Die jüdischen Verschleppten kamen teils erst nach Wochen frei, nachdem sie die Überantwortung ihrer Betriebe oder ihres Grundbesitzes zu Schleuderpreisen in »arische« Hände gezwungenermaßen zugestimmt und sich zur Ausreise verpflichtet hatten. Die Schlinge zog sich dann aber trotzdem stetig weiter zu, weil eine Auswanderung aus Deutschland vielfach staatlicherseits torpediert wurde – mit Steuerschikanen und der Einrichtung von Sperrkonten für Juden – und weil Visa unerreichbar blieben, so dass die lebensrettende Flucht in letzter Sekunde scheitern musste.

Was die noch in Deutschland verbliebenen Ostjuden betraf, so führte Göring in nicht zu überbietender Art aus: Man müsse sich »mit den Staaten zusammen besprechen, die auch gegen Juden etwas unternehmen. Das muss aufhören, dass jeder dreckige polnische Jude hier eine Rechtsstellung hat und wir ihn ertragen müssen. (...) man sollte den Polen sagen: Bitte schön, (...) sprecht euch mit uns aus, wie wir gemeinsam vorgehen; ihr geht ja auch gegen eure Juden in Polen vor, aber sobald der Itzig draußen ist, soll er plötzlich wie ein Pole behandelt werden«. Damit spielte Göring auf die Ausweisungsjagd der polnischen Juden aus dem Reich im Oktober 1938 an, die eingestellt werden musste, nachdem die polnische Regierung mit der Ausweisung der in Polen lebenden Deutschen gedroht hatte.

Wer war der Mob?

Unter dem Schutz staatlicher Obhut ließ nazistischer Mob am 9. und 10. November 1938 seinen primitivsten antisemitischen Instinkten freien Lauf. Es wurde geschlagen, getreten, geschrien, gepöbelt, gedroht, zerstört. Die »Rotten des menschlichen Abfalls«, wie Arnold Zweig gegenüber Sigmund Freud einmal die Nazi-Vandalen bezeichnet hat, griffen wehrlose Juden an, ohne Gefahr laufen zu müssen, für ihre Schandtaten jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Der auf die Juden losgelassene deutsche Mob vollstreckte den politischen Willen der Nazi-Granden. Die Naziführer konnten sich nach dem Pogrom in der scheinbaren Gewissheit wiegen, in der »Judenfrage« und wie diese zu »lösen« sei, mit der Volksmehrheit in Einklang zu stehen. Liest man die administrativen Verlautbarungen über das Verhalten der Bevölkerung während der Novemberexzesse, kommt man nicht umhin festzustellen, dass ein hohes Maß an Überzeugung und Übereinstimmung quer durch alle Bevölkerungsschichten dieses Pogromprojekts begleitete. Diejenigen, die unmittelbar an den Aktionen beteiligt waren, wie die zahlreichen Gaffer, die ihre zustimmenden Kommentare abgaben, wie auch die schweigenden, scheinbar teilnahmslosen Zuschauer, waren in unterschiedlichen Graden Überzeugungstäter. Der real existierende Nationalsozialismus verstand sich, eigenem Selbstverständnis nach, von Anfang an als Ausdruck eines einheitlichen Volkswillens. Unter den Bedingungen einer diktatorischen Politik konnte gar keine Diskrepanz zwischen Regime und Volk entstehen. Indem die Nationalsozialisten ihre repressive »Judenpolitik« durch inszenierte Maßnahmen öffentlich praktizierten, machten sie das Volk, das es ohne Aufschrei zuließ, zu Mitwissern, verstrickte es in die Staatsverbrechen,



Schreibkräfte im Luftfahrtministerium, 1939
Foto: Bundesarchiv 183-E13724 via Wikimedia

machten die Deutschen zu Komplizen.

Sicherlich gab es Bürger, die die Ausschreitungen gegen die Juden – innerlich – missbilligten; mag sein, dass es Hilfeleistungen gab. Doch die Masse wandte sich schweigend ab. Über die Machtmittel, sich gegen das Unrecht aufzulehnen, verfügten sie im totalitären Staat nicht mehr. Als die »Kristallnacht« und ihre Folgen dem letzten Deutschen klar machen musste, wohin der Zug rollte, da reichte es nur noch zu einem kurzen Erschrecken – aufhalten ließ sich der Zug nicht mehr. Wer den öffentlich durchgeführten Deportationen der Zehntausende im Oktober/November 1938 tatenlos zugesehen hatte, der regte sich nicht mehr auf, als ab 1941 die letzten deutschen Juden aus den Städten Richtung Osten abmarschierten.

Vielleicht ist das Wort »Schaulustige« eher zutreffend. Viele, die die brennenden Synagogen und die zerstörte Geschäfte sahen, durch die Straßen Richtung Bahnhof eskortierten Juden oder auf Lastwagen verladene Menschen



Chef des Sicherheitsdienstes der SS Reinhard Heydrich, 1938. Heydrich starb 1942 nach einem Attentat auf ihn in Prag
Foto: via Wikimedia

wahrnahmen, sahen im Gegenteil nicht hin, sondern weg.

Das »Juda verrecke!« prangte jahrelang überdeutlich von den Litfaßsäulen. Hatten sich die deutschen Bürger an den Stürmer Jargon gewöhnt, ohne noch weiter darüber nachzudenken? Wenn jemand es zulässt, dass man seine Nachbarn Tag für Tag als »Schädling« und »Krankheitsträger« schmätzt, ihr Menschsein zu »Parasitentum« entwürdigt, das man ausrotten müsse, dann zuckt man allenfalls mit den Achseln, wenn das längst Geahnte zur Gewissheit wird.

In all dem, was an antijüdischer Propaganda verlautbart wurde und sich vor aller Augen öffentlich gegen die Juden vollzog, war als Weichenstellung für die Vernichtung des Judentums erkennbar, wenn man wörtlich nahm, was man hörte, wenn man die logischen Schlussfolgerungen aus dem zog, was man las und sah.

Viele Staatsbürger jüdischen Glaubens, oder auch Glaubenslose, haben damals ihr Vertrauen in die deutsche Kultur mit dem Leben bezahlt. Die Viehwagen mit dem Ziel Auschwitz und Treblinka über-



Thomas Mann um 1939
Foto via Wikimedia

rollten und zerstörten eine säkulare Geschichte deutsch-jüdischer Weggemeinschaft, wie fragil sie auch gewesen war. Die verbrannte Synagoge: Das bedeutet seitdem eine Auszehrung der deutschen bürgerlichen Kultur.

Die Entwicklungskurve in der Frühgeschichte des Dritten Reiches: Boykotte, Bücherverbrennung, eifertige Umsetzung staatlicher Erlasse, Pogrom, Mord, stellte sich als eine Praxis dar, deren Theorie seit langem bereitlag, die Praxis einer Gegenauflklärung. Eine diskriminierende Bewertung menschlicher »Rassen«, jegliche Einteilung nach »Herrenmenschen« und »Untermenschen« widerspricht der aufklärerischen Vernunft. Am 30. Januar 1933 begann die Herrschaft der Gegenauflklärung im Lande Kants und Lessings, Hölderlins und Beethovens. In den nächsten zwölf Jahren gab es keine Maxime der Aufklärung, die nicht preisgegeben, verletzt, missachtet worden wäre.

Die Nacht des 9. November 1938 war nichts von der damaligen Gesellschaft abstrakt Losgelöstes, sondern ein in aller Öffentlichkeit inszenierter blutiger Pogrom von konkreten Tätern an konkreten Opfern, und das mit Hilfe eines riesigen Apparates, der keinen anderen Zweck als Zerstörung und Vernichtung hatte. Bei aller (inneren) Missbilligung vieler Deutscher und Österreicher an den Ereignissen in jener Nacht, so hatte es Thomas Mann formuliert, muss doch gesagt werden, dass die Mehrheit des deutschen und österreichischen Volkes keineswegs nur den Aufstieg des Nationalsozialismus gebilligt hat.

Naturschutz, Antisemitismus und Nationalsozialismus

Dem Historiker einer kritischen »Naturschutzgeschichte« und »Freiraumplanung«
Gert Gröning zum 70. Geburtstag

Von Clemens Heni

Die »eigen-artige« Verwobenheit von Natur, »Volk«, Nation, »Blut und Boden« ist ein typisches Kennzeichen völkischer Ideologie in Deutschland. Darum hat sich die Forschung lange Zeit wenig gekümmert. Die spezielle Naturschutzforschung machte einen weiten Bogen um das Thema. So ist es überraschend, dass die Beziehung von Naturschutz und Nationalsozialismus in jüngerer Zeit etwas intensiver thematisiert wird. Die meisten alten Nazis sind gestorben, ihre Lehrstühle an den Universitäten neu besetzt, es tut also nicht mehr so weh gewisse Aspekte des Nationalsozialismus heute zu erforschen.

Aber besteht überhaupt ein Interesse die Zeit des Naturschutzes unterm Nationalsozialismus *kritisch* zu erforschen? Während zwei Protagonisten kritischer Naturschutzgeschichte und Freiraumplanung, Gert Gröning, Professor an der Universität der Künste in Berlin (UdK), Fachgebiet »Gartenkultur und Freiraumentwicklung« und Joachim Wolschke-Bulmahn, Professor für »Geschichte der Freiraumentwicklung« am Fachbereich »Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung« der Universität Hannover, seit gut 30 Jahren die problematische Nähe von Naturschützern, der Ideologie des Naturschutzes insgesamt zum Nationalsozialismus analysieren, werden sie heute gemieden, ja aggressiv ausgegrenzt. Auf einem Kongress über *Naturschutz und Nationalsozialismus*, der von dem Historiker Joachim Radkau und seinem Mitarbeiter Frank Uekötter im Jahr 2002 organisiert und unter anderem vom Bun-

Gert Gröning und die kritische Naturschutzgeschichte

Gert Gröning, Jahrgang 1944, kann als einer, wenn nicht der Begründer einer kritischen Naturschutzgeschichte in der Bundesrepublik betrachtet werden. Bald kam dann sein damaliger Student Joachim Wolschke als Kollege hinzu. Grönings Forschung ist immer quellenbasiert, er schaut sich Fakten an, studiert Akten und stellt Fragen, die schon damals, in den 1970/80er Jahren kaum einer hören wollte. Wie stand es mit den in Deutschland so beliebten Natur- und Umweltschützern und den Juden? Wenn manche Kollegin oder mancher Kollege nassforsch behauptet, es gebe keine Quelle zu Juden im Naturschutz, setzt sich Gert Gröning einfach hin und forscht. Häufig liegen die Quellen da, darauf wartend, gehoben zu werden. Doch wen interessieren schon Juden, wenn man doch so schön Großvaters Rolle bei der NSDAP schön reden kann indem man ihn einen bloßen »Opportunisten« nennen oder ihm Managerqualitäten zuschreiben kann. »Unsere Väter – unsere Mütter« – waren das nicht auch die ersten Ökologen, quasi die grünen Gegenspieler zum Autobahn-Führer? So dachten schon viele in der Partei »Die Grünen«, die 1979 auch von ehemaligen Nazis mit und ohne Parteibuch gegründet wurde, man erinnere sich nur an August Haußleiter, der 1980 einer von drei gleichberechtigten Vorsitzenden der ganz jungen »Grünen« avancierte. Er sprach 1942 von der »kämpferische[n] Zucht der deutschen Wehrmacht« und hetzte gegen »die entfesselte Bestialität der Bolschewiken«. Nach 1945 agitierte der CSU-Mitbegründer gegen die Nürnber-



Prof. Dr. Gert Gröning

Friedrich Wiepking-Jürgensmann. Im »Altreich« wurde gleichzeitig von Naturschützern propagiert die »deutsche Landschaft« so zu »reinigen« wie »das deutsche Volk« auch.

Naturschutz in Nazi-Deutschland: Walther Schoenichen

So ist es erstaunlich, wie heute über einen der wichtigsten Vertreter des Naturschutzes in Deutschland, den langjährigen Vorsitzenden der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen (1922–1935) und späteren Direktor der Reichsstelle für Naturschutz (1935–1938), Walther Schoenichen (1874–1956), gemutmaßt wird. Schoenichen dient hierbei als exemplarisches Beispiel für das Verhältnis von staatlicher Naturschutzbewegung und Nationalsozialismus. Er war jahrzehntelang als Pädagoge an Schule, Hochschule und als Lehrbuchautor aktiv, lehrte die enge Beziehung von Natur und »Volk« und betonte bereits 1914 in einem Lehrbuch für den »naturgeschichtlichen Unterricht« die »rassehygienischen und biologischen Gesichtspunkte«. Er lehnte moderne Architektur wie jene des Bauhauses und von Le Corbusier ab, vertiefte

zum ideengeschichtlichen Ansatz ist umso drängender, als einige der Belege, die traditionell als Indiz für die unheilvolle Nähe von Naturschutz und NS-Ideologie gehandelt wurden, sich bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig erwiesen. Zu den klassischen Referenzpunkten der Forschung gehört etwa der Aufsatz »Das deutsche Volk muss gereinigt werden«. – Und die deutsche Landschaft?«, den Walther Schoenichen 1933 in der Zeitschrift *Naturschutz* veröffentlichte.

Unbeachtet blieb jedoch, dass derselbe Autor wenige Monate später in einem Aufsatz an gleicher Stelle ein ganz anderes Bild der Beziehung von Naturschutz und Nationalsozialismus entwarf. Allem Anschein nach war Schoenichen bestrebt, beide Lager mögliche nahe aneinander zu rücken, aber äußerst unsicher, wie dies zu geschehen habe. Schoenichens ebenfalls viel zitiertes Buch über Naturschutz im Dritten Reich machte das Chaos mit wieder anderen Argumenten und Schwerpunktsetzungen komplett.«

Frank Uekötter und die Derealisierung des Nazismus von Schoenichen

Womöglich spekuliert Uekötter, wie auch andere Forscher, darauf, dass sich ohnehin keiner mehr die Mühe machen würde, diese Quellen noch einmal zu studieren. Er setzt einfach, 1933 habe es 1. einen irgendwie komischen Text Schoenichens gegeben – »Das deutsche Volk muss gereinigt werden...« –, aber dann wenig später 2. auch einen irgendwie gar nicht problematischen anderen Text – »Der Naturschutz – ein Menetekel für die Zivilisation!«. Schließlich sei 3. ein Buch Schoenichens von 1934, »Naturschutz im Dritten Reich«, wieder unterschiedlich gestrickt und mache »das Chaos« im Gedankengebäude Schoenichens perfekt. Ein Blick in die drei genannten Texte von Schoenichen ist daher hilfreich.

ad 1) Schoenichen postuliert in seinem in der Tat vielbeachteten Text »Das deutsche Volk muss gereinigt werden.« – Und die deutsche Landschaft?:

»Träger der Gedankenwelt des Nationalsozialismus kann nur ein Volk sein, das sicher in der für seine Art und Rasse bezeichnenden Eigenprägung ruht, das die Kraft findet, die an seinem Mark fressenden Einflüsse grundsätzlich auszuschalten.«

Die letzten 15 Jahre seit 1918 sei Deutschland von »einer wahren Sintflut undeutscher, ja deutschfeindlicher Kulturströmungen überschwemmt« worden. Er spricht von der »Beschaffenheit der Erbmasse« und folgert:

»Zwischen Ariern und Nichtariern bestehen schon in dieser Hinsicht grundsätzliche, unüberbrückbare Unterschiede, wie sie sich z. B. beson-

„Das deutsche Volk muß gereinigt werden.“ –
Und die deutsche Landschaft?

Von Professor Dr. Walther Schoenichen, Berlin (Mit drei Abbildungen)

desumweltministerium finanziert und unterstützt wurde, waren diese beiden wohl bedeutendsten Forscher zu diesem Thema auf skandalöse Weise ausgeladen worden. 2004 gab es eine Tagung zu *Naturschutz und Demokratie*, welche von Gröning und Wolschke-Bulmahn organisiert wurde, wobei es luzide Kritik an der »Erblast« des deutschen Naturschutzes gab und das Fortwirken von Ideologemen als auch Personen nach 1945 kritisch thematisiert wurde. Die Beiträge dieser Tagung sind Ende 2006 in einem Sammelband erschienen. Die bedeutsamen, wegweisenden Analysen und Darstellungen Grönings/Wolschke-Bulmahns seit Anfang der 1980er Jahre, zentral mit ihren Bänden *Liebe zur Landschaft*, zur Ideologie und zur verbrecherischen Politik deutscher Naturschützer im Nationalsozialismus, blieben in der Forschung ohne größere Resonanz.

ger Prozesse und die »Phosphorgeneräle von Dresden«. Desweiteren gab es bei der Partei »Die Grünen« die bekannten Nazis (NSDAP und SA) Werner Vogel und Baldur Springmann. Während sich manche bei den Grünen von Nazis distanzieren, wenn auch widerwillig und zögerlich, so hat man gerade in den letzten Jahren in der Forschung zum Naturschutz das Gefühl, dass die Reinwaschung der Deutschen erst so richtig losgeht.

Dabei war das Material, welches Gröning und Wolschke-Bulmahn untersuchten, eindeutig. Deutsche Naturschützer hatten nicht nur nationalsozialistische Propaganda-Texte verfasst, sie waren auch als »Sonderbeauftragte für Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums« unter der Führung Heinrich Himmlers Schutzstaffel (SS) an Umsiedlungs-Verbrechen im besetzten Polen beteiligt wie Prof. Heinrich

sich hingegen in alte Schmuckwerke an Gemäuern oder »alte Friedhöfe«.

Weit verbreitet war in Naturschutzkreisen die Abscheu vor größeren Werbeflächen in der Natur. Schoenichen stellte die Frage, ob die »Reklamekrankheit« auf »eine Infektion mit jüdischem Giftstoff zurückzuführen ist«. Schließlich wird der »deutsche Wald« als Symbol des »gewaltige[n] Umschwungs, der nunmehr unsere ganze Nation mit fortgerissen hat« interpretiert, damit »auch künftig wieder unser Wald die Heimat der deutschen Seele sein« soll und »so mit helfen, unser Volk zu erfüllen mit dem heldischen Geiste des Dritten Reiches – mit dem Geiste unseres großen Führers!« Es ist nun bemerkenswert, wie Schoenichen heute rezipiert wird. Einer der produktivsten und gern zitierten jüngeren Forscher zum Thema »Naturschutz«, Frank Uekötter, schreibt im Sommer 2006:

»Die Suche nach einer Alternative

ders etwa auf dem Gebiete der Weltanschauungen, der Sexualität, des Verhältnisses zur Natur usw. offenbaren.«

Schon immer habe in der Vergangenheit die »deutsche Seele aus der deutschen Natur und Landschaft Kraft geschöpft«. Harmlose »Reiher«, »Eichhörnchen« oder »Buchenlaub« werden als verwendete Zierde an Gebäuden eingedeutscht, nationalisiert, Schoenichen hebt die »germanische« »Geschichte der deutschen Ornamentik« von einer universellen oder romanischen etc. ab.

»Demgemäß darf es nicht bei der Reinigung des deutschen Volkes kein Bewenden haben: es muß nun auch die Reinigung der deutschen Landschaft folgen, die mit den bisherigen unzulänglichen und uneinheitlichen gesetzlichen Mitteln nicht zu erreichen gewesen ist.«

Er wendet sich gegen »Denkmalskitsch«, »Vergnügungskitsch« und »Verschönerungsvereinskitsch«, er kämpft gegen Reklame, in welcher sich ein »undeutscher, das Händlerische allem anderen voranstellender Geist sich ausleben will«. Er schließt seinen programmatischen und zur »Reinigung« Deutschlands aufrufenden Text mit der Hoffnung zu einem »reinlichen, völkischen Eigenleben« kommen zu können.

Ad 2) Wie sieht es wenig später in seinem Text *Der Naturschutz – ein Menetekel für die Zivilisation!* aus? Schoenichen setzt mit einem langen Hitler-Zitat über die »Instinktursachen« ein und folgert:

»In diesen Worten des Führers ist – so scheint mit – der unüberbrückbare Gegensatz der Weltanschauung des Nationalsozialismus und der des liberalistisch-marxistisch-kommunistischen Dreibundes in unzweideutiger Klarheit herausgestellt worden.«

Es geht ihm um die Verankerung des Naturschutzes an Hochschulen und als elementaren Bestandteil schulischer Ausbildung, ja der »Naturschutz« soll »im Bildungswesen des Dritten Reiches eine bevorzugte Stellung« einnehmen. Wo sollen sich nun in diesem Artikel die angeblich so disparaten, widersprüchlichen oder einfach verglichen mit dem in 1) dargestellten Nazi-Text gänzlich verschiedenen Passagen finden lassen, wie Uekötter insinuiert?

»Was der Führer fordert: der Mensch »muß die fundamentale Notwendigkeit des Waltens der Natur verstehen und begreifen, wie sehr auch sein Dasein diesen Gesetzen des ewigen Kampfes und Ringens nach oben unterworfen ist«, das will auch die Naturschutzbewegung ihren Jüngern nahe bringen.«

In typischer antisemitischer Diktion hetzt Schoenichen gegen einen »übersteigerten Intellektualismus«, gegen die »äußeren und inneren Feinde Deutschlands« und sieht »Gifte, die unter der Aufschrift »Aufklärung« verbreitet würden, »allzu tief« »eingefressen« in »unserem Volke«.

Ad 3) Im dritten von Uekötter angeführten Text – *Naturschutz im Dritten Reich* –, welcher das »Chaos« im Denken Walther Schoenichens bezeugen soll, steht Folgendes, im »Geleitwort«:

»Der Zeitpunkt zur Herausgabe einer solchen kurzgefassten, einführenden Schrift erscheint jetzt gekommen, nachdem die nationalsozialistische Weltanschauung die Herrschaft über

das gesamte deutsche Kulturleben übernommen hat. (...) So ist in dem vorliegenden Büchlein versucht worden, das in den Vordergrund zu stellen, was Nationalsozialismus und Naturschutz in engere Beziehung setzt.«

Im ersten Satz des Büchleins, unter der Überschrift *Wozu Naturschutz?* heißt es:

»Eine neue Volksgemeinschaft soll werden – so will es der Führer –, eine neue Volksgemeinschaft, die das gesamte Innenleben unserer Nation auf eine neue Grundlage stellt. Sie soll werden aus Blut und Boden, d.h. aus den urtümlichen Kräften des Leibes und der Seele, die unserer Rasse eigen sind, und aus der naturgewollten Verbundenheit, die zwischen uns und der heimatlichen Scholle besteht.«

Gegen die »undeutsche Gesinnung«

Es geht um die »Überwindung der materialistischen Weltanschauung«, gegen die »Pest der Landschaftsreklame« als »Ausdruck des liberalistisch-marxistischen Geistes und der widerlichen undeutschen Gesinnung«, um zu proklamieren, im Sinne des Naturschutzes: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. Es geht um die »Eigenart« der »deutschen Seele«:

»Diese Naturverbundenheit muß auch in Zukunft Merkmal unserer Rasse bleiben, wenn anders der deutsche Mensch nicht eine seiner wertvollsten Eigenheiten verlieren und wenn unsere deutsche Kultur nicht einer niemals wiederauszugleichenen Entartung anheimfallen soll. Um die deutsche Seele gesund zu erhalten, um sie zu heilen von dem Einfluß der heimtückischen Gifte, mit denen die Träger der liberalistischen Weltanschauung unsere Eigenart auszulöschen versuchten, braucht unser Volk – inmitten der Gefilde, die ihm als Wohnraum dienen, deren es für seine Wirtschaft bedarf – Reste ursprünglicher Natur, die der Sehnsucht des germanischen Gemütes nach Wald und Moor, nach Heide und Bruch Genüge leisten. Und wenn der Naturschutz sich zuvörderst in den Dienst dieser Aufgabe stellt, erfüllt er eine heilige vaterländische Pflicht und wirkt in hervorragendem Maße mit an dem großen Werke der Begründung einer neuen Volksgemeinschaft.«

Folgerichtig und völlig konsistent resümiert Schoenichen am Ende seines schmalen Bandes:

»So erweist es sich auch hier: Beim Naturschutz geht es uns um mehr als um aussterbende Vogelarten und seltene Pflanzen, um mehr als um Dünen, Moore und Wälder, um mehr als um Felsen und Findlingsblöcke; – es geht um den deutschen Menschen und um seine Heimat.«

Soviel zu den Phantastereien und Verdrehungen gegenwärtiger Historiographie, namentlich Uekötters, wenn gesagt wird, ein herausragender Naturschützer wie Schoenichen sei gerade kein Beispiel »für die unheilvolle Nähe von Naturschutz und NS-Ideologie«. Schoenichen ist im Gegenteil geradezu ein typisches Beispiel für die Nähe von Naturschutz und Nationalsozialismus, für die naturschützerisch angewandte völkische Ideologie.

Die Generation von Uekötter steht typisch für eine »fröhliche«, naiv-empiristische, in Konsequenz ebenso neu-rechte Tendenz der Geschichtswissenschaft, die



Band zum 60. Geburtstag von Gert Gröning, Hannover 2004, Titelblatt: Peter Fibich

häufig von einer »Polykratie« des SS-Staates redet, ohne den antisemitischen Kern der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu untersuchen. Die Weigerung, den Nationalsozialismus in seiner Totalität zu analysieren, ist Kennzeichen dieser Forschungsrichtung.

Siegfried Lichtenstaedter, Naturschutz und Judentum

Gert Gröning hingegen ging und geht andere Wege. Er ist nicht nur ein Kritiker des Antisemitismus im Naturschutz. Er ist zudem der Wiederentdecker des jüdischen Naturschützers Siegfried Lichtenstaedter und dessen Broschüre *Naturschutz und Judentum* aus dem Jahr 1932. Es handelt sich im Wesentlichen um einen Vortrag, den Lichtenstaedter »im Rahmen der Lehrkurse der jüdischen Gemeinde in München am 4. März 1931 hielt«. Die Ausgrenzung der Juden im Naturschutz seit 1933, der Holocaust und das Fortwirken der antijüdischen Naturschützer nach 1945 haben dazu geführt, dass dieses Dokument bis heute einfach ignoriert wurde, wie Gröning analysiert. Siegfried Lichtenstaedter, Jahrgang 1865, war von 1898 bis 1932 Beamter und auch als Publizist tätig. Von seinem Erstlingswerk *Kultur und Humanität* 1897, bis in die Weimarer Republik, z. B. 1926 mit *Antisemitica*, publizierte er wegen dem Antisemitismus, der im Kaiserreich nicht weniger verbreitet war wie in der Weimarer Republik, häufig unter seinem türkischen Pseudonym »Dr. Mehemed Emin Efendi«.

Lichtenstaedter gibt in *Naturschutz und Judentum* eine gleichsam ökologische wie kulturhistorische Begründung für den Sabbat:

»So ihr in das Land kommt, das ich euch gebe, so feiere das Land eine Feier des Ewigen. 6 Jahre besäe dein Feld und 6 Jahre beschneide deinen Weinstock und sammele seinen Ertrag ein. Aber im 7. Jahre sei eine Sabbatfeier für das Land, eine Feier des Ewigen; dein Feld sollst du nicht besäen und deinen Weinstock nicht beschneiden. Den Nachwuchs deiner Ernte sollst du nicht ernten und die Trauben deiner ungepflegten Weinstöcke sollst du nicht lesen; ein Feierjahr sei für das Land.«

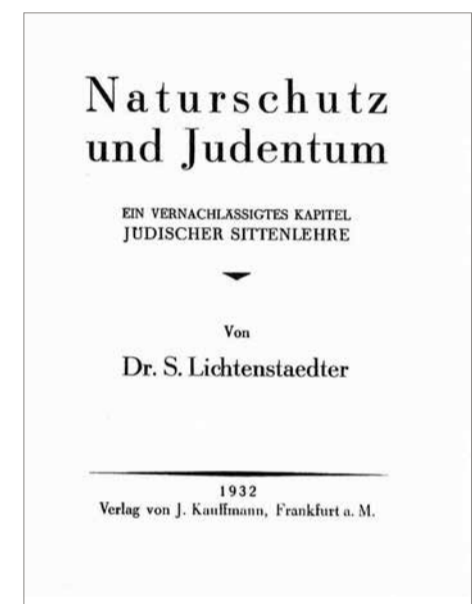
Lichtenstaedter kommentiert, dass es zu bezweifeln ist, »ob ein ähnliches Gesetz in irgend einer anderen Religion besteht oder bestand«. Er erwähnt, dass in den 1890er Jahren Geldsammlungen außerhalb Palästinas existierten, um jüdischen

Siedlern das Sabbatjahr im Heiligen Land zu ermöglichen. Es ist ein stolzes Judentum, das sich in Abgrenzung zu bloßem uneingeschränkter Wirtschaften nachvollziehbar so ausdrückt:

»Um wie viel höher steht unsere Thora als das Gewissen der sogenannten Kulturwelt!«

Lichtenstaedter schließt seinen Vortrag, indem er sich ganz deutlich gegen die schon zu Weimarer Zeiten allzu laut hörbaren völkischen »Natur- und Heimat-schützer« wendet und sagt:

»Mit absoluter Sicherheit darf man behaupten: Der weitverbreitete »moderne«, »patriotische« oder »völkische« Gedanke: »Nur das eigene Volk oder die eigene (anthropologische oder imaginäre, fingierte) Rasse ist wertvoll und daher absolut existenzberechtigt« steht in unversöhnlichem Widerspruche mit der jüdischen Sittenlehre.«



Die Ermordung von Lichtenstaedter in der Shoah

Die nicht-jüdischen deutschen Naturschützer gingen wie fast alle ganz normalen Deutschen ab 1933 einen anderen Weg. Nicht nur im Naturschutz »fruchtete« die jahrelange Hetze gegen Juden, »Undeutsches« und Judentum.

»Am 25.6.1942 wurde Lichtenstaedter mit dem Transport II/9 von München nach Theresienstadt deportiert. Von den 50 Personen aus denen dieser Transport bestand, wurden 46 umgebracht, vier wurden befreit. Lichtenstaedter selber wurde am 6.12.1942 in Theresienstadt ermordet.«

Es ist Gert Gröning zu verdanken, dass Siegfried Lichtenstaedter dem Vergessen entrissen wurde. Es sind Forscher wie Gröning, die luzide wissenschaftliche Arbeit mit Empathie für die Opfer der deutschen Geschichte verbinden. Heute ist kritische Forschung nirgendwo gefragt. Die Affirmation des Bestehenden und jene des Vergangenen ist das Nonplusultra in allen vom »Bologna-Prozess« malträtierten Studiengängen an allen Universitäten Europas und Deutschlands. Die Analyse und Kritik der Naturschutzgeschichte, von Antisemitismus und Nationalsozialismus ist eine herausragende Leistung von Gert Gröning, die man gar nicht hoch genug schätzen kann in einem universitären Klima, aus dem er zeitlebens kaum Unterstützung erhielt, sobald es um die Kritik am deutschen Judenhass, wie offen oder klammheimlich er sich auch immer äußert, ging.

Eine Frau wie das pralle Leben – Peggy Parnass ist 80

Heike Linde-Lembke

Runder Geburtstag? Das mag sie gar nicht. Obwohl sie ihn denn doch gefeiert hat. Am 11. Oktober. Weil es diesmal so schöne Blumensträuße gab. Vom Fischer-Verlag beispielsweise fast 100 rote Rosen. Normalerweise bringt sie Blumen immer zu einem Freund. Weil sie Blumen nicht sterben sehen kann. Weil sie überhaupt nichts sterben sehen kann.

Doch diesmal waren sie so schön, dass sie sie erst einmal in ihrer Wohnung verteilt hat, die Sträuße zu ihrem Geburtstag. Den wievielen? Genau die Frage mag sie nicht. Für Peggy Parnass hat der Mensch kein Alter. Denn dass sie überhaupt noch lebt, hat sie nur dem Weitblick ihrer Mutter zu verdanken. Die hatte begriffen, was die Nazis wollten: Alle Juden vernichten.

»Ich kenne 20-jährige Greise und

80-jährige Jugendliche, und ich bin immer die Jüngere. Weil ich einfach nicht alt werden kann, Menschen sind so lange jung, so lange sie aktiv sind«, sagt Peggy Parnass.

Fest steht, dass Ruth Peggy Sophie Parnass am 11. Oktober 1934 geboren wurde. Mitten auf Hamburgs Kiez. In St. Pauli. Heute lebt sie auf einem anderen Hamburger Kiez, an der Langen Reihe, dem bunten Viertel neben der Außenalster. Dort, wo Künstler leben und arbeiten, wo es Künstlerhöfe, ein schwules Café und eine schwule Buchhandlung gibt. Das ist der Kiez von Peggy Parnass.

Dort lebt auch ihre Freundin, die Künstlerin Tita do Rego Silva, die an Koppel 66 ihr Atelier hat und mit der Peggy Parnass jetzt ihr Buch »Kindheit – Wie uns unsere Mutter vor den Nazis rettete« erneut herausgegeben hat. Im Fischer-Verlag.



Peggy Parnass und Tita do Rego Silva stellen die zweite Auflage ihres Bildbands »Kindheit – Wie unsere Mutter uns vor den Nazis rettete« vor Foto: Heike Linde-Lembke



Peggy Parnass' Eltern haben weder Grab noch Grabstein. Nur drei Stolpersteine vor ihrer Wohnung in der Methfesselstraße 13. Zwei Steine mit ihren Namen drauf. Auf dem dritten Stein steht 'Die Liebenden'. Weil sie sich ja so wahnsinnig geliebt haben

Foto: Heike Linde-Lembke

»Ich wohne bei Freunden und sah morgens immer auf dem gegenüber liegenden Balkon eine Frau mit roten Haaren, die ihre Blumen goss, nackt«, erinnert sich Tita do Rego Silva. Die Brasilianerin, die 1988 nach Hamburg kam, fragte ihre Freunde, wer das denn sei.

»Das ist Peggy«, sagten sie. Für Tita stand fest, diese Frau muss ich kennenlernen. Der Beginn einer Freundschaft zwischen der Künstlerin und der Autorin, Gerichtsreporterin und Journalistin.

Tita las Peggys Lebensgeschichte in Peggys autobiografischer Erzählung »Kindheit – Wie unsere Mutter uns vor den Nazis rettete«. Und wusste, das muss ich illustrieren. Die Idee zu einem wundervollen Buch war geboren.

2012 brachten Peggy Parnass und Tita do Rego Silva das Kunstbuch »Kindheit« im großen Format heraus. Es erschien in der Edition »Die Holzschnittbücher« im Hamburger Verlag Schwarze Kunst,

wurde von der Edition Buchkunst als »Schönstes Buch des Jahres 2013« ausgezeichnet und war rasch vergriffen.

Peggy Parnass und Tita do Rego Silva suchten einen Verlag für eine zweite Auflage, und das ausgerechnet in der TV-Sendung NDR »Drei nach Neun«. Vehement kündigte Peggy Parnass das Buch an. Das drang bis zum renommierten Fischer-Verlag, und jetzt ist »Kindheit« in der Fischer-Reihe »Die Bücher mit dem blauen Band« erneut erschienen und ebenso anrührend wie die Erstauflage, nur kleiner und handlicher (14,99 Euro, überall im Buchhandel).

Der Druck der Farbholzschnitte, die Peggy Parnass' Erzählung über ihre Kindheit und ihre Mutter Hertha nicht nur illustrieren, sondern eigene Kunstwerke sind, ist ebenso brillant wie im großen Format, beispielsweise die Szene auf dem Hamburger Hauptbahnhof, als Peggys Mutter Hertha sie und ihren vierjähri-





gen Bruder Gerd Hans Ludwig, genannt Gady oder Bübchen, Anfang 1939 zum Zug bringt, zum Kindertransport nach Schweden.

»Obwohl sie wusste, dass sie uns nie wiedersieht, stand sie da und hat gelacht, ihr herrliches Lachen mit weit aufgerissemem Mund, und gewunken, solange wir uns sehen konnten«, schreibt die Tochter (»Kindheit«, Seite 43).

Oder die Szene, als Peggys Vater Simon, genannt Pudl, mit dem Fahrrad nach Hause kam und schon auf der Straße, der Methfesselstraße in Hamburg, laut klingelte. Oder – der Nazi, der ihn abholte. Und auch kein Erbarmen zeigte, als der am 5. Dezember 1879 in Tarnopol im damaligen Galizien geborene Simon Parnass seine ihm nach dem Ersten Weltkrieg verliehenen Verdienstkreuze entgegen hielt. Sie lachten nur darüber. Oder ihre Angst, als sie trotz Verbot im Ohlsdorfer Freibad schwimmen gingen. Juden durften nicht öffentlich schwimmen.

Die neue Ausgabe stellte das Autorinnen-Duo jetzt in der Galerie Morgenland in Hamburg vor. Peggy Parnass zeigte auch Fotografien ihrer Familie, von Bübchen, den sie erst hasste, weil sie eifersüchtig war und ihn so hässlich fand mit seinem Glatzkopf, dann aber herzlich liebte, als die blonden Ringellocken wuchsen, und er sie mit seinem Charme einwickelte.

Sie erzählte von ihrem Vater Simon, 30 Jahre älter als die Mutter, einem Charmeur und Abenteurer, der nächstelang fort blieb und das Geld verspielte, während ihre Mutter weinte und schrie vor Kummer. Doch kaum stand der Abtrünnige wieder in der Tür, brach die große Liebe erneut über Peggys Eltern herein. »Dann küssten und küssten sie sich, bis sie keine Luft mehr kriegten. Das fand ich schön.« (»Kindheit«, Seite 16)

Peggy Parnass musste auch davon erzählen, dass ihr Vater am 28. Oktober 1938 bei der »Polen-Aktion« verhaftet wurde und die Mutter mitging. Sie kam wieder frei, sie stand nicht auf der Liste

der Nazis. Noch nicht. Der Vater war Pole und wurde wie alle Polen, die in Deutschland lebten, ausgewiesen.

Die Nazis kesselten die Familie immer mehr ein. Die anderen Kinder drangsalierten sie und ihren kleinen Bruder. Sie durften sich nicht mehr auf eine Bank im Park setzen, durften nicht einmal mehr Eis vom Eismann holen. Sie beschreibt, wie die Milchfrau ihre Mutter und sie ohrfeigte und auf die Straße warf.

Der Vater war inzwischen aus Polen wieder zu seiner Familie gekommen. Doch dann wurde er wieder verhaftet und mit ihm seine fünfjährige Tochter. Die Nazis transportierten sie auf einem Lastwagen quer durch Hamburg, vorbei an der gaffenden und geifernden Menge, und sperrten sie zu anderen Hamburger Juden in eine Turnhalle. Ihr Vater sagte ihr, sie solle zu einem fremden Mann Papa sagen (»Kindheit«, Seite 40), mit ihm aus der Turnhalle gehen und sich nicht mehr umdrehen. Die SS-Leute fanden sie süß – und ließen sie mit dem Mann gehen. Er gab ihr Geld für die Straßenbahn, um ins Jüdische Waisenhaus zu fahren. Sie fuhr nach Hause.

Die Mutter brachte ihre Kinder Anfang 1939 zum Zug auf dem Hamburger Hauptbahnhof, der sie ins rettende Schweden fuhr: »Ich kann seitdem Bahnhöfe nicht mehr sehen, aber den Hamburger Hauptbahnhof ganz besonders nicht.«

Peggy und Gady Parnass haben ihre Eltern nie wieder gesehen. NS-Schergen deportierten Hertha und Simon Parnass, die inzwischen in Krakau lebten, ins Warschauer Ghetto und ermordeten sie im KZ Treblinka. Mehr als 100 Verwandte von Peggy Parnass kamen im Holocaust um.

»Meine Eltern haben weder Grab noch Grabstein. Nur drei Stolpersteine vor ihrer Wohnung in der Methfesselstraße 13. Zwei Steine mit ihren Namen drauf. Auf dem dritten Stein steht »Die Liebenden«. Weil sie sich ja so wahnsinnig geliebt haben. Also kein Grab und kein Grabstein. Aber jetzt dieses wunderbare Buch zu ih-

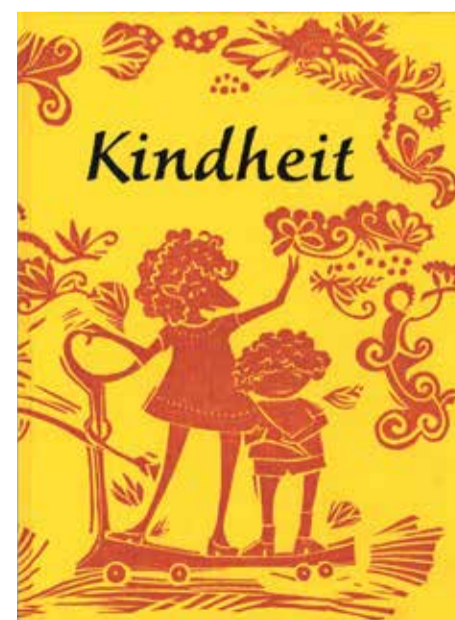
ren Ehren«, sagte Peggy Parnass bei der Buch-Vorstellung.

In der Dokumentationsreihe »Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel und Hamburg-Hoheluft-West – Biografische Spurensuche« wird an die Familiengeschichte der Eltern erinnert (Seite 417, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg).

In Schweden wurde Peggy nach den ersten gemeinsamen Pflegefamilien von ihrem Bruder getrennt. Er stellte erst das Essen ein, dann das Sprechen, weil niemand mit ihm Deutsch sprach, ihm aber auch niemand Schwedisch lehrte. Er verlebte fünf Jahre in einem Waisenhaus, sie durfte ihn nur wenig besuchen. Eine der Waisenhaus-Aufpasserinnen stellte sich ihr stets in den Weg. »Da stand sie, groß wie ein Haus, dieses Satansweib, und breitete die Arme aus«, schreibt Peggy in »Kindheit«, und Tita hat diesem Satansweib mit furchterregendem Fuchsgesicht eine Gestalt gegeben (Seite 47).

Nach dem Krieg studierte Peggy Parnass in London, Stockholm und Paris. Nach Deutschland? Nie wieder. Doch nach einem Besuch bei ihrer Cousine Ursel blieb sie in Hamburg, weil sie dort »so viele duftende Leute getroffen hat«.

Dazu



gehörten der unvergessene Dichter Peter Rühmkorf und »konkret«-Herausgeber Klaus Rainer Röhl. Sie gründeten eine Studentenbühne. Peggy wurde Gerichtsreporterin, schrieb Bücher, darunter »Unter die Haut« (1983) und »Süchtig nach Leben« (1990), in denen sie aus ihrem Leben und dem der anderen erzählt, die sie begleitet haben.

Die Autorin, Journalistin, Schauspielerin und Gerichtsreporterin aus Hamburg hat immer für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gestritten, ist für das Recht auf die Straße gegangen, hat sich nie den Mund verbieten lassen. Nie mehr. Bis heute.

In Hamburg wurde Peggy in den 70er- und 80er-Jahren Gerichtsreporterin für die »Hamburger Morgenpost«, für »konkret« und weitere Zeitungen, nahm intensiven Anteil nicht nur an den Opfern, sondern spürte vor allem dem Warum nach. Ihre Gerichtsreportagen, zusammengefasst in dem Buch »Prozesse« (1979), wurden zum Spiegel des bundesrepublikanischen Zustands der 70er- und 80er-Jahre. Dafür gab es 2008 das Bundesverdienstkreuz, eine von vielen Auszeichnungen. Das Bundesverdienstkreuz aber fand sie gar nicht so toll, »weil es auch viele Nazis und ehemalige SS-Männer bekommen haben.« Sie lehnte ab. Erst nach einem Zuspruch von Stefan Troller und Ralph Giordano nahm sie es an.

Peggy Parnass ist neugierig auf alles. Sie stand auf der Bühne, lebte in WGs, demonstrierte. Geht gegen die Nazis an, denn sie weiß, sie sind immer noch da. Aber als sie zurück kam nach Hamburg, merkte sie, es sind auch andere da. Andere, die wie sie gegen die braune Brut kämpfen. Peter Rühmkorf, Rainer Maria Röhl, Ralph Giordano, Esther Bejarano, Dick Busse, mit dem sie Kabarett machte.

Sie gab Sprachkurse in Schwedisch, dolmetschte für die Polizei und war sogar Eintänzerin »für fünf Mark und ein paar Schnittchen«. Vor allem aber ist Peggy Parnass eine: Eine freie Frau, wach und unabhängig. Eine, die sich einmischt. Bis jetzt, als sie vor wenigen Wochen noch mit vielen anderen Anwohnern ihres Lange-Reihe-Kiez' gegen die Erweiterung der Busspur auf die Straße ging.

Woher nimmt sie diese Kraft, immer wieder auf die Bühne zu gehen, immer wieder auf Demos zu gehen, immer wieder aufzubegehren? »Das ist meine unbändige Freude am Leben«, sagt Peggy Parnass und ein kindlich-fröhliches Strahlen leuchtet aus ihren großen Augen.

Ihr Bruder lebt in einem Kibbutz in Israel, ist verheiratet, hat drei Kinder und Enkelkinder. Peggys Sohn Kimme ist Schwede.

Peggy Parnass wurde vielfach ausgezeichnet, 1979: Joseph-Drexel-Preis für hervorragende Leistungen im Journalismus. 1980: Fritz-Bauer-Preis. 1998: Biermann-Ratjen-Medaille. 2005: St.-Georg-Medaille. 2008: Bundesverdienstkreuz. 2012: Goldener Drache St.-Georg. Viele Autorinnen und Autoren schrieben über sie, darunter die Schriftstellerin Viola Roggenkamp, die ebenfalls in Hamburg lebt und arbeitet (»Mamme«, TB, Fischer-Verlag). Peggy Parnass – eine mutige, eine streitbare, eine Frau wie das pralle Leben.

Illustrationen von Tita do Rego Silvas im Buch »Kindheit«

Nr. 69 / Jahrgang 43

Preis 25 Rpf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Kedaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W 15, Meinekestr. 30
 Fernruf: 91 9031, Telegramm-Adresse: Orghep. — In Fällen höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung, etwa schon gezahlte
 Beiträge bleiben. Bezugspreis einschließlich Zustellgeld je Monat RM 2,-, je Viertel-
 jahr RM 5,75; bei Abholung RM 1,80 bzw. RM 5,25 (einschließlich Postzeitungs-
 gebühr von 10 Rpf. je Monat). — Postcheck-Konten der Vertriebs-Abteilung
 für Groß-Berlin: Berlin 71573, für das übrige Reich: Berlin 12392

BERLIN

ידי מרחשוון תרצ"ח

DIENS 19. Dezember 1924 1938

Kerschalt jeden Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste
 Nr. 3 vom 1. April 1936. Die zweitgenannte min-Zeile 20 Rpf. für Familien-
 Nachrichten 15 Rpf. Keine Gewähr für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten
 Ausgaben oder an bestimmten Plätzen. Einlasszeiten nur gegen Vorauszahlung
 auf Postcheck - Konto Berlin 71618 oder bei Montag bis Freitag 9-18 Uhr.
 Anzeigenschluß für die Dienstag-Ausgabe Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgabe
 Mittwoch 15 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 16 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

AUS DER HISTORISCHEN JÜDISCHEN RUNDSCHAU VOR 90 JAHREN

Am 8 November 1938 erschien die letzte Ausgabe der zumeist zweimal wöchentlich erscheinenden Jüdischen Rundschau, bevor sie von den Nationalsozialisten verboten wurde. Die zionistische Zeitung war 1913 als Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (Zvfd) gegründet worden. Das kleine aber bekannte Blatt hatte in der Weimarer Republik eine Höchstauflage von 37.000 Exemplaren.

Jiddischisten und Hebraisten in Warschau

Warschau (J.T.A.) Zwischen Jiddischisten und Hebraisten kam es am 13. Dezember im Lokal des jüdischen Schriftstellervereins zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Deputierten Grünbaum und Schipper und die zwei bekannten jüdischen Schriftsteller Schalom Asch und N.D. Nomberg wurden in den Tumult hineingezogen. Als dann Polizei erschien und die Versammlung auflösen wollte, gab der Präsident des Schriftstellervereins, der Deputierte Dr. Schipper die Erklärung ab, daß er die volle Verantwortung für den weiteren Verlauf übernehme. Die Polizei zog hierauf ab.

Der Konflikt entstand in Verbindung mit der Ablehnung eines Antrags des Deputierten der jüdischen Volkspartei, Prilutzki, durch den polnischen Sejm, der sich auf die Unterstützung der „Jiddischistenschulen“ bezog. Der jüdische Parlamentsklub, der seinen eigenen weitergehenden Antrag auf Unterstützung des gesamten „jüdischen Schulwesens“ eingebracht hatte, stimmte gegen den Antrag Prilutzki. Das Ende war, daß beide jüdischen Anträge abgelehnt wurden.

Die jiddischistischen Mitglieder des jüdischen

Schriftstellerverbandes forderten nun die Ausschließung der Deputierten Grünbaum, Dr. Thon und Dr. Schipper als „Verräter an der jiddischen Sprache“ aus dem Verband. Als der Dep. Grünbaum in der Versammlung das Wort ergreifen wollte, hinderten ihn die Jiddischisten am Sprechen. Sie griffen ihn auch tätlich an. Einige anwesende Deputierte eilten Grünbaum zu Hilfe. Es entstand ein ungeheurer Tumult, der in eine allgemeine Schlägerei ausartete. Schalom Asch appellierte an die Versammlung, das Ansehen des Verbandes zu wahren. Sein Ruf blieb unbeachtet. Er, sowohl wie Nomberg, wurden in die Schlägerei hineingezogen. Die Versammlung wurde schließlich abgebrochen. Die Hebraisten sangen die „Hatikwah“, während die Jiddischisten und Bundisten die revolutionäre „Schwue“ anstimmten.

Das Schicksal der aus Bayern ausgewiesenen Ostjuden

Ein gewisser Herr Christian Rebhan hat, wie die J.T.A. meldet, in der New Yorker Staatszeitung einen offenbar aus bayerischen Kreisen inspirierten Artikel veröffentlicht, in welchem der antisemitische Charakter der bayerischen Judenauswei-

sungen bestritten wird und die diesbezüglichen Nachrichten auf „französische Wühlarbeit“ zurückgeführt werden.

Demgegenüber ist festzustellen: Der antisemitische Charakter der Ausweisungen war in München allgemein zugegeben. Die Münchener Behörden verlangten aus den Provinzstädten Meldungen über die dort vorhandenen und auszuweisenden „lästigen Ostjuden“. Die Ausweisungen selbst haben eine große Anzahl der Betroffenen wirtschaftlich völlig ruiniert. Die vorgeschriebene Realisierung des Besitzes der Ausgewiesenen hat während des damaligen Höhepunktes der Inflation keinen nennenswerten Betrag ergeben; der Erlös war innerhalb weniger Tage zur völligen Wertlosigkeit herabgesunken. Sämtliche Ausgewiesenen oder in der Erwartung der Ausweisung aus Bayern Verzogenen, die in der denkbar ungeeignetsten Zeit sich eine neue Existenz in fremden Orten gründen sollten, gingen wirtschaftlich vollständig zugrunde.

624 Einwanderer an einem Tage

Jerusalem. (J.T.A.) Am 10. Dezember sind 624 Einwanderer in Palästina eingetroffen.

“THE PALESTINE CIGARETTE” LUBLINER № 18

Unter diesem Namen wird meine erste Zigarette in diesen Tagen auch dem deutschen Raucher zugänglich sein. Sie kostet 10 Pf. pro Stück und ist in Packungen von 25 und 50 Stück durch den feinen Zigarettenspezialhandel erhältlich.

Samuel Lubliner.

Geschäftliche Mitteilungen

Neue Palästinazigaretten. Wir haben in der letzten Nummer bereits Gelegenheit gehabt, auf eine mit Palästinatobak hergestellte Zigarette zu verweisen, die in Deutschland in den Handel kommt. Wie uns mitgeteilt wird, nimmt die Verarbeitung palästinensischer Tabake in Deutschland erfreulicherweise bereits

einen größeren Umfang an. Auch unsere bekannten Gesinnungsgenossen Kurt Rosenbaum und Abraham Wald teilen uns mit, daß sie mehrere Zigaretten hergestellt haben, in deren Mischung auch palästinensische Sorten in hervorragender Weise verwendet wurden. Wir verweisen diesbezüglich auf das Inserat in unserer heutigen Nummer.

* * * * *

**Gesinnungsgenossen,
sendet große Chanukkah-Spenden dem Keren Kajemeth Lejrael!**

Die Verhandlungen über das Atomprogramm des Iran zwischen den Staaten des UN-Sicherheitsrates, Deutschland (P5+1) und dem iranischen Regime gingen in Wien ohne Ergebnis zu Ende.

Die NGO »Stop the Bomb« fordert neue Sanktionen



Pressemeldung, 25.11.2014

Die Frist, in der die P5+1 mit dem iranischen Regime in der Atomfrage zu einem Ergebnis kommen wollten, ist gestern Nacht in Wien ohne Ergebnis verstrichen.

Die Nuklearverhandlungen, die seit 2003 laufen, hatten ursprünglich das Ziel, den Iran von der militärischen Dimension seines Atomprogrammes abzubringen. Dieses Ziel haben die P5+1 bereits mit

dem Genfer Zwischenabkommen vom November 2013 als unrealistisch aufgegeben. Seitdem geht es nur noch darum, die »breakout« Zeit zu verlängern, die das Regime brauchen würde, um aus den nuklearen Komponenten Atomwaffen zu bauen, sollte es sich dazu entscheiden.

»Stop the Bomb« Sprecher Michael Spaney kommentiert: »Die Strategie, mit Iran in gemeinsamen Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen, ist gescheitert. Zugeständnisse und Zeitgewinn haben das iranische Regime zu einer nuklearen Schwellenmacht gemacht. Die westlichen Staaten müssen jetzt die Konsequenzen ziehen: Nur Druck und Sanktionen hatten das iranische Regime nach 2010 an den Verhandlungstisch gebracht. Um die Gefahr einer islamistischen Atombombe noch abzuwenden, muss der Druck auf die Islamische Republik jetzt

durch neue wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen erhöht werden.«

Im November 2013 hatten die P5+1 dem Iran substantielle Zugeständnisse gemacht, um zu Verhandlungsergebnissen zu kommen. So wurden 4,2 Mrd. Dollar aus eingefrorenen Guthaben freigegeben. Sanktionen in den Bereichen Petrochemie, Autoindustrie und Edelmetalle wurden zurückgefahren.

Spaney weiter: »Der fatale Fehler liegt darin, das iranische Regime nicht danach zu beurteilen, was es tut, sondern was man sich von ihm wünscht. Von einer Öffnung und Mäßigung kann eineinhalb Jahre nach Rohanis Amtsantritt keine Rede sein, im Gegenteil: Die Hinrichtungen sind dramatisch angestiegen. Khamenei hat erst am 9. November einen weiteren Plan zur Vernichtung Israels vorgelegt. Iranische Medien preisen ganz offen ira-

nische Raketenlieferungen an Hamas und Hisbollah. In Syrien hat das Regime seine Intervention verschärft, im Jemen sind seine Verbündeten in die Hauptstadt einmarschiert.«

»Stop the Bomb«-Gründungsmitglied Fathiyeh Naghibzadeh erklärt zu den regionalen Auswirkungen: »Das Appeasement gegenüber den Brandstiftern in Teheran hat die Hardliner gestärkt und in Syrien und im Irak für ein furchtbares Inferno gesorgt. Iranische und syrische Oppositionelle, gemäßigte Muslime, die Minderheiten der Region und Israel sind die Hauptleidtragenden dieser Politik. Der Westen muss sich entscheiden, ob er auf der Seite der iranischen Islamisten und ihrer Verbündeten oder auf der Seite der demokratischen und moderaten Kräfte im Mittleren Osten steht. Beides zugleich ist unmöglich.«

Weblog von Ali Schirasi

<http://alischirasi.blogspot.de/>

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Ayatollah Chamene'i: Die Koalition gegen IS ist eine große Lüge

26. November 2014

Nach dem vorläufigen Ende der Atomgespräche mit dem Iran hielt Ayatollah Chamene'i vor seinen Anhängern eine Rede, die das Scheitern begrüßt.

Zusammengefasst sagte er, dass »die USA und die Kolonialmächte Europas« versucht hätten, die Islamische Republik Iran in die Knie zu zwingen – dies sei ihnen aber nicht gelungen. Und es würde ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

Das Westjordanland müsse ausreichend bewaffnet werden. Man habe immer gesagt, dass man das Westjordanland verteidigen und mit Waffen unterstützen werde – und dies würde auch zukünftig unbedingt so gemacht. Man wolle sich von religiösen Auseinandersetzungen fernhalten. Aber man habe in der Vergangenheit die Hisbollah, die Hamas, den Islamischen Dschihad und sunnitische Gruppierungen in Palästina mit allen Möglichkeiten unterstützt und auch dies würde fortgesetzt.

Bevor Israel vernichtet werden könne,

hätten sie und Palästina die Pflicht, mit starkem Willen bewaffneten Widerstand gegen Israel zu leisten.

Die Koalition gegen den IS sei eine große Lüge. Die »scheinbaren islamischen Gruppierungen« wie den IS würden allesamt durch die USA, Israel und die europäischen Länder verwaltet und organisiert.

Über die Milch von Hühnern im Iran

25. November 2014

Mohammed Ali Sayed Abrishami, der stellvertretende iranische Industrieminister, hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ISNA erklärt, dass in den letzten 15 Jahren 14.000 Industriebetriebe im Iran pleite gegangen seien. Zur Zeit wären laut Abrishami 22.000 Industriebetriebe im Iran nur zu 50% ausgelastet. 24.000 weitere Betriebe würden lediglich mit einer Kapazität zwischen 50% und 70% arbeiten.

Als Ursachen werden von ihm das Problem billiger Importe von Konkurrenzprodukten (Anm.: meist von mächtigen Pasdaranseilschaften organisierte Billigimporte) aus dem Ausland, fehlende Ersatzteile aufgrund der Sanktionen und die Schwierigkeit der Firmen, Kredite von

den Banken zu bekommen, genannt.

Allein seit Hasan Rouhani an die Regierung gekommen ist, hätten 5.400 Betriebe schließen müssen. Abrishami sagte weiter, dass 70% der Industriebetriebe seit Beginn des Embargos große Probleme hätten oder kurz vor dem Bankrott stünden.

In diesem Zusammenhang gab der Sprecher von Rouhani, Mohammad Bagher Nohaht, bekannt, dass die Beschäftigungsrate im Industriesektor im letzten Jahr um 36% zurückgegangen sei. Von 841 großen Betrieben der Industriegebiete im Iran sind nur noch 192 große Betriebe weiterhin aktiv aber durchschnittlich nur zu 40% ausgelastet. 629 andere Betriebe wurden geschlossen.

Anmerkung: Die Hardliner im Iran, also diejenigen, die von den herrschenden Machtstrukturen und den Mafiastrukturen beim Importhandel profitieren, haben kein Interesse, dass die Sanktionen gegen den Iran aufgehoben werden. Gerade unter den Sanktionsbedingungen blühen der Schmuggel, die Korruption und der illegale Import, der wesentlich in der Hand der Pasdaran liegt, auf. Alleine 37 illegale Häfen im persischen Golf werden von den Pasdaran betrieben. Der Volksmund im Iran sagt, dass in diesen Häfen alles zu bekommen sei, vom Blut von Menschen bis zur Milch von Hühnern.

Volleyball im Iran – Propaganda gegen das System?

24. November 2014

Die britisch-iranische Staatsbürgerin Ghontsche Qawami wurde vom Revolutionstribunal in Teheran wegen »Propaganda gegen das System«, »Spionage« und »Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Sicherheit des Landes« zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ausreiseverbot verurteilt. Bis zur Revisionsverhandlung wurde sie jetzt – nach Hinterlegung einer hohen Kautions – auf freien Fuß gesetzt. Ihr Anwalt, der darauf hingewiesen hatte, dass die Anklage absolut lächerlich sei und sie lediglich bei einem Volleyballspiel zugeschaut habe und



Der Iranische Außenminister Zarif und die UN-Repräsentantin Ashton verlassen das Pressepodium nach den beendeten Verhandlungen in Wien, 24. November 2014

danach festgenommen worden sei, wurde inzwischen wohl so unter Druck gesetzt, dass er sein Mandat an die Familie zurückgab und sie sich jetzt einen neuen Anwalt suchen muss. Die eigentlichen Gründe für die Verhaftung sind unklar, haben aber wohl gar nichts mit der Person der Verurteilten zu tun.

Teheran: Protest der Busfahrer

24. November 2014

Über 200 Vertreter der Busfahrergewerkschaft haben sich in Teheran versammelt, um gegen den Vertragsbruch der Städtischen Busfahrgesellschaft Teherans zu protestieren. Vor acht Jahren wurde mit der Gewerkschaft vereinbart, dass die Städtische Busfahrgesellschaft, das sie aus dem Verkauf betriebseigener Grundstücke erhält, dazu verwenden wird, Busfahrer und ihre Familien zu unterstützen, eine eigene Wohnung zu erwerben. In den vergangenen acht Jahren wurden zwar eine Menge solcher Grundstücke verkauft, aber das Geld ist in andere Taschen gewandert, die Familien der Busfahrer haben nicht davon profitiert. Der Oberbürgermeister von Teheran hat auf die Briefe der Gewerkschaft nicht einmal reagiert.

Ali Schirasi ist ein Lehrer aus Iran, der seit 1987 im Exil in der Bundesrepublik lebt und als freier Schriftsteller tätig ist. Den Weblog betreiben 8 Personen deutscher und iranischer Herkunft



Ayatollah Ali Chamene'i kommentiert vor seinen Anhängern in Teheran das Ende der Gespräche in Wien, 25. November 2014

Jeckes oder Jecken? Ja, was denn nun?

Und wieder einmal ist Karneval am Rhein ...

Mit dem folgenden Text beschenkte uns Frau Carmel aus dem Rheinland und die Redaktion der Jüdischen Rundschau gibt ihn sehr gerne an unsere Leserinnen und Leser weiter

Wie leicht wäre unser Leben, wären wir einmal im Jahr die »Jecken« im Karneval. Stattdessen bleiben wir ständig die »Jeckes«. Und das kam so:

Auch heute gibt es sie hier noch im Nelly-Sachs-Haus in Düsseldorf: die »Jeckes«, das heißt deutsche Juden, die in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts vor den Nazis nach Palästina flohen.

Die Hochburg der Jeckes war Nahariya, ein bezaubernder Ort am Mittelmeer, in dem lange Zeit Deutsch gesprochen wurde. Lustige Erlebnisse werden von dort noch heute erzählt. Wie man als Kind Wäsche austragen mußte, wie schön es im »Pinguin« war, oder wie eine jetzt hochbetagte Heimbewohnerin, damals auf den Wasserturm von Nahariya steigen musste, um ankommende Feinde zu erspähen. Angeblich hörte man Zischlaute einer imaginären Eisenbahn in Nahariya, die von jeckischen Bauarbeitern stammen sollten, die einander Bausteine mit höflichen Floskeln zureichten: »Bitt' schön, Herr Doktor«, »dank' schön, Herr Professor«. Es war schon ein hartes Leben für die armen Jeckes.

An einem langen Tische im Speisesaal des Nelly-Sachs-Hauses sitzen sie zum

Teil noch heute, die Jeckes und keiner der jeweiligen Heimleiter konnte an ihnen vorbei, ohne ein freundliches Wort an sie zu richten. Das ist auch heute noch so, wenn auch die jeckischen Reihen stark gelichtet sind. Dafür aber lachen die anwesenden Jeckes herzlich über vergangene Zeiten in Israel. Von unglaublichen Busfahrten mit Egged und Dan über holprige, staubige Landstraßen wird berichtet. Der heutige »Ayalon«, so gab es den damals?

Übrigens weiß keiner der Jeckes, warum sie in Israel so genannt wurden. Waren sie »jeck«, wie die Menschen im rheinischen Karneval? Trugen sie kurze Jäckchen? Nein!

Angeblich waren die Jeckes überkorrekt, pedantisch und völlig humorlos, letzten sollten sie wohl auch noch behalten?

Nur sehr schwer lebten sich die Jeckes im »Morgenland« ein. Auch die hebräische Sprache, die sie größtenteils nur aus den Gebetbüchern kannten, war für die ein Buch mit sieben Siegeln. In den Amtsstuben in Palästina hatte man als Neueinwanderer nichts zu lachen. Barsch wurde man angefahren, was man denn wolle. »Ma ata roze« in Neu-Hebräisch. Kam nicht so gut rüber, aber damals herrschte noch der harsche Amtston aus einstiger osmanischer Zeit in Palästina, der sich aber auch jetzt noch glänzend behauptet.

Bei allem Unverständnis über die Je-

ckes, über ihre Liebe zur deutschen Sprache, ihre deutschen Gewohnheiten, wurde schrecklich gelacht. Ihre geheiligte »Schlafstunde« täglich von 2–4 Uhr war Gegenstand ständiger Witze. Aber heutzutage hätten sich alle die Schlafstunde angewöhnt und würden sie sogar auf Deutsch so nennen. Nach dem 2.

Weltkrieg, als man annahm, man könnte hier in Deutschland wieder als Jude leben, kehrten in den 50er Jahren zahlreiche Jeckes nach Westdeutschland zurück. Sie hatten so ihre Gründe, zurückzukehren.

Zum einen war es das Klima, das ihnen zu schaffen machte, oder doch Heimweh nach dem Land, das sie eigentlich immer liebten? Harte Kritik wurde nun wieder in Israel an ihnen geübt. Und entsetzt wurden jeckische Besucher aus Deutschland gefragt: »Wie könnt Ihr dort nun wieder leben?«

Obwohl die Rückkehrer jahrelang sinnbildlich auf »gepackten Koffern saßen«, blieben sie doch letztendlich hier.

Und für die jüdische Gemeinschaft war es ein Segen, dass es sie gab. Wie sonst hätte erneut jüdisches Leben hier weiter-



Auch blau-weiße Jecken machen noch keine Jeckes, Karneval in Düsseldorf, 11. Februar 2013
Foto: thinkstock

gehen können? Von einst 5.000 Düsseldorfer Juden kehrten nach dem Krieg nur 38 Menschen lebend zurück.

Ob die Liebe der Jeckes zu Deutschland wieder schlecht gelohnt wird? Nach dem letzten Sommer hier und den unvermuteten Hassparolen gegen uns, bin ich zu tiefst misstrauisch geworden. Soll man hoffen, daß sich die »Geschichte« so nicht ein zweites Mal wiederholen wird? Ja, hoffen wir es.

Allen Jeckes und allen jüdischen Menschen ein herzliches Schalom!

Lisa Carmel
Nelly-Sachs-Heim Düsseldorf, Elternheim der Jüdischen Gemeinde
P.S. Ich wanderte erst 1972 in Israel ein, bin ich nun Jecke? Oder nicht?

Eine Medienkritik

Wie man in Deutschland auf die Gefahr einer »dritten Intifada« reagiert

Von Jochen Böhmer

Die Reaktionen auf die antisemitisch motivierten Mordanschläge in Israel in den letzten Wochen kann man anhand zweier ausgewählter Artikel aus dem SPIEGEL zeigen. In der Ausgabe Nr. 47 erschien ein Artikel mit der Überschrift »Der rote Kreis von Kana«. Darin geht es unter anderem um den Attentäter, der mit dem Auto am 22. Oktober in die wartende Menschenmenge an der Straßenbahnhaltestelle raste. Die Lebensumstände des Amokfahrers werden dabei geschildert, als ginge es darum, diese Tat zu verstehen. So musste er eine einjährige Gefängnisstrafe wegen »Steinewerfens« absitzen (das ist auch in Deutschland nicht

unüblich), sollte – nach eigener Aussage – für den israelischen Inlandsgeheimdienst arbeiten. Er weigerte die Mitarbeit, bekam »furchtbare Kopfschmerzen«. Wie man auf die Idee kommen kann, mit einem Auto auf Menschen zu fahren, liest sich dann so: »Es ist dieses Gefühl der Ohnmacht, das die Palästinenser beiderseits der Mauer, in Israel wie im Westjordanland, zunehmend verzweifeln lässt. Und diese Verzweiflung nährt den Hass.« Oder: »Die Häufung dieser Angriffe ist die Konsequenz der politischen Ausweglosigkeit.« Während in dem Artikel über (tatsächlichen oder vermeintlichen) Rassismus bzw. rassistische Tendenzen in der israelischen Gesellschaft ausführlich gesprochen wird, wird der Antisemitismus

bei den Palästinensern völlig außer Acht gelassen.

Eine Woche später erscheint im SPIEGEL (Nr. 48) ein Essay, der mit »Alles nur Taktik« überschrieben ist. Auch hier sind die sich häufenden »Anschläge palästinensischer Einzeltäter« das Thema. Der Mord in der Jerusalemer Synagoge wird dabei als »neue Dimension« gesehen. Sicherlich: Solche Angriffe auf Synagogen hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Doch wenn der Nahost-Konflikt als ein Konflikt, der »sich bisher vor allem um Land drehte«, beschrieben wird, beschleicht einen ein ungutes Gefühl. Denn wäre der Konflikt »nur« um Land gegangen, hätten die arabischen Armeen 1948 Israel nicht mit dem Ziel angegriffen, die Juden ins Meer zu treiben. Kompromissangebote von Israel gab es häufig. Angenommen wurden sie nie, weil es eben nicht »nur um Land« geht, sondern um Antisemitismus.

Die Mordwerkzeuge der Attentäter, die »Bagger, Autos, Messer« werden zu »Waffen derer, die nichts mehr haben: nichts mehr zu hoffen damit nichts mehr zu verlieren.« Zwar wird konstatiert, dass »zwischen Besatzung und Mordtaten« kein kausaler Zusammenhang besteht, aber im nächsten Satz wird dies schon wieder relativiert. »Aber es gibt einen zwischen Besatzung und Hoffnungslosigkeit.« Wer Sätze liest wie: »In Ostjerusalem fühlt sich die palästinensische

Bevölkerung fremd in der eigenen Stadt« könnte auf die Idee kommen, dass die »besorgten Bürger«, die gegen Flüchtlinge in Berlin-Marzahn oder Berlin-Köpenick auf die Straße gehen, nicht ähnlich fühlen? Die israelische »Landnahme« sei sowieso »raumgreifender« denn je, damit wird jede politische Lösung »zunehmend unmöglich« gemacht. Schuld ist Israel und seine Regierung: »Dabei ist es Netanyahu selbst, der die Hauptschuld daran trägt, dass jeder neue Versuch, über ein friedliches Nebeneinander zu verhandeln, zur Farce verkommt.« Besuche jüdischer Touristen oder Rabbiner auf dem Tempelberg sind reine Provokation sowie Auslöser für verständliche Krawalle. Die israelischen Sicherheitskräfte sollten sich lieber daran machen, die jüdischen Besucher – statt diese bewaffnet zu eskortieren – »am Eingang abzuweisen.«

Während also in Deutschland momentan jeden Montag fast zehntausend Menschen gegen »Überfremdung« demonstrieren und man es geschafft hat, den 9. November 1938 zur lästigen Randnotiz in der nationalen Einheitsparty zu degradieren, zeigt man – einmal mehr – mit dem Finger auf Israel. Um das ganze beängstigende Szenario noch vergangenheitspolitisch abzurunden, erhält die »wir sind alle Opfer von den bösen Nazis«-Serie »Unsere Mütter, unsere Väter« mal nebenbei einen Emmy.



Die ZDF-Redakteurin Hempel und TV-Produzent Benedict (links und rechts) erhalten für die Serie »Unsere Mütter, unsere Väter« einen Emmy in New York, 24. November 2014

DER SPIEGEL

BRIEFE UNSERER LESERINNEN UND LESER

Die JR freut sich immer über Briefe und Kommentare; wir behalten uns vor, nur ausgewählte Schreiben ggf. gekürzt wiederzugeben. Die Briefe spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Mit Freude

bin ich – ausgerechnet vergangenen Volkstrauertag – am Dortmunder Hauptbahnhof auf Ihre Zeitung gestoßen. Aufgewachsen in einem anti-jüdischem Umfeld als Kind eines gebürtigen muslimischen Palästinensers und einer linkspolitischen Deutschen in einer antiisraelischen Nachbarschaft aus Altnazis und Altkommunisten, geschult von antiisraelischen Alt-68ern, freue ich mich über jedes Zeichen aktiven jüdischen Lebens in Deutschland! Die Ankündigung der neuen Regierung in Stockholm, einen Staat Palästina anerkennen zu wollen, hat mich zugleich (zu fortgeschrittener Stunde) zu einem Kommentar bewegt. Ich habe ihn im Anhang angefügt. [Den Text haben wir in der Rubrik Meinung, S. 11 in dieser Ausgabe abgedruckt, d. Red.] Mit den Wünschen, dass Ihre Zeitung noch ganz am Anfang Ihrer Zeit steht.

Schalom, Adam Elnakhal, Dortmund am 18. November

Herzlichen Dank

für Ihren erhellenden Beitrag über das Holocaust-Gedenkjahr in Budapest, gelesen bei JR [in No. 3, Sept. 14 von Miklós Klaus Rózsa, d. Red.].

Als Abkömmling einer weitverzweigten Familie aus Ungarn, die während der Shoa dezimiert wurde, interessieren mich natürlich die Nachwehen. Erst kürzlich wurde in Zürich ein Dokumentarfilm über meine Mutter Edith Goldberger, geb. Klein – Überlebende von Auschwitz und eines Zwangsarbeitslagers in Deutschland – mit dem Titel »Bomben für meinen Feind« (Regisseur und Filmer: Joram Holtz) gezeigt.

Ihnen weiterhin viel inspirierende Schaffenskraft!
Ronaldo Goldberger im November

Gefällt mir sehr gut

(...) Ein Probeexemplar der 5. Ausgabe Ihrer Zeitung habe ich heute erhalten. Die Ausgabe gefällt mir sehr gut. Ich habe heute Abend bereits ein Abo für die nächsten 12 Ausgaben bestellt.

W. Ohlbracht, Witten am 26. November

Ich gratuliere

Sehr geehrter Herr Heni, von einer Freundin aus Dresden erhielt ich Ihre Zeitung. Ich gratuliere Ihnen zu ihrem jungen »Zeitungskind«. Massel und Bruche, so sprach man auch im Rheinland früher. Ich schreibe im Prinzip für die Gemeindezeitung über das Nelly-Sachs-Haus [und] erhalte viel Zuspruch von »unseren Leuten«. Das freut mich so sehr. Und auch Ihnen möchte ich Zuspruch vermitteln, nach dem Exemplar, welches ich von Ihnen gelesen habe, bin ich ganz begeistert. Also, Masal Tov und Schalom

Lisa Carmel, im November, Düsseldorf, aber ich bin in Berlin geboren! Wann? Keine Ahnung.

Auf S. 38 dieser Ausgabe finden Sie den mitgeschickten Text »Jeckes oder Jecken« von Frau Carmel, vielen Dank!

»Ein kleiner Hinweis«

Sehr geehrte Damen und Herren, am 3. Juli 2013 hat Henri Zimmer in der Jüdischen Rundschau über einen Prüfungsrechtsstreit der Humboldt-Universität berichtet. Als einer der beteiligten Gutachter habe ich seinerzeit, da es sich um ein laufendes Verfahren handelte, verzichtet, auf die (...) Darstellung zu reagieren. Da nun das Urteil veröffentlicht ist, möchte ich Sie und die Leser/innen Ihrer Zeitung auf folgenden link hinweisen, wo das Urteil nachzulesen ist:

<http://openjur.de/u/745203.html>

Mit freundlichen Grüßen

Markus Witte, Berlin am 22. November

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Telefon 030. 54 71 02 50

Fax 030. 23 32 88 60

E-Mail redaktion@juedische-rundschau.de

www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Dr. Susanne Wein, Dr. Clemens Heni

(clemens.heni@juedische-rundschau.de)

Telefon 030. 42 09 63 71

Administration: Michail Goldberg

Layout: Kahane Design

Werbeabteilung: Telefon 030. 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH

Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis:

frei Haus jährlich 39 €,

ermäßigt 32 € einschließlich 7 % MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge

unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekenn-

zeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung

der Redaktion wieder. Der Verlag haftet nicht für die

Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die

Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos

wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit

ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fern-

mündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge

übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das

mit dem Kürzel »AFP« gekennzeichnete Bildmaterial

dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und aus-

schließlich für die persönliche Information bestimmt.

Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die

Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Ver-

vielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung

sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in

überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der

AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01. 05. 2014

und die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01. 09. 2014

In der Galerie werkraum und sinn, Bergmannstraße 59 in Berlin-Kreuzberg [wir berichteten in JR No. 4, Okt. 14, S. 31] ist noch bis zum 4. Januar 2015 die Fotoausstellung INNE MIASTO / EINE ANDERE STADT von Elżbieta Janicka und Wojciech Wilczyk zu sehen. Die Arbeit ist eine visuelle Beschreibung des ehemaligen Warschauer Gettos (1940–1943), das die deutschen Besatzer im Herzen der polnischen Hauptstadt errichteten. Die Bilder zeigen das heutige, moderne Warschau, dem die schreckliche Vergangenheit nur indirekt durch das Fehlen historischer Bausubstanz anzusehen ist. Der zweisprachige Katalog (polnisch und englisch) des Projektes, herausgegeben von der Warschauer Nationalgalerie, ist in der Ausstellung für 16 € erhältlich.





Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 785€ pro Person ÜF/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:
TEL AVIV
Sea Net 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 450€
JERUSALEM
Jerusalem Gold 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 550€
NETANYA
Margoa 3* | 7 Tage | ÜF p.P. ab 385€

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum für GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TUS Reisebüro

- VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
- SRI LANKA ab 1350€ (10 Tage)
- MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
- GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
- ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
- ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Tschechien (Karlsbad) | 7 T | HP p.P. ab 350€
Polen (Kolberg) | 7 T | HP p.P. ab 250€
Litauen (Druskininkai) | 7 T | VP p.P. ab 388€



Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€	Griechenland ab 480€
Italien ab 470€	Türkei ab 385€
Zypern ab 360€	Kanaren ab 525€
Emirates ab 880€	Thailand ab 760€
Kuba ab 970€	Bali ab 990€

Adresse: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Tel: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

Inhalt

Dezember 2014, Kislew – Tewet 5775

POLITIK

- Dr. Rafael Korenzecher: Wort des Herausgebers..... 1
- Editorial der Redaktion: Ein fröhliches Chanukka! 1
- Thomas Weidauer:
Über die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini 3
- Martin Sehmisch: Frankfurt u. Pressemeldung IKG München:
Gedenken an die Morde in Jerusalem 4
- Alex Feuerherdt: Hooligans und Salafisten 5
- Ora: Antisemitismus in Europa, eine Übersicht 6

MEINUNG

- Clemens Heni: Anmerkungen zum Jüdischen Museum Berlin... 7
- Alex Feuerherdt: Mehr als ein Haar in der Suppe 8
- L. Joseph Heid: »Judenzählung«, keine originäre Idee 9
- Nathan Warszawski: Antisemitismus gehört zur EU 10
- Adam Elnakhal: Schwedens Anerkennung von »Palästina« 11

JUDEN HEUTE

- Wolfgang Seibert: Gedanken zu Chanukka 12
- Claudia Trache: Bericht von »Jüdisch jetzt!«, Dresden 13
- Susanne Wein: Filmstart »Titos Brille« 14
- Interview mit Max Moses Bonifer: Beispiel Offenbach 15
- Interview mit Rabbi Matanky aus Chicago 16

ISRAEL

- Robert Rozett (Yad Vashem):
Eine Flutwelle des Antisemitismus 17
- Ulrich Becker: Leben in Israel heute 18
- Thomas Weidauer: Auftakt einer dritten Intifada? 18
- Karl Pfeifer: Anfänge der israelischen Armee (Teil 2) 20
- Heike Linde-Lembke: Tenenbom »Allein unter Juden« 22

NAHOST

- Interview mit Mordechai Kedar: Die Acht-Staatenlösung 23
- Rezension: Romirowsky/Joffe:
Religion, Politics, and UNWRA (E. Grözinger) 24
- Daniel Pipes: Kolumne vom 14. November 25

RINKS UND LECHTS

- Anton Maegerle: Chronik Judenhass bei rechts und links 26

KUNST UND KULTUR

- Ralf Frodermann: Jüdische Wertheriade 28
- Interview mit dem Künstler Moran Haynal 28

GESCHICHTE

- L. Joseph Heid: Der November-Pogrom 1938 (Teil II) 30
- Clemens Heni: Naturschutz und Nationalsozialismus 32
- Heike Linde-Lembke: Peggy Parnass ist 80 34
- JÜDISCHE RUNDSCHAU vor 90 Jahren 36

AUS DER BLOGGERSZENE

- Thema Iranisches Atomprogramm
Pressemeldung, 25.11.2014 von »Stop the Bomb« 37
- Weblog von Ali Schirasi 37

BRIEFE UND KOMMENTARE

- Lisa Carmel: Jeckes oder Jecken? 38
- Jochen Böhmer: Eine Medienkritik 38
- Leserbriefe, Ankündigungen 39

✉ J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

☎ 030. 54 71 02 50
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)

@ redaktion@juedische-rundschau.de

☎ 030. 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedischerundschau.de

f www.facebook.com/jrundschau

🐦 @jrundschau

Das Rezept haben wir auf der Homepage des Jugendreferates der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) »Hadracha« entdeckt. Es gibt dort viele interessante Materialien zum Basteln und Spielen und Hinweise zu allen möglichen Themen rund um Juden, Judentum religiös und kulturell, Israel und Geschichte: <http://www.zwst-hadracha.de>

Rezept für Sufganiot »Wiener Art«

Zutaten:	5 Eigelb	1 Möhre
30 g Hefe	1/3 Tasse Maisöl	Aprikosenmarmelade
2 EL Zucker	1 EL Cognac	Puderzucker
1 Tasse lauwarme Milch	Geriebene Zitronenschale	
1/2 Kg Weizenmehl	Öl zum Ausbacken	

Ausführung:
Hefe und Zucker in 1/2 Tasse lauwarmen Milch auflösen.
Das Mehl in eine Schüssel geben, in der Mitte eine Vertiefung eindrücken und die Hefemischung hineinschütten. Eidotter, Öl, Cognac und Zitronenschale hinzufügen und alles zu einem elastischen und glatten Teig verarbeiten.
Die Schüssel zudecken und den Teig an einen warmen Ort aufgehen lassen, bis er doppelt so hoch ist. Auf einer bemehlten Arbeitsplatte den Teig 1/2 cm dick ausrollen und mit einem Glas Kreise ausstechen. Die Kreise auf eine bemehlte

Platte legen, zudecken und erneut ca. 2 Stunden aufgehen lassen. Das Öl in einem Topf erhitzen und die Möhre ganz hineingeben (die Möhre verhindert, dass die Krapfen anbrennen). Die Kreppel mit der aufgegangenen Seite nach oben in das kochende Öl geben und den Topf einige Minuten zudecken. Die Flamme ein wenig kleiner stellen und sobald die Unterseite der Kreppel braun wird, sie umdrehen und auf der zweiten Seite ausbacken, ohne Deckel. Abtropfen und abkühlen lassen. Aprikosenmarmelade in die Kreppel spritzen und (erst kurz vor dem Servieren) mit Puderzucker bestäuben.



Sufganiot am Strand von Eilat

Foto: Thinkstock

COUPON ABOBESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung »Jüdische Rundschau« im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (in anderen EU-Ländern und der Schweiz 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

73 € für zwei Jahre

32 € für ein Jahr als Student (mit Nachweis).

Name, Vorname:

Strasse, Hausnummer:

PLZ: Wohnort:

Geburtsdatum Telefon: E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum: Unterschrift:

Ich zahle:

gegen Rechnung

per Lastschrift, Einzug 1 x im Jahr (als Dankeschön dafür erhalten Sie 13 statt 12 Ausgaben der Zeitung)

Kontoinhaber:

Konto-Nummer: BLZ:

Kreditinstitut: Unterschrift:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23 32 88 60) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedischerundschau.de abonnieren.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung »Jüdische Rundschau« erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.